Regierungsforschung.de
Das wissenschaftliche Online-Magazin
der NRW School of Governance

Forschungspapier

Felix Müller

„Der Eisbrecher kommt“

Eine quellengestützte Analyse der Vorbereitung und Durchführung des Staatsbesuches von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der Sowjetunion 1987

14. Juli 2020

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

NRW School of Governance
www.nrwschool.de

Redaktion/ Wissenschaftliche Koordination

Julia Rakers
Tel. +49 (0) 203 / 379 – 1388

Sekretariat

Anita Weber
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
anita.weber@uni-due.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Univ. Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Redaktionsanschrift

Redaktion Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg

redaktion@regierungsforschung.de

Zitationshinweis

Müller Felix (2020): Der Eisbrecher kommt, Eine quellengestützte Analyse der Vorbereitung und Durchführung des Staatsbesuches von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der Sowjetunion 1987, Forschungspapier, Erschienen auf: regierungsforschung.de

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis 3

I Untersuchungsrahmen 4

1 Problemstellung und Leitfragen der Untersuchung 4

2 Reflexion des Forschungsstandes 7

3 Untersuchungsmaterial und Methode 9

II Rahmenbedingungen 12

1 Die außenpolitischen Handlungsspielräume des Bundespräsidenten 12

1.1 Verfassungsrechtliche Kompetenzen 12

1.2 Staatsbesuche 14

1.3 Reden, Gespräche und Äußerungen zu außenpolitischen Themen 17

2 Bürokratien und Außenpolitik 19

2.1 Das Auswärtige Amt 20

2.2 Das Bundeskanzleramt 21

2.3 Das Bundespräsidialamt 23

3 Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seit dem Amtsantritt Gorbatschows 24

3.1 Die Lage der Sowjetunion beim Amtsantritt Gorbatschows 25

3.2 Gorbatschows Reformen in der Innen- und Außenpolitik 27

3.3 Tauwetter und erneute Eiszeit in den bilateralen Beziehungen 28

III Vorbereitung und Durchführung des Staatsbesuches in der Sowjetunion 31

1 Bewertung der Rahmenbedingungen und Zielsetzungen des Staatsbesuches 31

1.1 Bewertung der politischen Rahmenbedingungen 31

1.2 Zielsetzungen für den Staatsbesuch 33

2 Protokollarische Vorbereitungen 35

2.1 Terminfindung und Zusammenstellung der Delegation 35

2.2 Auswahl der Gastgeschenke 38

2.3 Erstellung des Besuchsprogrammes 40
3 Inhaltliche Vorbereitung und Durchführung des Besuchsprogrammes 47
3.1 Zeremonielle Programmpunkte 47
3.2 „Punkte weniger offiziellen Charakters“ 50
3.3 Reden des Bundespräsidenten 55
3.4 Politische Gespräche des Bundespräsidenten 58
3.5 Verhalten des Bundespräsidenten in unvorhergesehenen Situationen 62
IV Fazit 68
1 Beantwortung der Leitfragen 68
2 Abschließende Bemerkungen 70
Literatur und Quellen 72
Archivalien 72
Literaturverzeichnis 73
Anhang 83
Organisationsplan des Auswärtigen Amtes 84
Organisationsplan des Bundeskanzleramtes 85
Organisationsplan des Bundespräsidialamtes 86
BAK-Dossier 87

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Emigration der Sowjetbürger deutscher Nationalität aus der UdSSR zwischen 1976 und 1985 27

Abbildung 2: Entwicklung des Besuchsprogrammes. Wegmarken aus westdeutscher Sicht 46

Abbildung 3: Jeder Schritt ist festgelegt. Das Empfangszeremoniell in Moskau aus der Vogelperspektive der Protokollplanung 48

Abbildung 4: Der Bundespräsident im Fokus medialer Aufmerksamkeit. Das Gespräch mit russischen Studenten wird sowohl im westdeutschen, als auch im sowjetischen Fernsehen übertragen 51

Abbildung 5: Ein symbolträchtiges Bild. Weizsäckers Treffen mit dem bekannten Dissidenten Andrej Sacharow wird von sowjetischer Seite nicht verhindert 54

Abbildung 6: Bebilderte deutsch-sowjetische Annäherung. Der Bundespräsident im Gespräch mit einer jungen Moskowiterin auf der Arbat-Straße 67

I Untersuchungsrahmen

1 Problemstellung und Leitfragen der Untersuchung[1]

Nach eigener Einschätzung verwendete der sechste Präsident der Bundesrepublik Deutschland (BRD), Richard von Weizsäcker, etwa die Hälfte seiner Arbeitszeit auf die Vorbereitung und Durchführung von Auslandsreisen sowie den Empfang ausländischer Staatsgäste.[2] Allein in seiner ersten Amtszeit (1984 bis 1989) absolvierte er 28 Staatsbesuche. [3] Weizsäckers bis dato „wichtigste politische Reise"[4] führte ihn im Jahr 1987 in die Sowjetunion. Obwohl die Beziehungen der BRD zum Zielland als angespannt galten, wurde der Staatsbesuch ein Erfolg. Nach Ansicht politikwissenschaftlicher Beobachter trug er zu einer „Entkrampfung der Atmosphäre zwischen den beiden Staaten"[5] bei und wird als „deutliche Wendung zum Positiven"[6] gewertet.

Sowohl die nationale als auch die internationale Presse berichtete ausführlich. Weil die Staatsvisite in die Zeit des Kalten Krieges fiel, charakterisierten westdeutsche Medien Weizsäckers Wirken in der Sowjetunion als „Eisbrecherarbeit".[7] Auch das US-amerikanische *Time Magazine* titelte: „The Icebreaker Cometh", also „Der Eisbrecher kommt".[8] Während „Staatsschauspieler"[9] Weizsäcker als sichtbarer Akteur die Blicke auf sich zog, standen die „Besuchsregisseure"[10] auf der Hinterbühne nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung. Dabei spielen staatliche Besuchsplaner bei Auslandsreisen des Bundespräsidenten eine wichtige Rolle. Sie sind für die Zuschauer nicht sichtbar, beeinflussen das Geschehen auf der Bühne durch ihre Arbeit jedoch maßgeblich. Das gilt speziell für Staatsbesuche in anderen Ländern, die besonders vorbereitungsintensiv sind.[11]

In Bezug auf die Außenpolitik lobt Weizsäcker rückblickend ausdrücklich die enge Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundeskanzleramt sowie den Mitarbeitern des Bundespräsidialamtes während seiner Präsidentschaft. [12] Die Bedeutung bürokratischer

---

[1] In der vorliegenden Arbeit wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Sie bezieht sich auf Personen beiderlei Geschlechts.
[2] Vgl.: Filmer, Werner/Schwan Heribert: Richard von Weizsäcker. Profile eines Mannes, Düsseldorf und Wien 17. Aufl. 1988, S. 308.
[3] Vgl.: Wiedemeyer, Wolfang: Richard von Weizsäcker. Ein Denker als Präsident, Stuttgart 2. Aufl. 1989, S. 49.
[4] Schulze, Helmut R./Wördehoff, Bernhard: Richard von Weizsäcker. Ein deutscher Präsident, München 1. Aufl. 1987, S. 147.
[5] Hartmann, Jürgen/Kempf, Udo: Staatsoberhäupter in westlichen Demokratien. Strukturen, Funktionen und Probleme des „höchsten Amtes", Wiesbaden 1989, S. 24.
[6] Glaubitz, Joachim: Den Gang der Geschichte gespürt. Aus internen sowjetischen Dokumenten. Anmerkungen zu Deutschland, in: Die politische Meinung. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur, 490 (2010), S. 53.
[7] von Weizsäcker, Richard: Der Weg zur Einheit, München 2009, S. 11.
[8] Painton, Frederick/Jackson, James O./McWhirter, William: The Icebreaker Cometh, in: Time Magazine vom 20.07.1987.
[9] Schwarz, Hans-Peter: Von Heuss bis Köhler, in: van Ooyen, Robert Chr./Möllers, Martin H. W. (Hrsg.): Der Bundespräsident im politischen System, Wiesbaden 2012, S. 304.
[10] Derix, Simone: Bebilderte Politik, Göttingen 2009, S. 24.
[11] Pieper, Stefan Ulrich/Schmidt, Georg: Das Bundespräsidialamt, in: van Ooyen, Robert Chr./Möllers, Martin H. W. (Hrsg.): Der Bundespräsident im politischen System, Wiesbaden 2012, S. 108.
[12] von Weizsäcker, Richard: Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997, S. 310 ff.

Akteure, Strukturen und Prozesse wird in der politikwissenschaftlichen Literatur zur Außenpolitikanalyse allerdings meist vernachlässigt.[13] Nachfolgend soll daher die Zusammenarbeit der drei genannten Institutionen bei der Planung des Staatsbesuches in der Sowjetunion genauer untersucht werden:

Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit von Auswärtigem Amt, Bundeskanzleramt und Bundespräsidialamt bei der Planung des Staatsbesuches in der Sowjetunion 1987 konkret? (Leitfrage I)

Gemäß Billing erfolgt die protokollarische und politische Planung generell „durch das Auswärtige Amt in enger Zusammenarbeit mit dem Bundespräsidialamt".[14] Auch laut Seidel werden Staatsbesuche weitgehend von diesen beiden kollektiven Akteuren vorbereitet.[15] In der Konsequenz ist es plausibel anzunehmen, dass Auswärtiges Amt und Bundespräsidialamt in der Planungsphase des Staatsbesuches von 1987 eine exponierte Rolle gespielt haben.

Fraglich scheint darüber hinaus, wie groß der persönliche Spielraum des Bundespräsidenten bei Staatsbesuchen tatsächlich ist. Zwar konzediert Hübner dem Staatsoberhaupt hier „einen nicht unbeträchtlichen Einfluss", fügt aber einschränkend hinzu, dass dieses „vom Auswärtigen Amt an einer relativ kurzen Leine geführt wird".[16] In der Phase der Besuchsvorbereitung scheinen sich die meisten Amtsinhaber um viele Details gekümmert zu haben.[17] Auch Weizsäcker war offenbar überaus engagiert.[18] Der Handlungsspielraum während der Reisen selbst wird hingegen als verhältnismäßig gering eingestuft, da der Ablauf in hohem Maße von einem detaillierten, im Voraus festgelegten Besuchsprogramm bestimmt wird.[19] In der vorliegenden Arbeit soll deshalb auch folgender Frage nachgegangen werden:

Inwiefern gelang es Bundespräsident Richard von Weizsäcker in den Phasen der Besuchsvorbereitung und -durchführung eigene Akzente zu setzen? (Leitfrage II)

Obwohl vor jeder Staatsvisite ein minutiöses Programm erstellt wird, lässt sich der tatsächliche Verlauf nicht vollständig antizipieren. Das liegt mitunter daran, dass die beteiligten politischen Akteure nicht strikt an den zuvor festgelegten Plan gebunden sind und

---

[13] Colschen, Lars C.: Deutsche Außenpolitik, Paderborn 2010, S. 54.
[14] Billing, Werner: §13 Der Bundespräsident, in: Graf von Westphalen, Raban (Hrsg.): Deutsches Regierungssystem, München und Wien 2001, S. 335.
[15] Seidel, Dietmar: Der Bundespräsident als Träger der auswärtigen Gewalt, Berlin 1972, S. 76.
[16] Hübner, Emil: Parlament und Regierung in der Bundesrepublik Deutschland, München 2. Aufl. 2000, S. 237.
[17] Vgl.: Scholz, Günther/Süskind, Martin E.: Die Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Horst Köhler, München 1. Aufl. 2004, S. 65.
[18] Vgl.: Scholz/Süskind, Die Bundespräsidenten, a.a.O., S. 358 f.
[19] So Günther kommt im Rahmen seiner Analyse über die Staatsbesuche von Heuss beispielsweise zu folgendem Ergebnis: „Der Ablauf seiner Reisen wurde fast durchweg bestimmt von protokollarischen Vorgaben, von Zeremonien und Ritualen, die nach einem detailliert ausgearbeiteten, einheitlichen Drehbuch verlaufen und ihm nur wenig Handlungsspielraum ließen"; Günther, Frieder: Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten, Stuttgart 2006, S. 9.

prinzipiell die Möglichkeit haben davon abzuweichen.[20] Während der Reise können außerdem „immer wieder unvorhergesehene Situationen eintreten […], in denen der Bundespräsident weitgehend selbstständig eine politische Entscheidung treffen muss".[21] Die Vermutung liegt nahe, dass Richard von Weizsäcker eben solche Situationen nutzte, um im Rahmen des Staatsbesuches in der Sowjetunion eigene Akzente zu setzen.

Nachdem die der Arbeit zugrunde liegenden Leitfragen formuliert sind, wird deutlich, dass sich diese auf die Phasen der Vorbereitung und Durchführung der Reise des Staatsoberhauptes konzentriert. *Leitfrage II* bezieht sich konkret auf Richard von Weizsäcker. Im Fokus stehen daher jene Punkte des Besuchsprogrammes, an denen der Bundespräsident persönlich partizipiert hat beziehungsweise für die seine Teilnahme vorgesehen war. Planung und Verlauf des Damenprogrammes sowie des Sonderprogrammes für den Bundesminister des Auswärtigen werden hingegen nicht detailliert analysiert.[22]

Der Gang der Untersuchung erfolgt in vier Schritten. Problemstellung und Leitfragen der Arbeit wurden bereits thematisiert. Eine Reflexion des Forschungsstandes sowie Erläuterungen zu Untersuchungsmaterial und Methode runden die Darstellung des Untersuchungsrahmens ab. Anschließend wird in einem zweiten Schritt auf die Rahmenbedingungen eingegangen. Nach einer Diskussion der Handlungsspielräume des Bundespräsidenten in der Außenpolitik wird die Rolle der zu behandelnden kollektiven Akteure in diesem Bereich in den Blick genommen. Darüber hinaus erhält der Leser Hintergrundinformationen über die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen dem Amtsantritt Michail Gorbatschows – der ab 1985 als Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) fungierte[23] – und dem Beginn der konkreten Programmvorbereitungen im März 1987. Den größten Teil der Arbeit nimmt der dritte Abschnitt ein, in dem eine umfassende Analyse der Vorbereitung und Durchführung des Staatsbesuches in der Sowjetunion 1987 erfolgt. Am Ende werden die Ergebnisse der Ausführungen resümiert, die aufgeworfenen Leitfragen beantwortet und einige abschließende Bemerkungen verfasst.

---

[20] Vgl.: Schütte, Matthias: Der Rechtsrahmen für polizeiliche Maßnahmen bei Staatsbesuchen, Stuttgart u.a. 2012, S. 39.

[21] Billing, Der Bundespräsident, a.a.O., S. 335.

[22] Der Bundespräsident wurde bei seinem Staatsbesuch in der Sowjetunion von seiner Ehefrau Marianne von Weizsäcker sowie Außenminister Hans-Dietrich Genscher begleitet. Für beide wurde jeweils ein Sonderprogramm ausgearbeitet. Sie nahmen daher Termine wahr, bei denen der Bundespräsident nicht anwesend war.

[23] Ausgerechnet dieses spezifische Ereignis als Startpunkt der Analyse der bilateralen Beziehungen vor dem Staatsbesuch zu wählen, ist erklärungsbedürftig. Wagensohn weist darauf hin, dass die Außenbeziehungen der Sowjetunion „vor allem auf Handlungen und Perzeptionen weniger Führungspersönlichkeiten beruhten"; Wagensohn, Tanja: Von Gorbatschow zu Jelzin. Moskaus Deutschlandpolitik (1985-1995) im Wandel, Baden-Baden 1. Aufl. 2000, S. 16. Folglich hat eine personelle Veränderung in einem so exponierten Amt wie dem des Parteichefs mit einiger Wahrscheinlichkeit Auswirkungen auf das Verhältnis zu anderen Staaten. Die Ausführungen über die deutsch-sowjetischen Beziehungen ab dem Amtsantritt Gorbatschows zu betrachten erscheint daher plausibel.

2 Reflexion des Forschungsstandes

Vorliegend werden Planung und Durchführung der Reise des Bundespräsidenten in die Sowjetunion 1987 untersucht. Grundsätzlich lässt sich konstatieren, dass Staatsbesuche in der jüngeren Vergangenheit ein höheres Maß an wissenschaftlicher Aufmerksamkeit erfahren haben.[24] Bevor der Stand der Forschung jedoch strukturiert reflektiert werden kann, muss notwendigerweise eine begriffliche Einordnung erfolgen. Heute besteht breite Einigkeit darüber, dass lediglich offizielle Visiten auf Staatsoberhauptebene als Staatsbesuch deklariert werden.[25] In Bezug auf die Bundesrepublik folgt daraus, dass diese Besuchsform allein dem Bundespräsidenten vorbehalten ist.[26] Der Empfang ausländischer Staatsoberhäupter im Inland wird als „eingehender" Staatsbesuch bezeichnet. Reist das eigene Staatsoberhaupt in die Fremde, spricht man hingegen von einem „ausgehenden" Besuch. Der hier untersuchte Fall der Staatsvisite in der Sowjetunion kann aus deutscher Perspektive also unter letztere Kategorie subsumiert werden.

Beispiele für die Analyse eingehender Besuche sind Daums Arbeit über die Deutschlandreise John F. Kennedys 1963 sowie Rosmus Studie zu Staatsbesuchen in der Schweiz zwischen 1848 und 1990.[27] Mit Besuchen, die zwischen Gründung der BRD und Wiedervereinigung auf bundesdeutschem Boden stattfanden, beschäftigt sich Simone Derix. Dabei nimmt sie auch die Planung dieser Ereignisse und die daran beteiligten Akteure in den Blick. Hinsichtlich der Bundespräsidenten kommt sie zu dem Ergebnis, dass der Grad der Einflussnahme auf die Programmgestaltung zwischen den Amtsinhabern divergierte und auch davon abhing, wie groß deren persönliches Interesse an den jeweiligen Visiten war.[28]

Sowohl eingehende als auch ausgehende Staatsbesuche bundesdeutscher Präsidenten werden in den Arbeiten von Nicolas Moll und Frieder Günther thematisiert.[29] Der Untersuchungszeitraum von Molls Dissertation zur „Besuchspolitik" endet mit der Amtszeit Heinrich Lübkes im Jahr 1969. Er kommt zu dem Schluss, dass Staatsbesuche nach dem Zweiten Weltkrieg generell an Bedeutung verloren hätten.[30] Diesem Befund wird jedoch deutlich

---

[24] Vgl.: Derix, Bebilderte Politik, a.a.O., S. 12 f.; Günther, Heuss auf Reisen, a.a.O., S. 15.

[25] Vgl.: Günther, Heuss auf Reisen, a.a.O., S. 9 Fn. 4; Derix, Bebilderte Politik, a.a.O., S. 12; Rosmus, Daniela: Die Schweiz als Bühne. Staatsbesuche und politische Kultur 1848-1990, Zürich 1994, S. 39; Hartmann, Jürgen: Staatszeremoniell, Köln u.a. 1. Aufl. 1988, S. 260; Vollmert, Alexander: „Botschafter des guten Willens" in der Dritten Welt. Die Staatsbesuche des Bundespräsidenten Heinrich Lübke in Afrika, Asien und Lateinamerika und ihr Beitrag zur Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland im Ausland, Hagen 2008, S. 40; Schröter, Melani: Vollmundige Rhetorik oder redundantes Ritual? Die Textsorte Tischreden bei Staatsbesuchen als Äußerungsform symbolischer Politik, in: Muttersprache, 4 (2018), S. 295; Moll, Niklas: Besuchspolitik. Staatsbesuche als Ritual und Werkzeug nationalstaatlicher Politik in Deutschland und Frankreich 1871-1969, Freiburg 2002 (Mikrofiche-Publikation), S. 2.

[26] Unterhalb der Ebene eines Staatsbesuches rangieren andere Besuchstypen wie etwa Arbeits- oder Terminbesuche. Diese können auch von Regierungschefs oder Ministern wahrgenommen werden. Eine Übersicht findet sich beispielsweise bei Hartmann oder Schütte; Vgl.: Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 260 f.; Schütte, Polizeiliche Maßnahmen bei Staatsbesuchen, a.a.O., S. 28 ff.

[27] Vgl.: Daum, Andreas W.: Kennedy in Berlin. Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg; Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O.

[28] Vgl.: Derix, Bebilderte Politik, a.a.O., S. 35

[29] Vgl.: Moll, Besuchspolitik, a.a.O., S. 249 ff.; Günther, Heuss auf Reisen, a.a.O.

[30] Vgl.: Moll, Besuchspolitik, a.a.O., S. 359.

widersprochen.[31] Überhaupt sieht sich Molls Arbeit sowohl inhaltlicher als auch methodischer Kritik ausgesetzt.[32] Günther widmet sich in „Heuss auf Reisen" der Frage der auswärtigen Repräsentation der Bundesrepublik durch deren ersten Präsidenten.[33] Als „zentrale Instanz" bei der Vorbereitung der Staatsbesuche identifiziert er die Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes, da dort alle Schreiben der Auslandsvertretungen eingingen und diese Stelle auch für die Korrespondenz mit dem Bundespräsidialamt zuständig war.[34] Obwohl allein auf deutscher Seite eine große Anzahl von Personen und Institutionen involviert waren, wurden Heuss die relevanten, mit den Reisen in Zusammenhang stehenden Fragen vorgelegt, sodass er stets „Herr des Verfahrens" blieb.[35] Eigene Akzente setzte er vor allem durch die Auswahl der Besuchsorte sowie seine im Ausland gehaltenen Reden.[36]

Darüber hinaus existieren von Günther Veröffentlichungen, in welchen er sich exklusiv auf den Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien 1958 konzentriert.[37] Im Mittelpunkt steht dabei die öffentliche Resonanz auf das symbolische, staatsrepräsentative Handeln der sichtbaren politischen Akteure. Alexander Vollmert fokussiert im Rahmen seiner Dissertation mehrere ausgehende Staatsbesuche Heinrich Lübkes. Demnach übernahm in der Amtszeit des zweiten Bundespräsidenten das Auswärtige Amt „die zentrale Rolle […] bei der Planung und Durchführung der Reisen".[38] Wie Günther hebt Vollmert dabei die Bedeutung der Protokollabteilung besonders hervor.[39] Allerdings schreibt er auch Mitarbeitern des Bundespräsidialamtes Einfluss auf die Gestaltung der Staatsbesuche zu.[40]

Einen Überblick der ausgehenden Staatsbesuche Richard von Weizsäckers vor 1987 bietet der von Helmut Reuther herausgegebene Bildband, welcher auch die Besuchsprogramme und Ansprachen des Bundespräsidenten enthält.[41] Davon abgesehen kann auf journalistische Publikationen wie jene von Friedemann Weckbach-Mara zurückgegriffen werden.[42] Zum Staatsbesuch in der Sowjetunion 1987 liegt bislang lediglich eine quellenfundierte Analyse vor. Karl-Rudolf Korte prüft an diesem Beispiel die Gestaltungsmacht des Bundespräsidenten auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen im Vergleich zum Kanzler und

---

[31] Vgl.: Vollmert, Botschafter des guten Willens, a.a.O., S. 47 f.
[32] Vgl.: Günther, Heuss auf Reisen, a.a.O., S. 15 f. Fn. 18; Derix, Bebilderte Politik, a.a.O., S. 14; Günther, Frieder: Gespiegelte Selbstdarstellung. Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958, in: Paulmann, Johannes (Hrsg.): Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Köln 2005, S. 187 Fn. 4; Vollmert, Botschafter des guten Willens, S. 349.
[33] Günther berücksichtigt auch Staatsbesuche ausländischer Staatsoberhäupter in der BRD – wie beispielsweise dem des Kaisers von Äthiopien. Da sich die Analyse nicht ausschließlich auf ausgehende Staatsbesuche beschränkt, ist der Titel „Heuss auf Reisen" etwas missverständlich.
[34] Günther, Heuss auf Reisen, a.a.O., S. 34.
[35] Günther: Heuss auf Reisen, a.a.O., S. 34.
[36] Vgl.: Gray, William Glenn: Reviewed Work(s). Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945 by Johannes Paulmann. Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten by Frieder Günther. Review by William Glenn Gray, in: Central European History, 41 (2008) Nr. 2, S. 337.
[37] Vgl.: Günther, Frieder: Misslungene Aussöhnung? Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958, Stuttgart 2004; Günther, Gespiegelte Selbstdarstellung, a.a.O.
[38] Vollmert, Botschafter des guten Willens, a.a.O., S. 22.
[39] Vgl.: Vollmert: Botschafter des guten Willens, S. 22.
[40] Vgl.: Vollmert, Botschafter des guten Willens, a.a.O., S. 23.
[41] Vgl.: Reuther, Helmut: Staatsbesuche. Mit dem Bundespräsidenten unterwegs, Bonn 1986.
[42] Vgl.: Weckbach-Mara, Friedemann: Unser Bundespräsident. Seine Reisen, seine Reden, sein Leben, Bonn 1989, S. 26 ff.

geht auch auf die Rolle des Bundespräsidialamtes ein.[43] Dabei registriert er „durchaus viele Momente abgestimmter Koordination zwischen Kanzleramt und Bundespräsidialamt".[44] Im Ergebnis zeigte sich Weizsäcker als „Politikermöglicher", nach dessen Besuch sich die Beziehungen der BRD zur Sowjetunion intensivierten.[45] Allerdings interessieren Korte im Rahmen seiner Analyse „weder generell die Reiseplanung noch die Details des Verlaufs".[46]

3 Untersuchungsmaterial und Methode

Für eine adäquate Beantwortung der Leitfragen dieser Untersuchung erscheint die Analyse von Aktenmaterial, das im Zusammenhang mit der Planung und Durchführung des Staatsbesuches in der Sowjetunion entstanden ist, besonders erfolgversprechend. Bei Akten handelt es sich um „prozessgenerierte Unterlagen", die bei der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben entstehen.[47] In erster Linie sollen sie die Amtshandlungen einer Behörde für den eigenen Gebrauch nach innen dokumentieren und so als „Gedächtnisstütze" für zukünftige Vorgänge fungieren.[48] Aus diesem Grund gewähren sie bei korrekter Interpretation „einen weitgehend unverfälschten Blick hinter die Kulissen behördlicher Abläufe [und geben] Einsichten in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess".[49] Im Rahmen einer wissenschaftlichen Auswertung von Akten sehen sich Forscher allerdings prinzipiell mit drei Problembereichen konfrontiert: Verfügbarkeit, Vollständigkeit und Objektivität des Untersuchungsmaterials.

Zunächst unterliegt amtliches Schriftgut einer Sperrfrist. Es wird frühestens nach drei Dekaden freigegeben. Im vorliegenden Fall stand diese Beschränkung der Aktenverfügbarkeit einer Auswertung jedoch nicht im Wege, weil Weizsäckers Reise in die Sowjetunion bereits 1987 stattfand und damit ausreichend weit zurückliegt. Zwischen Januar und September 2018 konnten im Bundesarchiv Koblenz alle den Staatsbesuch betreffenden Akten eingesehen werden. Neben Beständen des Bundeskanzleramtes, des Bundespräsidialamtes und des Auswärtigen Amtes wurden auch Dokumente des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung ausgewertet.[50]

Allerdings ist eine vollständige Nachvollziehbarkeit der administrativen Koordinations- und Aushandlungsprozesse anhand von Akten nicht immer gewährleistet. Das kann daran liegen, dass letztere an sich nur lückenhaft vorliegen – also relevante Dokumente nicht archiviert wurden. Andererseits ist es auch möglich, dass die beteiligten Akteure seinerzeit bewusst oder unbewusst davon absahen alle bedeutsamen Details eines Vorganges

[43] Vgl.: Korte, Karl-Rudolf: Gesichter der Macht. Über die Gestaltungspotenziale der Bundespräsidenten. Ein Essay, Frankfurt am Main 2019, S. 239 ff.
[44] Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 242.
[45] Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 254.
[46] Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 240.
[47] Menne-Haritz, Angelika: Schlüsselbegriffe der Archivterminologie. Lehrmaterialien für das Fach Archivwissenschaft, Marburg 3. Aufl. 2006, S. 29.
[48] Hochedlinger, Michael: Aktenkunde. Urkunden- und Aktenlehre der Neuzeit, Wien u.a. 2009, S. 37.
[49] Hochedlinger, Aktenkunde, a.a.O., S. 39.
[50] Die für diese Arbeit als relevant eingestuften Dokumente wurden abfotografiert und zu einem Dossier zusammengefasst, das sich im Anhang befindet (BAK-Dossier).

aktenkundig zu machen. Grundsätzlich muss zwar auch mündlich Vorgebrachtes – wie beispielsweise ein Telefongespräch – schriftlich niedergelegt werden. Jedoch besteht die Möglichkeit, etwas „buchstäblich nur *off the record*" zu sagen und auf eine dauerhafte Dokumentation zu verzichten.[51] Weil außenpolitische Prozesse – wie etwa die Abstimmung zwischen nationalen Bürokratien – häufig durch informelle Elemente ergänzt oder sogar entscheidend geprägt werden, kann dies eine retrospektive Analyse erschweren.[52] Allgemein gilt: „Nur im *Ideal-*, aber keineswegs im *Regelfall* ist die Vollständigkeit der Akte als Abbild der hinter ihr stehenden Geschäfts- und Entscheidungsprozesse gegeben".[53] Das Problem mangelnder Vollständigkeit wurde Mitte der 1990er Jahre mit dem Aufkommen neuer Kommunikationsmittel und Speichermedien besonders virulent.[54] Demgegenüber bediente man sich 1987 noch vorrangig des traditionellen Schriftverkehrs. Die Vorgänge zur Planung und Durchführung von Weizsäckers Besuch in der Sowjetunion sind daher vergleichsweise präzise dokumentiert.[55]

Akten gelten gemeinhin als authentische historische Quellen, deren Glaubwürdigkeit selten infrage gestellt wird. Im Unterschied dazu stoßen Wissenschaftler, die mit subjektiven Erinnerungszeugnissen wie etwa Tagebüchern arbeiten, auf wesentlich größere Vorbehalte.[56] Doch auch behördliches Schriftgut ist nicht frei von Wertungen. Korte weist zu Recht darauf hin, dass jede Aktennotiz „eine gewisse Subjektivität des Verfassers" beinhaltet und Vermerke „erfolgsorientiert abgefaßt" sind.[57] Protokolle von ein und demselben Treffen können – bei ähnlicher Darstellung des Gesprächsverlaufs – je nach Partei unterschiedlich ausfallen.[58] Dem Aktenmaterial vollumfängliche Objektivität zuzuschreiben wäre also verfehlt.

Aus den Ausführungen zu den drei genannten Problembereichen folgt, dass von einseitiger Aktengläubigkeit im Sinne der Maxime „*Quod non est in actis non est in mundo*" Abstand genommen werden muss. Stattdessen ist quellenkritische Bedachtsamkeit im Umgang mit dem verwendeten Untersuchungsmaterial geboten. Obwohl in dieser Arbeit das Agieren bundesdeutscher Akteure im Mittelpunkt steht, werden daher vereinzelt auch sowjetische Dokumente herangezogen, um einen Abgleich zu ermöglichen.[59] Weiterhin können veröffentlichte Erinnerungen der an Planung und Verlauf des Staatsbesuches beteiligten

---

[51] Hochedlinger, Aktenkunde, a.a.O., S. 39.
[52] Vgl.: Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 50.
[53] Kretzschmar, Robert: Akten – Begriff und Realitäten im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, in: Berwinkel, Holger/Kretzschmar, Robert/Uhde, Karsten (Hrsg.): Moderne Aktenkunde, Marburg 2016, S. 18.
[54] Vgl.: Franz, Eckhart G.: Einführung in die Archivkunde, Darmstadt 9. Aufl. 2018, S. 76 f.
[55] Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 240.
[56] Vgl.: von Plato, Alexander: Die Wiedervereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die internen Gesprächsprotokolle, Berlin 3. Aufl. 2009, S. 428.
[57] Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989, S. 17.
[58] Vgl.: von Plato, Die Wiedervereinigung Deutschlands, a.a.O., S. 428.
[59] Die in der vorliegenden Arbeit verwendeten sowjetischen Dokumente sind dem Band „Michael Gorbatschow und die deutsche Frage" entnommen. Dieser enthält Protokolle und Aufzeichnungen zu Gesprächen Gorbatschows mit ausländischen Staatsmännern – darunter auch mit Richard von Weizsäcker – welche für die Analyse der Durchführungsphase des Staatsbesuches besonders interessant sind; Vgl.: Galkin, Aleksandr/Tschernjajew, Anatolij (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986-1991. Deutsche Ausgabe herausgegeben von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger, München 2011.

Personen als Korrektiv dienen.[60] Sie erlauben es mitunter „blinde Flecken" in den Akten, die durch informelle Kommunikation entstanden sind, zu erhellen.[61]

[60] Insgesamt wurden sechs solcher Quellen ausgewertet; Vgl.: von Weizsäcker, Vier Zeiten, a.a.O.; Pflüger, Friedbert: Richard von Weizsäcker. Ein Portrait aus der Nähe, Stuttgart 3. Aufl. 1990; Meyer-Landrut, Andreas: Mit Gott und langen Unterhosen. Erlebnisse eines Diplomaten in der Zeit des Kalten Krieges, Berlin 2003; Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995; Gorbatschow, Michail: Erinnerungen, Berlin 1995; Kwizinskij, Julij A.: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993.

[61] Gleichwohl ist bei der Analyse von Autobiografien zu beachten, dass sich die Akteure häufig nur mit Teilaspekten beschäftigen und das Geschehen aus ihrer ganz persönlichen Sicht reflektieren. Darauf macht Friedbert Pflüger – Weizsäckers damaliger Pressesprecher – sogar selbst aufmerksam: „‚Objektiv' kann dieses Buch nicht sein. Dafür war der Autor zu sehr beteiligt. Die folgenden Seiten sind in großer Sympathie zum Bundespräsidenten geschrieben, allerdings in Absicht und Ausführung unabhängig von ihm entstanden"; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 7.

II Rahmenbedingungen

1 Die außenpolitischen Handlungsspielräume des Bundespräsidenten

Bereits Mitte des vergangenen Jahrhunderts hat Eschenburg den später viel zitierten Satz geprägt, dass an „der Spitze der Bundesrepublik […] ein Mann [steht], der nur über wenig potestas verfügt, der aber immerhin die Aussicht hat, durch persönliche auctoritas in etwa auszugleichen, was ihm an potestas fehlt".[62] Diese Aussage besitzt laut Jochum insbesondere im Bereich der Außenpolitik Gültigkeit. Er ersetzt jedoch „potestas" durch den moderneren Begriff „Hard Power" und verwendet „Soft Power" statt „auctoritas".[63] Das erste Begriffspaar umfasst rechtlich normierte Aufgaben des Bundespräsidenten, die mit direkter politischer Entscheidungsmacht verbunden sind. Meist sind damit die im Grundgesetz verankerten Kompetenzen des Staatsoberhauptes gemeint. Die beiden letztgenannten Termini stehen hingegen für ungeschriebene Einflussmöglichkeiten durch symbolisch-rhetorische Handlungen.[64]

1.1 Verfassungsrechtliche Kompetenzen

In seiner Antrittsrede zur Vereidigung wies Richard von Weizsäcker darauf hin, dass die Befugnisse des Bundespräsidenten im Grundgesetz nur an wenigen Stellen thematisiert werden.[65] Hinweise auf die Stellung des Staatsoberhauptes und seine Kompetenzen finden sich vor allem in den acht Artikeln des fünften Abschnitts. Für den Bereich der Außenpolitik ist zunächst Artikel 59 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) maßgeblich. Demnach vertritt der Präsident den Bund im Außenverhältnis (Satz 1).[66] Insbesondere schließt er in dessen Namen die Verträge mit auswärtigen Staaten (Satz 2) und beglaubigt und empfängt die Gesandten (Satz 3).[67] Ferner kann er mit Zustimmung des Bundestages völkerrechtliche Erklärungen über das Bestehen des Verteidigungsfalles abgeben (Artikel 115a Absatz 5 GG).

Um die verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Bundespräsidenten angemessen evaluieren zu können, hilft es, zwischen formeller und materieller auswärtiger Gewalt zu differenzieren. Die formelle auswärtige Gewalt umfasst die außenpolitische Willenskundgabe, also die rechtswirksame Erklärung des Staatswillens nach außen. Demgegenüber zielt der Begriff der materiellen auswärtigen Gewalt auf die vorgelagerte innerstaatliche Willensbildung. Im Zentrum steht dabei die Frage, welche Organe dazu berufen sind zu entscheiden,

---

[62] Eschenburg, Theodor: Staat und Gesellschaft in Deutschland, München 1963, S. 650.
[63] Jochum, Michael: Bundespräsident, in: Schmidt, Siegmar/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 1. Aufl. 2007, S. 169; Jochum, Michael: Worte als Taten. Der Bundespräsident im demokratischen Prozess der Bundesrepublik Deutschland, Gütersloh 2000, S. 35.
[64] Vgl.: Lenski, Daniel: Von Heuss bis Carstens. Das Amtsverständnis der ersten fünf Bundespräsidenten unter besonderer Berücksichtigung ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen Leipzig und Berlin 1. Aufl. 2009, S. 14 f.
[65] Vgl.: Der Bundespräsident: Antrittsrede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seiner Vereidigung im Deutschen Bundestag in Bonn (URL: http://t1p.de/jle5, letzter Zugriff am 30.03.2019).
[66] Unter „Bund" ist das Völkerrechtssubjekt „Bundesrepublik Deutschland" zu verstehen.
[67] Dem Bundespräsidenten steht also sowohl das aktive als auch das passive Gesandtschaftsrecht zu. Er bestellt die deutschen diplomatischen Vertreter und nimmt die Beglaubigungsschreiben der ausländischen Diplomaten entgegen.

ob Beziehungen zu anderen Staaten aufgenommen werden und in welcher Weise diese gestaltet werden sollen.[68]

Artikel 59 Absatz 1 Satz 1 GG monopolisiert die Vertretungsmacht beim Bundespräsidenten. Er allein ist verfassungsrechtlich zur Vornahme völkerrechtlich relevanter Handlungen befugt. Keinem anderen Staatsorgan schreibt das Grundgesetz diese Kompetenz ausdrücklich zu. Gemäß Billing ist daher unumstritten, dass das Staatsoberhaupt „an der auswärtigen Gewalt im formellen Sinn zumindest im starken Maße partizipiert", es ist damit „als die wesentliche Schaltstelle anzusehen, durch die die innerstaatlichen Entscheidungen auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die internationale Ebene transformiert werden".[69]

Im Grundgesetz findet sich jedoch keine explizite Regelung darüber, wer über die Inhalte der Vertretung zu entscheiden hat. In den jungen Jahren der Bundesrepublik bestanden hinsichtlich der materiellen Entscheidungsbefugnisse des Staatsoberhauptes nicht nur Auffassungsunterschiede zwischen politischen Akteuren, sondern auch in der rechtswissenschaftlichen Literatur.[70] Einer der ersten Grundgesetzkommentatoren ging noch davon aus, dass der Kanzler die Richtlinien der Außenpolitik nur in ständiger Fühlungnahme mit dem Bundespräsidenten aufstellen und auch nur im Einvernehmen mit diesem fortentwickeln dürfe.[71] Dieser Standpunkt wird mittlerweile von keinem führenden Verfassungsrechtler mehr vertreten. Stattdessen herrscht die Auffassung vor, dass mit der Kompetenz der völkerrechtlichen Vertretung keine Befugnis des Bundespräsidenten zur selbstständigen, inneren Mitgestaltung der Außenpolitik einhergeht.[72] Im Unterschied zur formellen auswärtigen Gewalt liegt die materielle schwerpunktmäßig bei der Bundesregierung.[73] Mehlhorn bemerkt pointiert:

> „Dem Bundespräsidenten kommt kein substantielles Gestaltungsrecht bei der auswärtigen Gewalt zu. Seine Aufgabe ist die Abgabe völkerrechtlicher Rechtsakte gegenüber den auswärtigen Völkerrechtssubjekten. Die der Abgabe der Akte vorgelagerte innerstaatliche Willensbildung, also die materielle auswärtige Gewalt, obliegt maßgeblich der

[68] Vgl.: Seidel, Der Bundespräsident als Träger der auswärtigen Gewalt, a.a.O., S. 24 ff; Billing, Werner: Die Rolle des Bundespräsidenten im Bereich der Außenpolitik, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München und Zürich 2. Aufl. 1976, S. 143; Billing, Der Bundespräsident, a.a.O., S. 332; Strohmeier, Gerd: Der Bundespräsident. Was er kann, darf und muss bzw. könnte, dürfte und müsste, in: Zeitschrift für Politik, 55 (2008) Nr. 2, S. 182.
[69] Billing, Der Bundespräsident, a.a.O., S. 332.
[70] Vgl.: Nettesheim, Martin: § 62 Die Aufgaben des Bundespräsidenten, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul: Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Band III. Demokratie – Bundesorgane, Heidelberg 2005, S. 1097.
[71] Vgl.: von Mangoldt, Hermann: Das Bonner Grundgesetz, Berlin und Frankfurt a.M. 1953, Art. 59, S. 317.
[72] Vgl.: Schlaich, Klaus: Die Funktionen des Bundespräsidenten im Verfassungsgefüge, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Band II. Demokratische Willensbildung – Die Staatsorgane des Bundes, Heidelberg 2. Aufl. 1998, S. 563.
[73] Vgl.: Nettesheim, Die Aufgaben des Bundespräsidenten, a.a.O., S.1097; Schorkopf, Frank: Staatsrecht der internationalen Beziehungen, München 2017, S. 289.

> Bundesregierung und dort vor allem dem Bundeskanzler und dem für das Auswärtige zuständigen Bundesminister."[74]

Auch wenn die bisherigen Ausführungen erkennen lassen, dass der Bundespräsident nicht als maßgeblicher Träger der materiellen auswärtigen Gewalt zu gelten hat, ist eine wechselseitige Abstimmung und Information zwischen ihm und der Bundesregierung erforderlich und verfassungsrechtlich geboten. Nur auf diese Weise kann eine einheitliche Staatsleitung im Bereich der auswärtigen Beziehungen gewahrt werden. Nierhaus leitet das Informationsrecht des Bundespräsidenten ebenfalls aus Artikel 59 Absatz 1 GG ab. Demnach muss das Staatsoberhaupt „über völkerrechtliche Vorgänge unterrichtet, bei der Festlegung der Grundzüge der Außenpolitik gehört und in den die auswärtige Politik betreffenden Fragen konsultiert" werden.[75] Der Anspruch auf Information ergibt sich außerdem aus der nach Artikel 65 Satz 4 GG vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung der Bundesregierung (GOBReg).[76] Zusätzlich erhält das Staatsoberhaupt – seit einer diesbezüglichen Initiative Heinrich Lübkes – Kenntnis über Berichte deutscher Auslandsmissionen an das Auswärtige Amt.[77]

Damit bleibt festzuhalten, dass der Bundespräsident das zentrale völkerrechtliche Vertretungsorgan der Bundesrepublik ist. Seine formalen Befugnisse ermächtigen ihn jedoch nicht eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben. Vielmehr ist er prinzipiell an die von der Bundesregierung festgelegte politische Linie gebunden.[78] Aus diesem Grund wird häufig argumentiert, dass die Rolle des Bundespräsidenten in der Außenpolitik durch eine „machtpolitische Marginalisierung" gekennzeichnet sei.[79]

1.2 Staatsbesuche

Nicht alle Kompetenzen, die in der Verfassungspraxis von den bisherigen Bundespräsidenten ausgeübt wurden, sind in Rechtsnormen festgeschrieben. Es herrscht im Gegenteil sogar Konsens darüber, dass die eigentlichen Wirkungschancen des Staatsoberhauptes in der Außenpolitik eher auf ungeschriebenen Einflussmöglichkeiten als auf formellen Entscheidungsbefugnissen beruhen.[80] Ungeachtet seiner „außenpolitischen Randständigkeit im

---

[74] Mehlhorn, Lutz: Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich, Baden-Baden 1. Aufl. 2010, S. 245.
[75] Nierhaus, Michael: Entscheidung, Präsidialakt und Gegenzeichnung. Ein Beitrag zur verfassungsrechtlichen Stellung des Bundespräsidenten im System des Grundgesetzes, München 1973, S. 74.
[76] Nach § 5 GOBReg unterrichtet der Bundeskanzler den Bundespräsidenten laufend über seine Politik sowie die Geschäftsführung der einzelnen Bundesminister. Dies geschieht durch die Übersendung der wesentlichen Unterlagen, schriftliche Berichte und bei Bedarf auch durch persönlichen Vortrag.
[77] Vgl.: Hartmann, Jürgen/Kempf, Udo: Staatsoberhäupter in der Demokratie, Wiesbaden 1. Aufl. 2011, S. 94; Spath, Franz: Das Bundespräsidialamt, Düsseldorf 5. Aufl. 1993, S. 67.
[78] Zwar steht es dem Bundespräsidenten frei Anregungen und Kritik anzubringen, bei öffentlichen Auftritten soll er die außenpolitische Linie der Bundesregierung jedoch nicht grundlegend unterlaufen; Vgl.: Mehlhorn, Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich, a.a.O., S. 253.
[79] Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 70.
[80] Vgl.: Jochum, Worte als Taten, a.a.O., S. 7.

Sinne herkömmlicher machtpolitischer Kategorien“ verfügt der Bundespräsident über ein hohes Maß an „soft power“.[81]

Dabei gründet sich seine „auctoritas im Wesentlichen auf symbolische Politik“.[82] Unter diesen Begriff sind auch Staatsbesuche zu subsumieren, da deren Bedeutung hauptsächlich in Form von Worten, Gesten und Bildern transportiert wird.[83] Wie bereits dargelegt wurde, können Staatsbesuche *per definitionem* allein von Staatsoberhäuptern wahrgenommen werden. Obwohl sie im Grundgesetz an keiner Stelle Erwähnung finden, gelten sie als wichtiges außenpolitisches Instrument. Besuche sind eine uralte Kategorie der Diplomatie und können als Geste der Freundschaft oder Versöhnung wirken.[84] Heute dienen Staatsvisiten insbesondere der Affirmation beziehungsweise Intensivierung von auswärtigen Beziehungen. Ferner hat der „Besuch eines Staates bei einem anderen Staat“[85] gleichzeitig eine nach innen gerichtete Bedeutung. Im Rahmen des Staatszeremoniells werden diese eigentlich abstrakten Gebilde in umfassender Form dargestellt und damit sichtbar.[86] Den Bürgern wird so die Existenz, Einheit und Besonderheit des jeweils eigenen Gemeinwesens vor Augen geführt, wodurch ihre Identifikation damit gestärkt wird.[87] Sowohl in Bezug auf die Außen- als auch auf die Innenpolitik haben Staatsbesuche also stets politische Bedeutung. Wie hoch diese ist, variiert allerdings je nach Einzelfall. Es gibt Besuche mit herausragender Signalwirkung – aber auch solche, die sich aus grundlegenden, nachbarschaftlichen Verhältnissen immer wieder ergeben und denen deshalb weniger politische Relevanz zugeschrieben wird.[88]

Im Rahmen von ausgehenden Staatsbesuchen kann der Bundespräsidenten durch die Auswahl des zu besuchenden Staates, Vorschläge zur Programmgestaltung sowie politisches Handeln in unvorhergesehenen Situationen Einfluss auf die zwischenstaatlichen Beziehungen nehmen.[89]

Bereits die Entscheidung für oder gegen einen Besuch in einem spezifischen Zielland ist politisch relevant.[90] Auch wenn sich der Präsident bei der Auswahl mit der Bundesregierung abstimmt, entscheidet er am Ende selbst, welche Reisen er antreten möchte.[91] Heinrich

---

[81] Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 70.
[82] Sarcinelli, Ulrich: Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System, Wiesbaden 3. Aufl. 2011, S. 290.
[83] Vgl.: Vollmert, Botschafter des guten Willens, S. 34.
[84] Vgl.: Brissa, Enrico: Auf dem Parkett. Kleines Handbuch des weltläufigen Benehmens, München 2. Aufl. 2018, S. 58.
[85] Spath, Das Bundespräsidialamt, a.a.O., S. 134.
[86] Das Staatszeremoniell kann definiert werden als der Inbegriff derjenigen Regeln, die bei staatlich-repräsentativen Anlässen gelten und deren äußere Form festlegen. Durch die Formen des Staatszeremoniells vergegenwärtigt ein Staat sich selbst und damit seine abstrakten Regierungsprinzipien und Ideale sowie grundlegende Ordnungsstrukturen, indem er durch den Gebrauch seiner Symbole und das öffentliche Auftreten seiner staatlichen Repräsentanten sichtbar wird; Vgl.: Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 28 f.
[87] Vgl.: Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 31.
[88] Vgl.: Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 32.
[89] Vgl.: Billing, Die Rolle des Bundespräsidenten in der Außenpolitik, a.a.O., S. 156.
[90] Vgl.: Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 259.
[91] Vgl.: Brandt, Enrico: Nur nichts dem Zufall überlassen. Das Protokoll, in: Brandt, Enrico/Buck, Christian (Hrsg.): Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf, Wiesbaden 4. Aufl. 2005, S. 52.

Lübkes Wunsch war beispielsweise der Besuch möglichst vieler Entwicklungsländer und Gustav Heinemann bereiste vorzugsweise westliche und nördliche Nachbarstaaten der Bundesrepublik, die besonders stark unter der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg zu leiden hatten.[92] Auch bei Horst Köhler lässt sich eine Präferenz erkennen. Er absolvierte auffallend viele Staatsbesuche auf dem afrikanischen Kontinent.[93]

Darüber hinaus hat der Bundespräsident die Möglichkeit, eigene Vorschläge zur Programmgestaltung einzubringen. Es gilt aber zu berücksichtigen, dass ein weltweit respektierter Mindeststandard hinsichtlich des Besuchszeremoniells bei Staatsvisiten existiert. Beispielsweise wäre es ein Affront auf die Erweisung der militärischen Ehren oder das Staatsbankett zu verzichten.[94] Diese zeremoniellen Elemente sind obligatorischer Bestandteil eines jeden Staatsbesuches. Davon abgesehen setzt jedes Gastland zusätzlich eigene Akzente bezüglich der zeremoniellen und programmatischen Form der Besuche.[95] Es besteht also von vornherein eine Art Grundgerüst, das jedoch Spielraum für eine Individualisierung des Programmes lässt. Auf diese Weise kann die politische Wirkung der Visite erhöht oder in eine bestimmte Richtung gelenkt werden.[96] Inwieweit den Wünschen des Gastes nachgekommen wird, divergiert von Fall zu Fall. Neben konkreten Programmpunkten und Besuchsorten werden auch sämtliche technische Details wie die Größe der Delegation oder der genaue Zeitplan immer wieder neu ausgehandelt.[97] In der Regel zeigt sich der Empfangsstaat jedoch konziliant.[98]

Bei ausgehenden Staatsbesuchen ist der Vorbereitsaufwand grundsätzlich höher als bei eingehenden – die dem Staatsoberhaupt zugebilligte Fehlertoleranz aber gleichzeitig besonders gering.[99] Trotz mehrmonatiger Planung ergeben sich dennoch immer wieder Situationen, in denen der Bundespräsident selbstständig politische Entscheidungen zu treffen hat.[100] Gemäß Seidel ist das Staatsoberhaupt dazu auch ohne vorherige Rücksprache mit dem Regierungschef befugt, weil nur so die auswärtige Repräsentation glaubhaft und wirkungsvoll vorgenommen werden kann. Er sieht es allerdings als Pflicht des Präsidenten an, nach den mutmaßlichen Vorstellungen der Regierung zu handeln und nicht den eigenen politischen Willen zugrunde zu legen.[101]

---

[92] Vgl.: Hartmann/Kempf, Staatsoberhäupter in der Demokratie, a.a.O., S. 94.
[93] Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 225.
[94] Vgl.: Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 45.
[95] Vgl.: Moll, Besuchspolitik, a.a.O., S. 357; Wohlan, Martina: Das diplomatische Protokoll im Wandel, Tübingen 2014, S. 216 Fn. 35.
[96] Vgl.: Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 261; Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 135.
[97] Vgl.: Hartmann, Jürgen: Wenn das Zeremoniell zu Politik wird. Honeckers Besuch in der Bundesrepublik im September 1987, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 6 (2017) Nr. 3, S. 133.
[98] Vgl.: Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 125 f.; Schütte, Polizeiliche Maßnahmen bei Staatsbesuchen, a.a.O., S. 36 f.
[99] Vgl.: Pieper/Schmidt, Das Bundespräsidialamt, a.a.O., S. 108 f.
[100] Vgl.: Winkler, Hans-Joachim: Der Bundespräsident. Repräsentant oder Politiker?, Opladen 1967, S. 50.
[101] Vgl.: Seidel, Der Bundespräsident als Träger der auswärtigen Gewalt, a.a.O., S. 153.

1.3 Reden, Gespräche und Äußerungen zu außenpolitischen Themen

Immer wieder wird konstatiert, dass die politische Bedeutung des Bundespräsidenten „größtenteils in der Kraft seines Wortes“ liegt.[102] Auch bei Staatsbesuchen kann er durch kommunikatives Handeln Einfluss auf die Außenpolitik nehmen. Äußert er sich im Ausland öffentlich – beispielsweise im Rahmen einer Pressekonferenz – handelt er weitgehend politisch selbstständig.[103] Darüber hinaus bietet sich ihm insbesondere bei Reden zu außenpolitischen Themen sowie in Gesprächen mit ausländischen Politikern die Gelegenheit eigene Akzentuierungen vorzunehmen.[104]

Die öffentliche Rede gilt vielen als „entscheidende Waffe“[105] des Bundespräsidenten. Wenn es um innenpolitische Themen geht, verfügt er über eine relativ große Unabhängigkeit und es kommt äußerst selten zu vorherigen Absprachen mit der Bundesregierung.[106] Demgegenüber herrscht in der Literatur keine Einigkeit darüber, wie frei der Bundespräsident bei seinen Reden im Ausland ist und welchen Anteil er an deren Konzeption hat. Immerhin besteht Konsens dahingehend, dass unter diesen Umständen die Organtreue verstärkt greift und er von der Regierung vertretene Positionen nicht konterkarieren darf.[107] Auch wenn das Staatsoberhaupt sich mit seinen Äußerungen grundsätzlich im Rahmen der Regierungspolitik bewegen muss, sieht Billing in der öffentlichen Rede „potentiell ein hervorragendes Instrument, auf die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik, insbesondere atmosphärisch und über die Bewußtseinsbildung, einzuwirken“.[108] Korte konzediert dem Bundespräsidenten einen großen persönlichen Spielraum hinsichtlich Formulierung und Schwerpunktsetzung.[109] Im Kontrast dazu argumentiert Strohmeier, das Staatsoberhaupt habe bei Reden im Ausland „nur äußerst beschränkte ‚Gestaltungsmöglichkeiten‘“, da diese mit der Bundesregierung abgestimmt werden müssten.[110]

Grundsätzlich ist unstreitig, dass im Vorfeld ein informeller Austausch über den Inhalt stattfindet – schon allein um das einheitliche Auftreten der Bundesrepublik gegenüber dem Ausland nicht zu gefährden. Das schmälert aber nicht zwangsläufig den Einfluss des Bundespräsidenten. Laut Hartmann und Kempf werden die Reden entweder von ihm selbst oder Mitarbeitern des Bundespräsidialamtes konzipiert, wobei eine inhaltliche Verständigung mit dem Außenamt erfolgt.[111] Hellmann et al. postulieren, die im Rahmen von Auslandsbesuchen gehaltenen Reden seien zwar mit dem Bundeskanzleramt und Auswärtigen Amt abgestimmt, aber keinesfalls von diesen diktiert. Davon abweichend geht Bierling davon aus, dass das letztgenannte manchmal

---

[102] Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel: Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, Paderborn 3. Aufl. 2009, S. 60.
[103] Scholz/Süskind, Die Bundespräsidenten, a.a.O., S. 53.
[104] Vgl.: Spath, Das Bundespräsidialamt, a.a.O., S. 129.
[105] Jochum, Worte als Taten, a.a.O., S. 54.
[106] Vgl.: Lenski, Von Heuss bis Carstens, a.a.O., S. 146.
[107] Vgl.: Mehlhorn, Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich, a.a.O., S. 253; Hartmann/Kempf, Staatsoberhäupter in der Demokratie, a.a.O., S. 94.
[108] Billing, Die Rolle des Bundespräsidenten in der Außenpolitik, a.a.O., S. 153.
[109] Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 98.
[110] Strohmeier, Der Bundespräsident, a.a.O., S. 194.
[111] Vgl.: Hartmann/Kempf, Staatsoberhäupter in der Demokratie, a.a.O., S. 94.

sogar die gesamte Ausarbeitung übernimmt.[112] Insbesondere für frühere Zeiten scheint zu gelten, dass die ersten Impulse aus dem Auswärtigen Amt kamen.[113]

Die bisherigen Bundespräsidenten partizipierten in unterschiedlichem Maße an der Konzeption ihrer Reden mit außenpolitischem Bezug. Das zeigt ein Blick auf die ersten drei Amtsträger. Heuss verfasste seine Redetexte grundsätzlich selbst. Allerdings tat er dies auf Basis von Stichwörtern und inhaltlichen Vorschlägen, die ihm zuvor von der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes oder den Auslandsvertretungen unterbreitet worden waren. Wie stark er sich daran orientierte, hing davon ab, welche persönliche Verbindung er zu dem Land hatte, über dessen Beziehungen zur Bundesrepublik er sprechen sollte. Der Entwurf aus dem Bundespräsidialamt wurde anschließend dem Außenminister und teilweise auch dem Botschafter im Zielland zur Durchsicht vorgelegt. Heuss ging auf geringfügige Änderungswünsche ein, eine Überarbeitung der Grundstruktur des Textes wurde jedoch in keinem Fall verlangt.[114]

Anders als Heuss behielt sich Lübke lediglich eine Akzentsetzung vor. Seine Reden wurden meist direkt von den Auslandsvertretungen entworfen. Waren diese überlastet, sprang das Auswärtige Amt ein. Der zweite Bundespräsident wich jedoch stellenweise im Rahmen seiner Ansprachen vom offiziellen Text ab und vertrat gelegentlich Auffassungen, die nicht der außenpolitischen Linie der Bundesregierung entsprachen.[115] Heinemann hielt sich indessen bei Staatsbesuchen fast durchgängig an die Redemanuskripte. Die Entwürfe dafür stammten auch während seiner Amtszeit stets aus dem Auswärtigen Amt. Sie wurden allerdings im Bundespräsidialamt unter Berücksichtigung der inhaltlichen Anliegen und konkreten Formulierungswünsche des Bundespräsidenten abgeändert. Anschließend ging die modifizierte Fassung „zur endgültigen Absegnung“ wieder dem Außenamt zu, wobei Meinungsverschiedenheiten einvernehmlich gelöst wurden.[116]

Neben seinen öffentlichen Ansprachen hat der Bundespräsident auch die Möglichkeit im direkten Gespräch mit ausländischen Akteuren eigene Akzente zu setzen. Politische Sachgespräche sind fester Bestandteil von Staatsbesuchen – auch wenn aus ihnen nicht immer greifbare Entscheidungen oder Vertragsabschlüsse resultieren. Gemessen an Kanzlerreisen ist die „Dosis an Politik“ in der Regel überschaubar.[117] Inwiefern der Bundespräsident einen Staatsbesuch politisch nutzen kann, hängt nach Jochum vom jeweiligen Kontext ab:

---

112 Vgl.: Bierling, Stephan: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, München 2. Aufl. 2005, S. 28.
113 Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 98.
114 Vgl.: Günther, Heuss auf Reisen, a.a.O., S. 35.
115 Vgl.: Vollmert, Botschafter des guten Willens, a.a.O., S. 17 f.; Billing, Die Rolle des Bundespräsidenten im Bereich der Außenpolitik, a.a.O., S. 154.
116 Billing, Die Rolle des Bundespräsidenten im Bereich der Außenpolitik, a.a.O., S. 154.
117 Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 231.

„Pflegen die ausländischen Gesprächspartner enge und gute Beziehungen zu den Spitzen der Bundesregierung oder gibt es auf der aktuellen Agenda mit Deutschland wenig Grundsatzthemen, wird der Bundespräsident die verbleibenden tagespolitischen Fragen in der Regel nicht entscheidend beeinflussen. Haben seine auswärtigen Gegenüber nur sporadisch Kontakt zu den Hard Power-Akteuren der Bundesrepublik oder steht eine Frage auf der Tagesordnung, die Deutschlands politisch-moralische Grundpositionierung […] berührt, kann dem Bundespräsidenten schlagartig eine Schlüsselrolle zufallen.“[118]

2 Bürokratien und Außenpolitik

Mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundeskanzleramt sowie dem Bundespräsidialamt werden in dieser Arbeit neben dem Staatsoberhaupt auch drei bürokratische Akteure in den Blick genommen. Haftendorn et al. stellten bereits 1978 die These auf, dass nicht mehr die politischen Spitzen, sondern die Ministerialbürokratien und deren Gegenstücke in internationalen Organisationen die „eigentlichen außenpolitischen Akteure“ seien.[119] Allerdings wird die Bedeutung von Bürokratien in der Außenpolitik immer noch häufig unterschätzt und vergleichsweise selten wissenschaftlich untersucht.[120] Bei der Auseinandersetzung mit diesem Forschungsobjekt gilt es zu beachten, dass sich Organisationen allgemein nur in Verbindung mit ihren Funktionen verstehen lassen.[121] Im folgenden Abschnitt sind daher jene der drei untersuchten kollektiven Akteure klar zu konturieren. Darüber hinaus werden die organisationsstrukturellen Bedingungen erläutert, unter denen das Auswärtige Amt, das Bundeskanzleramt und das Bundespräsidialamt im Jahr 1987 operierten.[122] Grundsätzlich sind Bürokratien in der Bundesrepublik hierarchisch-pyramidenförmig aufgebaut. Es kann zwischen Leitungsebene, mittlerer Leitungsebene und Arbeitsebene unterschieden werden. Diese Struktur fixiert nicht nur Verantwortlichkeiten und Weisungsbefugnisse, sondern begünstigt prinzipiell auch eine vertikale Kommunikation.[123]

---

[118] Jochum, Bundespräsident, a.a.O., S. 172.
[119] Haftendorn, Helga/Karl, Wolf-Dieter/Krause, Joachim/Wilker, Lothar: Einleitung, in: Haftendorn, Helga/Karl, Wolf-Dieter/Krause, Joachim/Wilker, Lothar (Hrsg.): Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, Köln 1978, S. 7.
[120] Vgl.: Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 46.
[121] Vgl.: Knoll, Thomas: Das Bonner Bundeskanzleramt. Organisation und Funktionen von 1949-1999, Wiesbaden 1. Aufl. 2004, S. 417.
[122] Zur Veranschaulichung wurden dem Anhang dieser Arbeit drei Organisationspläne von Auswärtigem Amt, Bundeskanzleramt und Bundespräsidialamt aus dem Jahr 1987 hinzugefügt. Sie wurden dem Verfasser freundlicherweise von Mitarbeitern der drei Institutionen übermittelt.
[123] Vgl.: Krause, Joachim/Wilker, Lothar: Bürokratie und Außenpolitik, in: Haftendorn, Helga/Karl, Wolf-Dieter/Krause, Joachim/Wilker, Lothar (Hrsg.): Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, Köln 1978, S. 42; Jann, Werner: Politik als Aufgabe der Bürokratie. Die Ministerialbürokratie im politischen System der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien, in: Politische Bildung 21 (1988), S. 46.

2.1 Das Auswärtige Amt

Unter den mit Außenpolitik befassten Behörden nimmt das Auswärtige Amt eine exponierte Stellung ein. Nach der Geschäftsordnung vom 11. Mai 1951 obliegt ihm die zentrale Steuerungs- und Koordinationsfunktion für alle auslandsbezogenen Tätigkeiten der Bundesregierung.[124] Allerdings ist diese Generalkompetenz insbesondere aus zwei Gründen faktisch aufgeweicht. Zum einen erfordern viele Situationen die Einbeziehung der Fachressorts in den Entscheidungsprozess. Auf der anderen Seite können sich auch der Bundeskanzler respektive seine Mitarbeiter aufgrund dessen Richtlinienkompetenz aus Artikel 65 GG in der Außenpolitik engagieren.[125]

Das Außenamt profitiert von seinem „gewaltigen Verwaltungsunterbau".[126] Im Jahr 1987 stand Hans-Dietrich Genscher an der Spitze der Behörde. Die Leitungsebene unter dem Außenminister bildeten zwei Staatsminister sowie eine Staatssekretärin und ein Staatssekretär. Insgesamt verfügte das Ministerium über sieben Abteilungen, die wiederum in elf Unterabteilungen und über 90 Referate gegliedert waren.[127] Zur Struktur des Auswärtigen Amtes gehören außerdem die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland – also unter anderem die Botschaften und Generalkonsulate.[128] Gemäß Artikel 3 der Wiener Konvention von 1961 ist es Aufgabe diplomatischer Missionen den Entsendestaat im Empfangsstaat zu vertreten. In Bezug auf die Bundesrepublik spielt dabei der Botschafter, der als offizieller Vertreter des Staatsoberhauptes fungiert, eine besonders bedeutende Rolle.[129] In den Monaten vor und während des Staatsbesuches 1987 repräsentierte Andreas Meyer-Landrut die BRD in Moskau.

Für die „Reisen des Bundespräsidenten" war laut Organisationsplan des Auswärtigen Amtes insbesondere das *Referat 700* der Protokollabteilung (7) zuständig. Dieses wurde zwischen 1984 und 1988 durch Werner Graf von der Schulenburg – den „Chef des Protokolls" – geleitet. Seiner Abteilung kam eine „wichtige Scharnierfunktion"[130] zu. Sie hatte sowohl Kontakt zu den diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik im Ausland sowie jener des Zielstaates in Bonn als auch zum Bundespräsidialamt und zu den Politischen Abteilungen der eigenen Behörde. Auch letztere waren regelmäßig in die Vorbereitungen von Staatsbesuchen involviert. Ob A*bteilung 2* oder *3* zuständig war, hing dabei vom jeweiligen Zielstaat ab. „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen" (*Referat 212*) und zur

[124] Vgl.: §11 GOBreg
[125] Vgl.: Krause/Wilker, Bürokratie und Außenpolitik, a.a.O., S. 40; Siwert-Probst, Judith: Die klassischen außenpolitischen Institutionen, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kaiser, Karl (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band 4. Institutionen und Ressourcen, München 1998, S. 20 f.; Korte, Karl-Rudolf: Bundeskanzleramt, in: Schmidt, Siegmar/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 1. Aufl. 2007, S. 204.
[126] Fröhlich, Stefan: „Auf den Kanzler kommt es an". Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Paderborn 2001, S. 44.
[127] Vgl.: Organisationsplan des Auswärtigen Amtes vom 01. Juli 1987, Anhang S. II.
[128] Vgl.: Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 67.
[129] Vgl.: Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 68.
[130] Vollmert, Botschafter des guten Willens, a.a.O., S. 16.

„Sowjetunion“ (*Referat 213*) fielen in den Aufgabenbereich der Politischen *Abteilung 2* (*Unterabteilung 21*).

2.2 Das Bundeskanzleramt

Bis 1955 wurde deutsche Außenpolitik inhaltlich wie institutionell aus dem Bundeskanzleramt gesteuert.[131] Dort bestand ab 1950 ein Staatssekretariat, das sich mit „auswärtigen Angelegenheiten“ befasste. Zudem übernahm Kanzler Adenauer das im Jahr darauf geschaffene Amt des Außenministers bis Mitte der 1950er Jahre in Personalunion. Durch die spätere Trennung der Ämter sowie die Gründung des Außenministeriums relativierte sich diese Dominanz – das Bundeskanzleramt blieb jedoch ein zentraler Akteur deutscher Außenpolitik.[132]

Dennoch finden sich weder im Grundgesetz noch in der Geschäftsordnung der Bundesregierung explizite Ausführungen zu den Funktionen der Behörde. Erst im Vorwort zum Haushaltsplan des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes werden einige Aufgabenbereiche spezifiziert.[133] Demnach informiert das Amt den Kanzler über die Arbeit der Bundesministerien sowie Fragen der allgemeinen Politik. Außerdem bereitet es seine Entscheidungen vor und überwacht deren Durchführung.[134] Obwohl das Bundeskanzleramt im Verfassungstext nicht erwähnt wird, sind seine Hauptfunktionen gemäß Knoll „im Geflecht der drei in Artikel 65 GG genannten Regierungsprinzipien [Kanzler-,Ressort- und Kabinettsprinzip, der Verfasser] implizit festgelegt und entsprechend daraus ableitbar“.[135] Schlussendlich können die Aufgaben des Amtes – auch in Bezug auf die Außenpolitik – mit den Schlagworten „Führen“, „Koordinieren“ und „Strippen ziehen“ treffend beschrieben werden.[136]

Hinsichtlich der organisationsstrukturellen Gliederung lassen sich Leitungs- und Arbeitsebene unterscheiden.[137] Zum Leitungsbereich gehörten 1987 neben Bundeskanzler Kohl auch ein Staatsminister, ein Staatssekretär sowie eine Parlamentarische Staatssekretärin und die ihnen jeweils untergeordneten Leitungsstäbe und persönlichen Büros. Im November 1984 wurde Wolfgang Schäuble als Bundesminister für besondere Aufgaben Chef des

[131] Vgl.: Korte/Fröhlich, a.a.O., S. 83; Korte, Bundeskanzleramt, a.a.O., S. 203.
[132] Vgl.: Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 57 f.; Schorkopf, Staatsrecht der internationalen Beziehungen, a.a.O., S. 292.
[133] Vgl.: Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt, a.a.O., S. 42.
[134] Vgl.: Einzelplan 04 „Bundeskanzler und Bundeskanzleramt“ des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1949, zit. nach Korte/Fröhlich, Politik und Regieren in Deutschland, a.a.O., S. 84; Eine ausführliche Darstellung der Funktionen des Bundeskanzleramtes findet sich bei Korte, Busse und Hoffmann, Knoll sowie Fröhlich; Vgl.: Korte, Bundeskanzleramt, a.a.O., S. 203 ff.; Busse, Volker/Hofmann, Hans: Bundeskanzleramt und Bundesregierung. Aufgaben. Organisation. Arbeitsweise, Köln 6. Aufl. 2016, S. 48 ff.; Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt, a.a.O., S. 42 ff.; Fröhlich, Auf den Kanzler kommt es an, a.a.O., S. 51 ff.
[135] Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt, a.a.O., S. 42.
[136] Vgl.: Korte, Bundeskanzleramt, a.a.O., S. 204 f.; Korte/Fröhlich, Politik und Regieren in Deutschland, a.a.O., S. 84.
[137] Vgl.: Korte, Bundeskanzleramt, a.a.O., S. 206; Fröhlich, Auf den Kanzler kommt es an, a.a.O., S. 54 ff.; Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt, S. 61 ff.

Bundeskanzleramtes. Er leitete die Behörde bis April 1989.[138] Die Arbeitsebene bestand im Jahr des Staatsbesuches aus sechs Abteilungen, welche sich wiederum in Gruppen gliederten.[139] Insgesamt 42 Referate bildeten die Basiseinheiten.[140]

Dabei wurde der Ressortzuschnitt der Bundesregierung innerhalb des Kanzleramtes „in Miniaturform"[141] nachgebildet. Aufgabe der „Spiegelreferate" – die in der Regel jeweils für ein konkretes Fachministerium zuständig sind – ist es, dessen Arbeit zu begleiten und den Bundeskanzler darüber zu informieren.[142] *Abteilung 2* zeichnete für die Koordinierung und Aufarbeitung der außenpolitischen Ressortgesichtspunkte verantwortlich. Sie bestand aus drei Gruppen mit insgesamt sieben Referaten, wobei *Referat 212* für Ost-West-Beziehungen im Allgemeinen und für die Sowjetunion im Speziellen zuständig war.[143] Ein großer Teil der Mitarbeiter der Abteilung kam ursprünglich aus dem Auswärtigen Amt und wurde aufgrund eines 1970 eingeführten Rotationsverfahrens für begrenzte Zeit in das Kanzleramt versetzt.[144]

Normalerweise lassen sich die Kommunikations- und Arbeitswege innerhalb der Behörde am Organisationsplan ablesen. Sie verlaufen grundsätzlich entlang des hierarchisch-bürokratischen Aufbaus von den Referaten über Gruppen und Abteilungen bis hin zum Behördenchef – und umgekehrt.[145] In der Regierungszeit von Bundeskanzler Kohl sagte die formale Organisationsstruktur jedoch nur wenig über die tatsächliche Praxis aus.[146] Ihm war „das informelle Moment der persönlichen Nähe wichtiger als administrative Zuständigkeiten".[147] Das zeigt das Beispiel seines langjährigen Mitarbeiters Horst Teltschik.[148] Diesem übertrug Kohl die Leitung der *Abteilung 2*, obwohl es bis dahin üblich war, den Posten mit einem Diplomaten aus dem Auswärtigen Amt zu besetzen.[149] Unterstützt vom

---

[138] Anders als die Staatssekretäre in den Ministerien, welche lediglich „oberste administrative Gehilfen ihres Ministers" sind, fungiert der Chef des Bundeskanzleramtes als selbstständiger Behördenleiter; Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Die Organisationsgewalt im Bereich der Regierung. Eine Untersuchung zum Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1964, S. 238; Aus formaler Sicht stellt er die Kontaktstelle des Amtes zum Bundeskanzler dar.

[139] Die Gruppen traten als strukturell neue Organisationsform an die Stelle von Unterabteilungen; Vgl.: Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt, a.a.O. S. 415 f.

[140] Der erste Organisationsplan des Bundeskanzleramtes von Ende 1949 sah lediglich zwei Abteilungen vor. Im Zuge mehrerer Ausweitungsschritte – insbesondere Anfang der 1970er Jahre – wuchs der Personalstand der Behörde stark an; Vgl.: Fröhlich, Auf den Kanzler kommt es an, a.a.O., S. 54 f.; Verglichen mit dem Auswärtigen Amt verfügt das Kanzleramt jedoch über wesentlich geringere personelle Ressourcen.

[141] Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 61.

[142] Vgl.: Busse/Hofmann, Bundeskanzleramt und Bundesregierung, a.a.O., S. 112 f.

[143] Vgl.: Organisationsplan des Bundeskanzleramtes vom 15. September 1987, Anhang S. III.

[144] Vgl.: Korte, Bundeskanzleramt, a.a.O., S. 206.

[145] Vgl.: Fröhlich, Auf den Kanzler kommt es an, a.a.O., S. 57.

[146] Vgl.: Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt, a.a.O., S. 327.

[147] Korte, Karl-Rudolf: Kommt es auf die Person des Kanzlers an? Zum Regierungsstil von Helmut Kohl in der ‚Kanzlerdemokratie' des deutschen ‚Parteienstaates', in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 29 (1998) Nr. 3, S. 398.

[148] Teltschik arbeitete bereits ab 1972 als Referent in der Mainzer Staatskanzlei für Kohl, der zum damaligen Zeitpunkt Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz war. Fünf Jahre später begleitete er ihn nach Berlin und wurde dort sein Büroleiter. Im Jahr 1982 setzte Kohl Teltschik dann als Leiter der *Abteilung 2* des Bundeskanzleramtes ein.

[149] Vgl.: Korte, Bundeskanzleramt, a.a.O., S. 207; Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., 63; Sowohl Korte als auch Fröhlich sehen in diesem Schritt auch ein Signal des Kanzlers, durch das er den Anspruch auf ein außenpolitisches Eigenprofil erhob; Vgl.: Korte, Bundeskanzleramt, a.a.O., S. 207; Fröhlich, Auf den Kanzler kommt es an, a.a.O., S. 125.

Bundeskanzler entfaltete Teltschik daraufhin eine wesentlich größere Aktivität, als seine formale Stellung im Amtsgefüge hätte vermuten lassen. Der Abteilungsleiter im Range eines Ministerialdirektors avancierte zum „entscheidende[n] außenpolitische[n] Berater Helmut Kohls und [war] für den Regierungschef in sämtlichen diesbezüglichen Fragen maßgeblich".[150] Das galt insbesondere für die Ost-West-Politik.[151]

Für die vorliegende Arbeit ist außerdem relevant, dass die hausinterne Kommunikation von einem hohen Grad an Informalität geprägt war. Der Kanzler selbst traf Entscheidungen häufig im Dialog, fertigte darüber aber in den seltensten Fällen Notizen an.[152] Auch in der für auswärtige Beziehungen zuständigen *Abteilung 2* tauschte man sich „mehr mündlich" aus und verzichtete oft auf eine schriftliche Ergebnissicherung.[153]

2.3 Das Bundespräsidialamt

Die Gründung des Bundespräsidialamtes geht auf eine Empfehlung der Koblenzer Konferenz westdeutscher Ministerpräsidenten von August 1949 zurück.[154] In erster Linie dient die Behörde dem „Funktionieren" des Verfassungsorgans „Bundespräsident" – gleichzeitig wird sie selbst stark von ihrem Organwalter geprägt.[155] Nach Spath lassen sich insbesondere vier konkrete Aufgaben identifizieren.[156] Zum einen soll das Amt den Präsidenten in sämtlichen Fragen seiner Amtsführung beraten. Weiterhin unterrichtet es ihn über wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Probleme sowie relevante Entwicklungen in der Innen- und Außenpolitik. Darüber hinaus gehört die Vorbereitung der Entscheidungen des Staatsoberhauptes ebenso zu den Funktionen des Präsidialsamtes wie die Ausführung beziehungsweise Weiterleitung seiner Aufträge.

Obwohl das Amt ein großes inhaltliches Spektrum abdecken muss, verfügt es im Vergleich mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundeskanzleramt über die mit Abstand geringsten personellen Ressourcen.[157] An seiner Spitze steht nicht der Bundespräsident, sondern der „Chef des Bundespräsidialamtes".[158] Diesem beamteten Staatssekretär obliegt nicht nur die interne Leitung der Behörde, er hält zudem die Verbindungen zur Bundesregierung

---

[150] Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt, a.a.O., S. 334.
[151] Vgl.: Fröhlich, Auf den Kanzler kommt es an, a.a.O., S. 131.
[152] Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, a.a.O., S. 17 f.
[153] Vgl.: Fröhlich, Auf den Kanzler kommt es an, a.a.O., S. 132.
[154] Vgl.: Spath, Das Bundespräsidialamt, a.a.O., S. 42.
[155] Vgl.: Mehlhorn, Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich, a.a.O., S. 143.
[156] Vgl.: Spath, Das Bundespräsidialamt, a.a.O., S. 39; Hübner, Parlament und Regierung in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 154.
[157] Im Jahr 1988 verfügte das Amt *in summa* über 110 Mitarbeiter; Vgl.: Uelhoff, Klaus-Dieter: Dienst und Dank – der Bundespräsident und der Steuerzahler, in: Rose, Klaus/Falthauser (Hrsg.): Die Haushälter. Ist die Zukunft finanzierbar?, Köln 1990, S. 219.
[158] Aus verwaltungsrechtlicher Sicht kann nur der Chef des Bundespräsidialamtes den Angestellten der Behörde Weisungen erteilen, da er der Dienst- und Disziplinarvorgesetzte der Beschäftigten ist. Dies ist jedoch nur von theoretischer Relevanz. Weil der Staatssekretär vom ständigen Vertrauen des Präsidenten abhängig ist, kann dieser in das Amt „hineinregieren"; Vgl.: Spath, Das Bundespräsidialamt, a.a.O., S. 43 f.; Hübner, Parlament und Regierung in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 153.

aufrecht und fungiert als „erste[r] Berater des Bundespräsidenten".[159] Viele der bisherigen Behördenchefs stammten ursprünglich aus dem Auswärtigen Amt.[160] Dies trifft auch auf Klaus Blech zu. Er war – bevor Richard von Weizsäcker ihm von 1984 bis 1989 die Leitung des Bundespräsidialamtes übertrug – deutscher Botschafter in Tokio.[161]

Wie andere oberste Bundesbehörden ist das Präsidialamt in Abteilungen gegliedert. In der Organisationsstruktur existierten 1987 die *Abteilung I* – zuständig für den Bereich „Inland"– sowie *Abteilung II* „Ausland, Protokoll, Presse, Öffentlichkeitsarbeit". Letztere verfügte nur über drei Referate und war damit die deutlich kleinere Organisationseinheit. Von 1984 bis 1988 gehörten ihr Reinhold Schenk und Eberhard von Puttkamer an. Wie Klaus Blech waren auch sie zuvor für das Auswärtige Amt tätig. Während Schenk die Gesamtverantwortung für die *Abteilung II* trug, leitete Puttkamer das *Referat II/1*. In dessen Zuständigkeitsbereich fielen explizit auch „Staatsbesuche".[162] Mit Öffentlichkeitsarbeit war das *Referat III/3* befasst. Die Position des Pressesprechers besetzte der Bundespräsident mit Friedbert Pflüger. Dieser arbeitete bereits vor 1984 für Weizsäcker, als er noch Regierender Bürgermeister von Berlin war.[163]

3 Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seit dem Amtsantritt Gorbatschows

Die Analyse eines ausgehenden Staatsbesuches des deutschen Bundespräsidenten muss notwendigerweise auch die Situation vor Ort und das bilaterale Verhältnis mit dem Zielland berücksichtigen. Nur so kann der Leser nachvollziehen, unter welchen Voraussetzungen die Reise stattfand. Ende der 1980er Jahre sah sich die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) mit einer veritablen Führungskrise konfrontiert, verursacht durch den Tod gleich mehrerer politischer Spitzenakteure. Im Zeitraum von November 1982 bis März 1985 verstarben mit Leonid Breschnew, Juri Andropow und Konstantin Tschernenko drei Staats- und Parteichefs in nur drei Jahren.[164] Schließlich kam es am 11. März 1985 im Kreml zu einem „Generationenwechsel".[165] Michail Gorbatschow wurde mit 54 Jahren zum zweitjüngsten Generalsekretär in der Geschichte der KPdSU gewählt. Nachfolgend soll zunächst kursorisch ausgeführt werden, wie sich die Lage der Sowjetunion bei seinem Amtsantritt darstellte.[166] Alsdann wird auf den von Gorbatschow angestoßenen Reformprozess sowie auf das volatile deutsch-sowjetische Verhältnis zwischen dessen Wahl im März 1985 und

[159] Spath, Das Bundespräsidialamt, a.a.O., S. 44; Vgl.: Hübner, Parlament und Regierung in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 153.
[160] Vgl.: Pieper/Schmidt, Das Bundespräsidialamt, a.a.O., S. 103.
[161] Vgl.: Filmer/Schwan, Profile eines Mannes, a.a.O., S. 309; Winter, Ingelore: Unsere Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Roman Herzog. Sieben Porträts, Düsseldorf 3. Aufl. 1994, S. 214.
[162] Vgl.: Organisationsplan des Bundespräsidialamtes aus dem Mai 1987, Anhang S. IV.
[163] Vgl.: Filmer/Schwan, Profile eines Mannes, a.a.O., S. 309.
[164] Vgl.: Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 1. Aufl. 2017, S. 437.
[165] Wagensohn, Von Gorbatschow zu Jelzin, a.a.O., S. 28.
[166] Eine erschöpfende Beschreibung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation ist im Rahmen dieser Arbeit weder möglich, noch zielführend. Vielmehr soll vor allem auf solche Aspekte eingegangen werden, die für das Verständnis der weiteren Ausführungen notwendige Voraussetzung sind.

dem Beginn der konkreten Programmvorbereitungen für den Staatsbesuch zwei Jahre später eingegangen.

3.1 Die Lage der Sowjetunion beim Amtsantritt Gorbatschows

In der Ära von Gorbatschow-Vorgänger Leonid Breschnew nahmen die außenpolitischen Interessen einen sehr hohen Stellenwert ein. Es wurden nicht nur für die Verteidigungspolitik enorme materielle, personelle und finanzielle Ressourcen aufgebracht, sondern auch für die sowjetische Außenpolitik gegenüber „Staaten sozialistischer Orientierung" in der Dritten Welt.[167] Ein Beispiel dafür ist die militärische Intervention in Afghanistan. Der ab 1979 laufende Einsatz kostete allein 1985 rund 2,6 Millionen Rubel, was etwa einem Fünftel des sowjetischen Budgetdefizits in Gorbatschows erstem Amtsjahr entsprach.[168] Darüber hinaus setzten der *Nato-Doppelbeschluss*[169] und die amerikanische *Strategic Defense Initiative*[170] (SDI) die Sowjetunion unter militärpolitischen Zugzwang. Der Rüstungswettlauf mit den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) führte schlussendlich zu einer finanziellen Überlastung. Gorbatschows Außenminister, Eduard Schewardnadse, bemerkte 1991 rückblickend, dass mit dem „maßlosen Ausbau" militärischer Kapazitäten wachsende Probleme im Inneren einhergingen, die das Land „an den Rand einer Katastrophe" führten.[171] Auch von Saal resümiert:

> „Tatsächlich war ein Tiefstand im Jahr 1985 beinahe in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen erreicht (im Wirtschaftswachstum, in der Arbeitsproduktivität, in puncto technologischer Innovation, im Agrarsektor) und schlug sich in sozialen Problemen, materieller Unterversorgung der Bevölkerung und schlechter Produktqualität, vor allem an der Peripherie der Union, nieder."[172]

---

[167] Vgl.: Diehl, Ole: Die Strategiediskussion in der Sowjetunion. Zum Wandel der sowjetischen Kriegsführungskonzeption in den achtziger Jahren, Wiesbaden 1993, S. 128.

[168] Vgl.: Karner, Stefan: Von der Stagnation zum Verfall. Kennzeichen der sowjetischen Wirtschaft der 1980er Jahre, in: Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.): Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung. The decline of the Soviet Empire und Germany's reunification, Köln u.a. 2016, S. 33.

[169] Der im Dezember 1979 von den Außen- und Verteidigungsministern der Allianz gefasste *Nato-Doppelbeschluss* sah unter anderem die Dislozierung von landgestützten US-Raketensystemen in Europa vor, die der Abschreckung dienen und die eigene Verteidigungsfähigkeit stärken sollte. Gleichzeitig enthielt er auch das Angebot zu Verhandlungen über eine Begrenzung von Mittelstreckenwaffen; Vgl.: Broer, Michael: Zwischen Konsens und Konflikt. Der NATO-Doppelbeschluß, der INF-Vertrag und die SNF-Kontroverse, in: Junker, Detlef (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des kalten Krieges 1945 – 1990. Ein Handbuch, Stuttgart und München 2. Aufl. 2001, S. 235.

[170] Die *Strategic Defense Initiative* (SDI) war ein von US-Präsident Ronald Reagan initiiertes modernes Rüstungsprogramm. Das letztlich nicht realisierte Raketenverteidigungssystem sah Laserwaffen an Satelliten über Nordamerika vor, welches sowjetische Angriffe verhindern sollte; Vgl.: Emmerich, Alexander: Der Kalte Krieg, Stuttgart 2011, S. 113.

[171] Vgl.: Schewardnadse, Eduard, zit. nach Pfetsch, Frank R.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Adenauer zu Merkel. Eine Einführung, Schwalbach 2011, S. 146.

[172] von Saal, Yuliya: KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion. Demokratisierung, Werteumbruch und Auflösung 1985-1991, München 2014, S. 50; Für eine statistische Untermauerung dieses Befundes; Vgl.: Karner, Von der Stagnation zum Verfall, a.a.O., S. 15 ff.

Wer unzufrieden war oder aus anderen Gründen emigrieren wollte, konnte die Sowjetunion jedoch nicht ohne Weiteres verlassen.[173] Ihre Politik richtete sich von Anfang an gegen jede Auswanderung: „Da das System auf einer Ideologie beruhte, die die Einheit von Individuum und Staat behauptete, konnte es die Flucht bzw. das Sich-Absetzen der Sowjetbürger nicht akzeptieren".[174] Emigration wurde deshalb weitgehend nur auf der Grundlage der Familienzusammenführung gestattet. Zu den wenigen Bevölkerungsgruppen, die in den Nachkriegsjahrzehnten über Verwandtschaftsbeziehungen ins Ausland verfügten, zählten vor allem Angehörige der jüdischen und deutschen Minderheit.[175]

Trotz ihrer Bevölkerungsstärke blieben diesen allerdings generell wichtige Minderheitenrechte versagt und sie wurden immer wieder Opfer von Diskriminierungen.[176] Auch das Antragsverfahren für Ausreisewillige beider Gruppen war nicht nur mit zahlreichen Restriktionen und sehr hohen Gebühren verbunden, sondern bot den Behörden darüber hinaus „viel Raum für eine willkürliche Handhabung".[177] Die Bearbeitung konnte sich über mehrere Jahre hinziehen, in denen die Antragsteller von staatlichen Stellen und am Arbeitsplatz schikaniert und benachteiligt wurden.[178] Obwohl davon auszugehen ist, dass viele Personen dadurch abgeschreckt wurden, bemühten sich immer mehr Juden und Sowjetdeutsche um eine Genehmigung. Für das Jahr 1979 wird allein die Zahl der deutschen Ausreisewilligen auf mehr als 82 000 taxiert.[179] Wie *Abbildung 1* veranschaulicht, erhöhte die sowjetische Führung daraufhin den Druck und reagierte mit einer drastischen Senkung der Auswanderungszahlen.[180] Ihre willkürliche Emigrationspolitik und die Repressalien gegen Ausreisewillige provozierten jedoch ab Ende der 1970er Jahre zunehmenden Protest.[181]

---

[173] Die Verfassung von 1977 enthielt kein Recht auf freie Ein- und Ausreise, obwohl die Sowjetunion Mitunterzeichner von Vereinbarungen wie der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie der KSZE-Schlussakte war, welche das Recht auf Freizügigkeit garantierten. Lediglich eine Ordnung, die 1959 erlassen und dann 1970 sowie 1986 überarbeitet wurde, ermöglichte Emigration aus der Sowjetunion aus rechtlicher Sicht – allerdings unter dem Vorbehalt einer Zustimmung der zuständigen Behörden. Nach welchen Kriterien über einen Antrag entschieden werden sollte, wurde jedoch nicht spezifiziert. Mithin hatten Sowjetbürger keinen einklagbaren Anspruch auf Emigration; Vgl.: Armborst, Kerstin: Ablösung von der Sowjetunion. Die Emigrationsbewegung der Juden und Deutschen vor 1987, Münster 2001, S. 99; von Saal, KSZE-Prozess und Perestroika, a.a.O., S. 151.
[174] Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 97.
[175] Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 1.
[176] Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 12.
[177] Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 412.
[178] Vgl.: Graßmann, Walter: Geschichte der evangelisch-lutherischen Rußlanddeutschen in der Sowjetunion, der GUS und in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, München 2006, S. 93; Eine ausführliche Beschreibung des Antragsverfahrens und die Folgen für die Antragssteller findet sich bei Armborst; Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 112 ff.
[179] Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 111.
[180] Was der ausschlaggebende Grund für diesen Schritt war, ist in der Forschung umstritten. Einige Autoren sehen ihn in der zunehmend spannungsgeladenen Beziehung zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Staaten des Westens. So hing laut Eisfeld die Zahl der behördlich genehmigten Ausreisen „vom Stand der politischen Großwetterlage" ab; Eisfeld, Alfred: Die Russlanddeutschen, München 2. Aufl. 1999, S. 145; Andere mahnen die Berücksichtigung innersowjetischer Erwägungen – wie die Verhinderung eines weiteren Rückgangs des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums – als wichtige Faktoren an; Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 111.
[181] Vgl.: von Saal, KSZE-Prozess und Perestroika, a.a.O., S. 153; Eine Darstellung der konkreten Protestformen der beiden Gruppen findet sich bei Armborst; Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 199 ff.

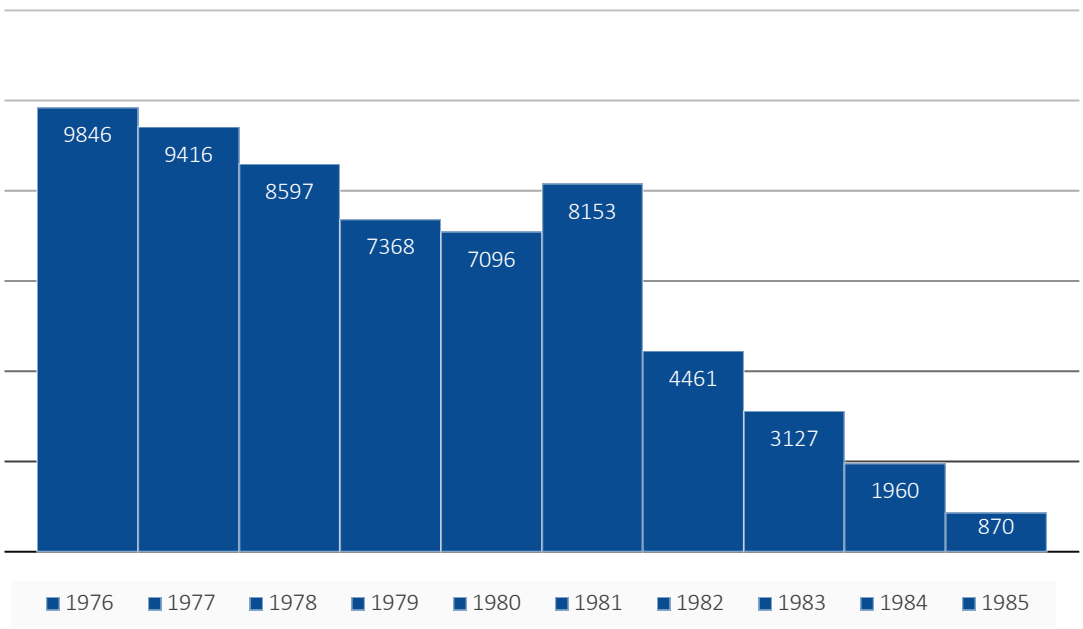


Abbildung 1: Emigration der Sowjetbürger deutscher Nationalität aus der UdSSR zwischen 1976 und 1985 (Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Zahlen von von Saal, KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion, a.a.O., S. 153)

3.2 Gorbatschows Reformen in der Innen- und Außenpolitik

Die neue sowjetische Führung unter Michail Gorbatschow ließ früh die Bereitschaft zu Kursveränderungen erkennen und konzentrierte sich zunächst stark auf die Innen- und Wirtschaftspolitik.[182] Insbesondere zwei Schlagworte prägten den eingeleiteten Reformprozess: *Perestroika* stand für die Umgestaltung der Wirtschaft. Anfangs baute man auf „Korrekturen innerhalb des ‚stagnierenden' Systems" ohne den „für die UdSSR bekannten und erprobten" Rahmen zu verlassen.[183] Nach und nach wurden die Planwirtschaft und das Sowjetsystem jedoch durch marktwirtschaftliche und demokratische Elemente ergänzt.[184] Ab 1987 erlaubte man sogar mehreren Ministerien und Großbetrieben direkte Beziehungen mit westlichen Partnern aufzunehmen und *Joint Ventures* einzugehen.[185]

[182] Vgl.: Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917 – 1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 1022 ff.; von Saal, KSZE-Prozess und Perestroika, a.a.O., S. 51 f.; Diehl, Die Strategiediskussion in der Sowjetunion, a.a.O., S. 125 ff.; Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 401.
[183] Diehl, Die Strategiediskussion in der Sowjetunion, a.a.O., S. 126; Beispielsweise versuchte man durch appellative Maßnahmen und Kampagnen gegen Missstände wie Trunksucht oder Managementfehler vorzugehen.
[184] Vgl.: Emmerich, Der Kalte Krieg, a.a.O., S. 15.
[185] Vgl.: Karner, Von der Stagnation zum Verfall, a.a.O., S. 37; Auch wenn die Vermittlung über die staatliche Außenhandelsorganisation erfolgte, war dieser Schritt aus ideologischer Sicht eine äußerst bemerkenswerte Kurskorrektur.

Auf dem 27. Parteitag der KPdSU wurde außerdem eine Politik der *Glasnost* – also Offenheit beziehungsweise Transparenz – im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich ausgerufen. Gemäß Diehl stand auch dieser Reformansatz unter dem „Primat der Ökonomie“:

> „Die von der neuen Führung propagierte Politik der ‚Glasnost‘ […] war von Beginn an ein Instrument, um das übergeordnete Ziel einer Abwendung der ökonomischen Katastrophe zu erreichen. Offenheit, Kritik und Selbstkritik sollten vordringlich die Gesellschaft aus ihrer Stagnation lösen, das Ausmaß der Krise schonungslos aufdecken und damit die Notwendigkeit zur Durchführung einer Reform verdeutlichen sowie kreatives Denken über mögliche Lösungsansätze fördern.“[186]

Abgesehen von den beiden hauptsächlich nach innen gerichteten Leitworten setzte Gorbatschow zusätzlich auf eine Entspannungspolitik gegenüber der westlichen Welt.[187] Bereits in seinen ersten Äußerungen zur Außen- und Sicherheitspolitik forderte er die Herstellung von „zivilisierten Beziehungen“.[188] Eine Annäherung schien dabei wiederum auch aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll. Abrüstungspolitische Erfolge versprachen Ressourceneinsparungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, die dann in den zivilen Bereich transferiert werden und so zur unmittelbaren Entlastung der Volkswirtschaft beitragen konnten.[189] Resultierend aus dieser Einsicht avancierte die Rüstungsbegrenzung zu einem der zentralen Anliegen sowjetischer Politik.[190] Ferner bot eine potenzielle Verbesserung des internationalen Klimas auch die Aussicht auf direkte und technologische Unterstützung bei der Umstrukturierung der heimischen Wirtschaft aus dem Westen.[191]

3.3 Tauwetter und erneute Eiszeit in den bilateralen Beziehungen

Im November 1983 billigte der Deutsche Bundestag die Stationierung US-amerikanischer Raketensysteme auf dem Territorium der BRD. Da die alte sowjetische Führung in der Bundesrepublik den „Initiator und Motor des NATO-Doppelbeschlusses“[192] sah, verhängte sie ab 1984 „eine Art diplomatische Quarantäne über Westdeutschland“[193] und schränkte intergouvernementale Kontakte auf ein Mindestmaß ein. Gorbatschow änderte an dieser „Bestrafungspolitik“ zunächst wenig.[194] Er sah seinen „wichtigsten westlichen

---

[186] Diehl, Die Strategiediskussion in der Sowjetunion, a.a.O., S. 127.
[187] Vgl.: Emmerich, Der Kalte Krieg, a.a.O., S. 115.
[188] Gorbatschow, Michail zit. nach Diehl, Die Strategiediskussion in der Sowjetunion, a.a.O., S 140.
[189] Vgl.: Diehl, Die Strategiediskussion in der Sowjetunion, a.a.O., S 129; von Saal, KSZE-Prozess und Perestroika, a.a.O., S. 54; Wagensohn, Von Gorbatschow zu Jelzin, a.a.O., S. 305.
[190] Vgl.: Ritter, Gerhard A.: Hans-Dietrich Genscher, das Auswärtige Amt und die deutsche Wiedervereinigung, München 2013, S. 16.
[191] Vgl.: Diehl, Die Strategiediskussion in der Sowjetunion, a.a.O., S. 129; Heute ist offensichtlich, dass die Reformbemühungen Gorbatschows den wirtschaftlichen Niedergang der Sowjetunion nicht aufgehalten haben. Vielfach wurde die These vertreten, die Kurskorrekturen der neuen Führung hätten den Verfallsprozess sogar beschleunigt. Karner kommt bei der Überprüfung dieser These allerdings zu dem Ergebnis, dass das Sowjetsystem bereits vor der Amtsübernahme Gorbatschow aus ökonomischer Sicht nicht mehr funktionsfähig war; Vgl.: Karner, Von der Stagnation zum Verfall, a.a.O., S. 34.
[192] Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 187.
[193] Bierling, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 207.
[194] Vgl.: Oldenburg, Fred: Die Deutschlandpolitik Gorbatschows 1985-1991, Köln 1992, S. 11.

Ansprechpartner“ [195] vor allem in der amerikanischen Führung, weil ohne diese Rüstungsbegrenzungen nicht umsetzbar waren. Gegenüber der Bundesrepublik verfolgte er einen Kurs der politischen Zurückhaltung bei Fortführung der ökonomischen Beziehungen.[196] Letztere hatten für die Sowjetunion hohe Relevanz, da die BRD bereits in den 1970er Jahren zum größten Westhandelspartner aufgestiegen war und eine zentrale Stütze der wirtschaftlichen Modernisierungsbemühungen darstellte.[197] Zurückhaltung wurde anfangs allerdings auch in Bonn geübt. Innerhalb der konservativen Regierungsmehrheit herrschte die Meinung vor, die Politik des neuen Generalsekretärs sei lediglich eine „geschicktere und sich besser darstellende Fortführung des alten sowjetischen Machtstrebens“.[198]

Erst im Sommer 1986 waren „Tauwettersignale“[199] zu vernehmen. Außenminister Genscher reiste nach Moskau und führte lange Gespräche mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse sowie mit Gorbatschow. Dabei gewann er den Eindruck, dass Letzterer es mit seiner Reformpolitik ernst meine und diese zwangsläufig eine neue Außenpolitik nach sich ziehe.[200] Zwar hatte die Unterredung am 21. Juli mit einer heftigen Kontroverse über die Stationierung der Mittelstreckenraketen begonnen, anschließend ging Gorbatschow jedoch auf die Vision eines „Gemeinsamen Europäischen Hauses“[201] und die Potenziale einer vertieften deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit ein. Schließlich schlug er Genscher vor, eine neue Seite in den bilateralen Beziehungen aufzuschlagen.[202] Darüber

---

[195] Wentker, Hermann: Gorbatschow in Bonn 1989. Ein historischer Staatsbesuch aus westdeutscher und aus ostdeutscher Sicht, in: Kötzing, Andreas/Weil, Francesca/Schmeitzner, Mike/Schulte, Jan Erik (Hrsg.): Vergleich als Herausforderung. Festschrift für Günther Heydemann zum 65. Geburtstag, Göttingen und Bristol 2015, S. 278.

[196] Dies unterstrich der Generealsekretär der KPdSU im Rahmen einer Sitzung des Politbüros am 27. März 1986. Er bewertete die Begrenzung des politischen Dialogs mit dem westdeutschen Bundeskanzler als richtig und forderte sie beizubehalten. In anderen Bereichen – wie Wirtschaft und Wissenschaft – müsse die Sachzusammenarbeit hingegen fortgesetzt werden. Allerdings sei anzuerkennen, dass die Bundesrepublik auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet in Westeuropa eine führende Rolle einnimmt und damit auch als potenzieller Partner der Sowjetunion in Frage kommt; Kwizinskij, Erinnerungen eines Diplomaten, a.a.O., S. 398; Glaubitz, Den Gang der Geschichte gespürt, a.a.O., S. 51 f.; Ritter, Hans-Dietrich Genscher, a.a.O., S. 17; Oldenburg, Fred: Die Deutschlandpolitik Gorbatschows und der Niedergang der Sowjetunion, in: Meissner, Boris/Eisfeld, Alfred (Hrsg.): 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, Berlin 1999, S. 130.

[197] Vgl.: Eggers, Wolfgang: Die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion gegenüber Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Meissner, Boris/Eisfeld, Alfred (Hrsg.): 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, Berlin 1999, S. 98.

[198] Ruge, Gerd: Michail Gorbatschow. Biographie, Frankfurt am Main 6. Aufl. 1990, S. 332; Vgl.: Wentker, Hermann: Die Deutschen und Gorbatschow 1987 bis 1989. West- und ostdeutsche Perzeptionen zwischen Kontinuität und Wandel, in: in: Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.): Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung. The decline of the Soviet Empire und Germany’s reunification, Köln u.a. 2016, S. 120; Frenkin, Anatolij: Gestern Feinde – heute Freunde. Moskaus neues Bild der deutschen Konservativen, Erlangen u.a. 1990, S. 209.

[199] Oldenburg, Die Deutschlandpolitik Gorbatschows, a.a.O., S. 2.

[200] Vgl.: Genscher, Erinnerungen, a.a.O., S. 507.

[201] Dieses von Gorbatschow und Schewardnadse entwickelte Konzept sah eine gesamteuropäische Friedensordnung vor, in welcher die Spaltung zwischen den Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt überwunden werden sollte. Nach Ritter handelte es sich allerdings eher um vage Vorstellungen, deren Schwäche darin bestand, dass eine solche Ordnung letztlich mit der Teilung Deutschlands und dem Bestehen unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Systeme in BRD und DDR unvereinbar war; Vgl.: Ritter, Hans-Dietrich Genscher, a.a.O., S. 16 f.

[202] Vgl.: Genscher, Erinnerungen, a.a.O., S. 501; Hacke, Christian: Neues Denken im Osten. Das Ende des Ost-West-Konflikts (1985-1989), in: Brauckhoff, Kerstin/Schwaetzer, Irmgard (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik, Wiesbaden 2015, S. 194; Ash, Timothy Garton: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München und Wien 1993, S. 160.

hinaus führte das Treffen bereits zu konkreten Ergebnissen. Unter anderem wurde ein Rahmenabkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet und drei weitere Abkommen in den Bereichen Forschung und Technologie, Gesundheit und Medizin sowie Agrarforschung paraphiert.[203]

Nur wenig später erfuhr das deutsch-sowjetische Verhältnis jedoch erneut eine schwere Belastung. Das amerikanische Nachrichtenmagazin *Newsweek* zitierte Äußerungen von Bundeskanzler Helmut Kohl, die dieser im Rahmen eines Hintergrundgesprächs getätigt hatte.[204] Wie eine später veröffentlichte Tonbandaufzeichnung belegte, verglich Kohl den sowjetischen Generalsekretär mit dem nationalsozialistischen Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels.[205] Zwar bedauerte er dieses „Kommunikationsdesaster"[206] später öffentlich und versuchte unter anderem in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter die Wogen zu glätten. Dessen Regierung beschloss dennoch, die politischen Kontakte vorübergehend einzufrieren. So reiste weder der stellvertretende Ministerpräsident, Alexej Antonow, wie geplant nach Bonn, noch wurde der deutsche CDU-Bundestagsabgeordnete Volker Rühe in Moskau empfangen.[207]

Zu Jahresbeginn 1987 schuf dann der Ausgang der westdeutschen Bundestagswahl Fakten. Ein Regierungswechsel blieb aus, die christlich-liberale Koalition wurde im Amt bestätigt und es stand fest, dass Helmut Kohl auch in den folgenden Jahren Bundeskanzler bleiben würde. Gorbatschow sah daher die Notwendigkeit das Verhältnis zur BRD neu zu bestimmen. Weil die Beziehungen auf Regierungsebene aber nach wie vor gestört waren, entschied man sich im Kreml für eine Einladung des Bundespräsidenten.[208]

---

[203] Vgl.: Genscher, Erinnerungen, a.a.O., 504 f.; Wagensohn, Von Gorbatschow zu Jelzin, a.a.O., S. 44f; Ritter, Hans-Dietrich Genscher, a.a.O., S. 18.
[204] Vgl.: Newsweek vom 27.10.1986, S. 29; Ritter, Hans-Dietrich Genscher, S. 19.
[205] Wörtlich sagte Kohl: „Ich bin kein Narr. Ich halte ihn [Gorbatschow, der Verf.] nicht für einen Liberalen. […] Das ist ein moderner kommunistischer Führer. Der war die in Kalifornien, nie in Hollywood, aber versteht was von PR [Öffentlichkeitsarbeit, der Verf.]. Goebbels verstand auch was von PR. Man muß doch die Dinge auf den Punkt bringen"; zit. nach Weckbach-Mara, Unser Bundespräsident, a.a.O., S. 38; Laut Newsweek-Chefredakteur Maynard Parker wurde der später veröffentlichte Text der deutschen Seite noch einmal zur Freigabe vorgelegt und von dieser nicht beanstandet. Im Gegenteil, man wünschte sogar noch eine Erklärung des Namens Goebbels; Vgl.: Weckbach-Mara, Friedemann: Deutschland – deine Politiker. Machtkämpfe, Staatsgeheimnisse, Amtsmissbrauch und Privates von Helmut Schmidt bis Angela Merkel, Halle 2016, S. 187.
[206] Schwarz, Hans-Peter: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012, S. 456.
[207] Vgl.: Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 271.
[208] Vgl.: Wilke, Manfred: Sowjetische Deutschlandpolitik der Ära Gorbatschow, in: Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.): Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung. The decline of the Soviet Empire und Germany's reunification, Köln u.a. 2016, S. 169.

III Vorbereitung und Durchführung des Staatsbesuches in der Sowjetunion

1 Bewertung der Rahmenbedingungen und Zielsetzungen des Staatsbesuches

Am 28. April 1987 übergab der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, Julij Kwizinskij, Staatssekretär Blech ein Schreiben, in dem die Einladung des Bundespräsidenten offiziell bestätigt wurde.[209] Im Hintergrund liefen zu diesem Zeitpunkt die Planungen für den ersten westdeutschen Staatsbesuch in der UdSSR seit zwölf Jahren jedoch schon mehrere Wochen.[210] Eigentlich hätte bei korrekter Einhaltung der diplomatischen Gepflogenheiten zuerst der Bundeskanzler in die Sowjetunion reisen müssen.[211] Zumindest kurzfristig schien ein Besuch des Regierungschefs aus bereits dargelegten Gründen nicht sehr wahrscheinlich. Man entschied sich daher auf die sowjetische Einladung einzugehen und die Staatsvisite des Bundespräsidenten vorzuschalten. Schlussendlich hielt sich Weizsäcker vom 6. bis zum 11. Juli 1987 in der Sowjetunion auf. Allein die konkreten Programmvorbereitungen der westdeutschen Seite für den sechstägigen Staatsbesuch nahmen mehr als ein Vierteljahr in Anspruch. Wenn Enrico Brissa – der ehemalige Protokollchef der Bundespräsidenten Wulff und Gauck – darauf hinweist, dass für das Gelingen eines Besuches generell sowohl eine gute Vorbereitung als auch eine wachsame Durchführung konstitutive Voraussetzungen sind, so erscheint diese Feststellung ebenso trivial wie einleuchtend.[212] Beide Phasen werden deshalb in diesem Kapitel genauer analysiert. Eingangs gilt es zunächst zu klären, wie die bundesdeutschen Akteure die Rahmenbedingungen einschätzten und welche Ziele sie für den Staatsbesuch definierten.

1.1 Bewertung der politischen Rahmenbedingungen

Nach Aktenlage deutet vieles darauf hin, dass innerhalb des Auswärtigen Amtes eine „offizielle Situationsdefinition“ konstituiert wurde, die später auch andere Akteure konsequent nach außen vertraten.[213] Dabei stellte man die Ausgangssituation vor dem Staatsbesuch positiver dar, als sie objektiv betrachtet tatsächlich war. So betont der Leiter der *Abteilung 2* des Außenamtes, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, in einem Vermerk vom 17. Juni 1987, dass die Visite des Bundespräsidenten zu einem „politisch außerordentlich günstigen Zeitpunkt“ stattfinde.[214] Als Beleg für diese Einschätzung verweist er neben der Reformpolitik Gorbatschows insbesondere auch auf die Annäherung zwischen den beiden

[209] Vgl: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Schreiben an Karl Berthold von Pfetten-Arnbach (Auswärtiges Amt) vom 28.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 48.
[210] Zuletzt absolvierte Bundespräsident Walter Scheel vom 10. bis 16. November 1975 eine offizielle Visite in der Sowjetunion. Staatsbesuche zwischen zwei Ländern finden in der Regel alle sieben bis acht Jahre statt; Vgl.: Werner, Andreas: Stille Helfer im Hintergrund, in: Politik & Kommunikation, März 2009, S. 57.
[211] Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 246.
[212] Vgl.: Brissa, Auf dem Parkett, a.a.O., S. 58.
[213] Vgl.: von Richhofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 17.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 187 ff.; Heyken, Eberhard (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 29.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 112; Stoecker, Folkmar (Auswärtiges Amt), Ortex Nr. 37/38 vom 23.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 221 ff.; Teltschik, Horst (Bundeskanzleramt), Vermerk vom 23.06.87, in: BAK-Dossier, S. 209 ff.
[214] von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 17.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 187.

Weltmächten sowie einen aufsteigenden Trend in den deutsch-sowjetischen Beziehungen.[215]

Richthofen geht davon aus, dass der vom Regierungschef der Sowjetunion angestoßene Reformprozess zu mehr Bereitschaft hinsichtlich einer argumentativen Auseinandersetzung mit dem Westen führen werde. Allerdings räumt er implizit ein, dass Umfang und Tragweite der von Gorbatschow angestoßenen Veränderungen zum damaligen Zeitpunkt noch nicht klar absehbar waren.[216]

Ferner wird argumentiert, eine Annäherung zwischen USA und UdSSR im Rahmen der Rüstungskontrollverhandlungen entlaste auch das bilaterale Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion. In der Tat herrschte zwischen 1985 und 1987 eine „Zeit des amerikanisch-sowjetischen Dialogs",[217] der sich unter anderem in den Gipfeltreffen von Genf und Reykjavik manifestierte. Allerdings deutet Richthofen auch hier wiederum selbst an, dass die Sowjets ihre Kritik an der sicherheitspolitischen Positionierung der BRD daraufhin zwar weniger offensiv vertraten, sie aber grundsätzlich bestehen blieb. Noch am 20. April 1986 empörte sich Gorbatschow gegenüber Erich Honecker – dem Staatschef der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) – Bundeskanzler Kohl verhalte sich „wie ein Lakai der USA".[218]

Dass der Besuch von Antonow sowie die ebenfalls ursprünglich bereits für das Jahresende 1986 angesetzten Ressortministertreffen Anfang 1987 nachgeholt und drei der im Rahmen von Genschers Moskau-Reise paraphierten Rahmenabkommen unterzeichnet wurden, verbuchte das Auswärtige Amt als „Intensivierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen".[219] Obwohl man sich darüber im Klaren war, dass „manche Reizungen fortwirken mögen", wurde der „Wettersturz vom Spätherbst 1986" zur bloßen Episode erklärt.[220] Vollständig ausgeräumt waren die durch den *Newsweek*-Eklat hervorgerufenen Verstimmungen allerdings noch lange nicht.[221]

Insgesamt zeigt sich, dass die Lageeinschätzung des Auswärtigen Amtes zumindest partiell revidiert werden muss. Zwar bestand auch in Moskau grundsätzlich die Bereitschaft auf die BRD zuzugehen, das deutsch-sowjetische Verhältnis war im Vorfeld des Staatsbesuches allerdings weiterhin angespannt. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies den handelnden westdeutschen Akteuren durchaus bewusst war. Dennoch lautete die ausgegebene Losung: „Entscheidend ist, daß der Staatsbesuch nicht erst die Voraussetzungen für eine

[215] Vgl.: von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 17.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 187 ff.
[216] Vgl.: von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 17.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 188.
[217] Emmerich, Der Kalte Krieg, a.a.O., S. 113.
[218] Küchenmeister, Daniel: Honecker – Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993, S. 99.
[219] Stoecker, Folkmar (Auswärtiges Amt), Ortex Nr. 37/38 vom 23.061987, in: BAK-Dossier, S. 223.
[220] von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 17.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 191.
[221] Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., 245.

Erwärmung der bilateralen Beziehungen schafft, sondern die Erwärmung bereits eingetreten ist".[222]

Bundeskanzleramt und Auswärtiges Amt bemühten sich also, den Besuch durch den „hohen Stand der Beziehungen"[223] zu rechtfertigen. Auf diese Weise sollte dem Eindruck vorgebaut werden, die Staatsvisite diene lediglich als Versöhnungsreise nach dem Goebbels-Vergleich aus dem Vorjahr. Auch Weizsäcker selbst hatte bereits Anfang Februar in einem Gespräch mit Botschafter Kwizinskij zu erkennen gegeben, dass er einen möglichen Besuch in der Sowjetunion nicht als „einmalige ‚Bußfahrt' für das *Newsweek*-Interview" verstanden wissen wolle.[224]

1.2 Zielsetzungen für den Staatsbesuch

In der Bonner Regierungszentrale stand früh fest, dass der Staatsbesuch ein „Kulminationspunkt mit Signalwirkung im besuchten Land und zu Hause" werden sollte.[225] Auch das Auswärtige Amt erkannte die „spezifische politische Bedeutung" der Visite und forderte, sich „nicht auf Atmosphäre und Protokoll [zu] beschränken".[226]

Mitte Mai 1987 fand eine Hausbesprechung unter der Leitung von Ministerialdirigent Kastrup statt, deren Zweck es war zu klären, welche operativen Ziele in der Sowjetunion anvisiert und welche Themen auf welcher Ebene behandelt werden sollten.[227] Interessanterweise wurde diese Besprechung offenbar von Ministerialdirigent Schenk angeregt.[228] Der Leiter der *Abteilung II* des Bundespräsidialamtes nahm an der Sitzung im Außenamt teil, erbat Informationen, wies auf Präferenzen des Staatsoberhauptes hin und brachte selbst Vorschläge ein.[229]

Auch die politischen Spitzen stimmten sich intensiv ab. In der Regel kamen Kohl und Weizsäcker alle vier bis sechs Wochen zusammen.[230] Während der Planungsphase des Staatsbesuches führten sie mehrere lange Gespräche, zuletzt kurz vor Weizsäckers Abreise nach Moskau.[231] Kohl wurde für dieses Treffen von Teltschik mit einem umfassenden Vermerk ausgestattet, an dem sich detailliert nachvollziehen lässt, welche Ziele und

[222] von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 17.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 191; Vgl.: Stoecker, Folkmar (Auswärtiges Amt), Ortex Nr. 37/38 vom 23.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 224.
[223] Kaestner, Uwe (Bundeskanzleramt), Vermerk vom 25.03.1987, in: BAK-Dossier, S. 1.
[224] Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 273; Vgl. Kwizinskij, Erinnerungen eines Diplomaten, a.a.O., S. 417; Korte Gesichter der Macht, a.a.O., S. 245.
[225] Kaestner, Uwe (Bundeskanzleramt), Vermerk vom 25.03.1987, in: BAK-Dossier, S. 1.
[226] von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 17.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 193.
[227] Heyken, Eberhard (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 13.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 73.
[228] Schenk notierte handschriftlich auf einen Vermerk des Leiters des Referates 213, VLR Heyken, in dem dieser zu der Hausbesprechung einlud: „Ich habe diese Besprechung angeregt"; Heyken, Eberhard (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 06.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 63.
[229] Vgl.: Heyken, Eberhard (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 19.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 97 ff.
[230] Vgl.: Schulze/Wördehoff, Ein deutscher Präsident, a.a.O., S. 188.
[231] Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 249.

Themenschwerpunkte aus Sicht des Bundeskanzleramtes in der Sowjetunion gesetzt werden sollten.[232]

Ein gewichtiges Anliegen der deutschen Seite war die Fortführung des hochrangigen Besucheraustausches.[233] Im Rahmen der Hausbesprechung vom 18. Mai verständigten sich Schenk und Kastrup vorbehaltlich der Zustimmung der Bundesregierung respektive des Kanzlers darauf, dass Bundespräsident Weizsäcker sowohl gegenüber dem sowjetischen Staatsoberhaupt Andrei Gromyko als auch gegenüber Parteichef Gorbatschow eine Einladung in die BRD aussprechen solle.[234]

Außerdem setzte man sich zum Ziel, auf eine Verbesserung der Lage der Sowjetdeutschen sowie eine Erhöhung der Ausreisezahlen hinzuwirken.[235] Es sollte verdeutlicht werden, dass Bonn ein „Interesse am Überleben der Deutschen als nationale Gemeinschaft in der Sowjetunion" hat.[236] Bereits Mitte des 18. Jahrhunderts waren deutsche Kolonisten in das zaristische Russland immigriert, die – weil sie in der Regel wenig Kontakt zu der einheimischen Bevölkerung hatten – ihre Sprache, Kultur und Religion über lange Zeit bewahren konnten.[237] Ab dem Beginn des Zweiten Weltkrieges verschlechterte sich die Lage ihrer Nachkommen in der UdSSR allerdings dramatisch. Sie verloren ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete, wurden Opfer von Deportationen sowie schweren Menschenrechtsverletzungen und gerieten unter starken Assimilierungsdruck.[238]

Im Jahr 1987 war das Überleben der nationalen Eigenart dieser Minderheit stark bedroht. Aufgrund des ungenügenden Angebots an muttersprachlichem Unterricht beherrschten nur noch wenige der über zwei Millionen Sowjetdeutschen die Sprache ihrer Vorfahren. Sie lebten über die gesamte Sowjetunion verstreut und ihre Kultur und Traditionen gerieten immer mehr in Vergessenheit.[239]

Hinsichtlich der Ausreisezahlen ließ sich seit dem Frühling 1987 ein positiver Trend registrieren, nachdem sich in den ersten beiden Amtsjahren Gorbatschows zunächst kaum etwas an der Genehmigungspraxis der Behörden geändert hatte.[240] Die bis dato gültige „Ein- und Ausreiseverordnung" vom 22. September 1970 wurde im August 1986 durch ein Dekret des Ministerrats der UdSSR ergänzt. Ab Januar traten damit neue Regelungen in Kraft, die das Genehmigungsverfahren präzisierten – beispielsweise durch klare Bearbeitungsfristen von

[232] Vgl.: Teltschik, Horst (Bundeskanzleramt), Vermerk vom 25.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 255 ff.
[233] Vgl.: Heyken, Eberhard (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 29.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 122; von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 17.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 193.
[234] Vgl.: Heyken, Eberhard (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 19.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 97.
[235] Vgl.: Heyken, Eberhard (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 19.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 104; von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 17.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 194; Heyken, Eberhard (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 29.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 123.
[236] Heyken, Eberhard (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 19.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 104.
[237] Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 35 f.
[238] Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 39 ff.
[239] Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 408 ff.
[240] Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 420; von Saal, KSZE-Prozess und Perestroika, a.a.O., S. 156.

Ausreiseanträgen. Über die Emigrationsrate entschied allerdings weiterhin die Regierung.[241]

Neben diesen und einigen weiteren operativen Zielen kristallisieren sich bei Durchsicht der Akten auch thematische Schwerpunkte heraus, die man im Dialog mit den Sowjets behandeln wollte. Zu nennen sind hier insbesondere die bilateralen Beziehungen, wirtschaftliche Kooperation sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle.[242]

2 Protokollarische Vorbereitungen

In Bezug auf Staatsbesuche wird der Begriff „Protokoll" häufig allein mit Vorschriften und Verhaltensregeln assoziiert, die die äußeren Formen des internationalen Umgangs betreffen. Da durch Details – wie beispielsweise die Sitzordnung bei Staatsbanketten – politische Distanz oder aber Wertschätzung ausgedrückt werden können, dürfen sie nicht unterbewertet werden.[243] Zentraler Bestandteil der protokollarischen Arbeit ist jedoch hauptsächlich die „sorgfältige organisatorische Vorbereitung" von Besuchen und Reisen der hohen staatlichen Repräsentanten.[244] Dabei reicht das Aufgabenspektrum von der Festlegung der Reisetermine über die Erstellung des Besuchsprogrammes bis hin zur Auswahl der Gastgeschenke.[245] Eine präzise Planung von Abläufen hilft Erwartungs- und Verhaltenssicherheit herzustellen und so Komplexität zu reduzieren.[246] Gemäß Colschen agieren bürokratische Akteure im Rahmen der protokollarischen Vorbereitung von Staatsbesuchen bei der Entscheidungsfindung, -vorbereitung und -durchführung weitgehend selbstständig, während sich die politischen Spitzen in der Regel kaum aktiv einbringen.[247]

2.1 Terminfindung und Zusammenstellung der Delegation

Die Idee, Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu einem Staatsbesuch in die UdSSR einzuladen, geht – nach eigenen Angaben – ursprünglich auf Botschafter Kwizinskij zurück.[248] Sein Vorschlag fand die Unterstützung von Außenminister Schewardnadse und Gorbatschow, woraufhin Kwizinskij instruiert wurde, diesbezüglich in Bonn vorzufühlen. Der sowjetische Diplomat traf sich am 3. Februar mit Genscher, sechs Tage später mit Weizsäcker und schließlich am 16. Februar mit Kohl.[249] Nachdem Letzterer Mitte März

---

[241] Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 99; von Saal, KSZE-Prozess und Perestroika, a.a.O., S. 155.
[242] Vgl.: von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 17.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 193 f.; Teltschik, Horst (Bundeskanzleramt), Vermerk vom 25.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 256 ff.
[243] Vgl.: Kock, Albert: Warum braucht die Republik den roten Teppich, Herr Holtermann?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Magazin vom 4.8.1989, Heft 492, S. 43; Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 44.
[244] Brandt, Nur nichts dem Zufall überlassen, a.a.O., S. 36.
[245] Vgl.: Auswärtiges Amt: Protokoll (URL http://t1p.de/ou0c, letzter Zugriff am 30.03.2019); Brandt, Nur nichts dem Zufall überlassen, a.a.O., S. 37; Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 112.
[246] Vgl.: Jelinski, Olaf: Das internationale diplomatische Protokoll im Vergleich zum Protokoll in Unternehmen. Eine Analyse des Protokolls als politische Institution, Greifswald 2014, S. 174 f.
[247] Vgl.: Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 51.
[248] Vgl.: Kwizinskij, Erinnerungen eines Diplomaten, a.a.O., S. 117; Oldenburg, Fred 1999: Die Deutschlandpolitik Gorbatschows und der Niedergang der Sowjetunion, a.a.O., S. 132.
[249] Vgl.: Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 272; Die Deutschlandpolitik Gorbatschows und der Niedergang der Sowjetunion, a.a.O., S. 132 Fn. 36.

seine endgültige Zustimmung gegeben hatte, wurden die Reiseplanungen konkreter.[250] Nun galt es zu klären, wann der Besuch genau stattfinden und wer den Bundespräsidenten begleiten sollte.[251]

Insbesondere die Beantwortung der ersten Frage bereitete größere Schwierigkeiten. Sowohl innerhalb der Bundeshauptstadt als auch zwischen der deutschen und sowjetischen Seite waren langwierige Aushandlungsprozesse notwendig, bis schließlich ein Termin fixiert werden konnte.[252] Die Kommunikation lief dabei vor allem über den Chef des Bundespräsidialamtes. Genscher teilte ihm noch während Weizsäckers Lateinamerikareise mit, dass die Sowjets auf eine baldige Durchführung des Staatsbesuches drängten und fragte nach Terminwünschen des Bundespräsidenten.[253]

Blech hielt Rücksprache und meldete sich dann wieder beim Minister des Auswärtigen. Er hatte in Erfahrung gebracht, dass Weizsäcker gerne ab 14. Juni oder 1. Juli 1987 in die Sowjetunion geflogen wäre. Ein Reisebeginn Mitte Mai wurde zwar ebenfalls ins Spiel gebracht, jedoch klar als „3. Präferenz" bezeichnet.[254] Allerdings hatte Genscher unterdessen mit Kohl gesprochen und darum gebeten, sich auf eben diese Option zu einigen. Die Sowjets ließen daraufhin lange auf eine Bestätigung des Zeitraums 17. bis 22. Mai warten und sprachen sich schließlich dafür aus, die Anreise drei Tage später anzusetzen. Dann wäre aber Genscher verhindert gewesen, weshalb das Auswärtige Amt diesen Vorschlag ablehnte.

Laut Pflüger war Weizsäcker ab einem bestimmten Punkt „nicht mehr zum Nachgeben bereit" und setzte in einem persönlichen Telefonat mit Kanzler Kohl den Besuchsbeginn ab dem 1. Juli durch.[255] Warum die Staatsvisite dann aber tatsächlich von 6. bis 11. Juli stattfand, erläutert sein damaliger Pressesprecher nicht. In den Akten ist dokumentiert, dass der letztendlich erfolgreiche Vorschlag von sowjetischer Seite am 29. April eingebracht wurde.[256]

Im Rahmen des Terminfindungsprozesses zeigte sich der Bundespräsident also mehrfach flexibel und akzeptierte am Ende ein Zeitfenster, das nicht den von ihm geäußerten Wünschen entsprach. Über die Frage, wer mit ihm nach Moskau reisen solle, entschied Weizsäcker hingegen weitgehend selbst. Größe und Zusammenstellung der Delegation legt

---

[250] Vgl.: Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 274.
[251] Dem konkreten Zeitpunkt eines Staatsbesuches kann generell große Relevanz zukommen. So weist Hartmann darauf hin, dass sogar die Jahreszeit für die politische Wertung bedeutsam sein kann; Vgl.: Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 261.
[252] Vgl.: Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 15.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 28 f.; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 274 f., Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 247.
[253] Bundespräsident Weizsäcker absolvierte in der Zeit vom 16. bis 29. März 1987 drei Staatsbesuche in Argentinien, Bolivien und Guatemala.
[254] Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 15.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 29; Wäre die Wahl auf diesen Zeitpunkt gefallen, hätte der alljährliche Jugendempfang in der Villa Hammerschmidt verschoben werden müssen. Außerdem fürchtete Weizsäcker die Konfirmation seines Patenkindes zu verpassen; Vgl.: Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 274.
[255] Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 275.
[256] Vgl.: Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1323 vom 29.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 53.

grundsätzlich der Gast fest. Er sollte sich jedoch auf jene Personen beschränken, die für den Zweck sowie reibungslosen Ablauf der Visite erforderlich sind.[257]

Auffällig ist zunächst, dass Weizsäcker die sogenannte „inoffizielle Delegation" stark verkleinerte. Diese umfasst das technische Personal wie etwa Dolmetscher, Sachbearbeiter des Protokolls, Gepäckmeister oder auch Frisöre und Kalligrafen.[258] Bundespräsident Karl Carstens führte 1983 bei seinem Staatsbesuch in den USA noch über 40 Namen auf seiner Begleitpersonenliste. Weizsäcker „übertraf an Sparsamkeit alle seine Vorgänger" und reduzierte die inoffizielle Delegation für den wichtigen Besuch in der UdSSR auf nur 25 Bundesbedienstete.[259]

Darüber hinaus nominierte er neun Sondergäste.[260] Dr. Wilhelm Christians, Professor Hans Günter Danielmeyer sowie Otto Wolff von Amerongen sind dem Bereich „Wirtschaft" zuzuordnen. Für Christians, den ostpolitisch engagierten Vorstand der Deutschen Bank, war es bereits der 28. Besuch in der Sowjetunion.[261] Auf seine Mitreise wurde offensichtlich besonderer Wert gelegt. Nachdem er zunächst abgelehnt hatte, ließ er sich wenige Tage vor dem Beginn der Staatsvisite „auf besondere Bitte von Herrn Bundespräsidenten Weizsäcker" zum Umdenken bewegen.[262] Unterstützt wurde das Staatsoberhaupt außerdem von den Wissenschaftlern Professor Horst Albach, Dr. Heinrich Pfeiffer und Professor Klaus Ritter. Letzterer zählte zu Weizsäckers ältesten Freunden und war ein enger Vertrauter des Präsidenten.[263]

Die Suche nach potenziellen Begleitern begann früh. Bereits am 28. April – dem Tag, an dem die Einladung des Bundespräsidenten von sowjetischer Seite offiziell bestätigt wurde – legte das Bundespräsidialamt eine Liste mit Empfehlungen vor.[264] Auf dieser stand auch der Name von Siegfried Lenz, einem der in der Sowjetunion erfolgreichsten deutschen Schriftsteller der Nachkriegszeit, welcher im Juli dann tatsächlich mit in die UdSSR flog. Im Zielland bekannte deutsche Kulturschaffende werden bei ausgehenden Besuchen regelmäßig in die Delegationen der Bundespräsidenten aufgenommen. Sie sollen „Außenwerbung" betreiben und ein positives Bild der BRD vermitteln.[265]

Neben Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur wurde mit Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein zudem der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) berücksichtigt. Auf der Grundlage einer Vereinbarung mit dem Bundesministerium des Innern war seine Organisation mit der Familienzusammenführung deutscher Spätaussiedler befasst. Das DRK

---

[257] Vgl.: Wohlan, Das diplomatische Protokoll im Wandel, a.a.O., S. 218 Fn. 47.
[258] Vgl.: Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 266.
[259] Scholz/Süskind, Die Bundespräsidenten, a.a.O., S. 359; Vgl.: Wiedemeyer, Ein Denker als Präsident, S. 51.
[260] Vgl.: Bundespräsidialamt, Programm, in: BAK-Dossier, S. 479.
[261] Vgl.: Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 280.
[262] Vgl.: Lebahn, Axel (Deutsche Bank AG), Schreiben an Reinhold Schenk (Bundespräsidialamt) vom 03.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 324.
[263] Vgl.: Weizsäcker, Vier Zeiten, a.a.O., S. 314; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 294.
[264] Vgl.: Bourguignon, Roswitha (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 28.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 50 ff.
[265] Spath, Das Bundespräsidialamt, a.a.O., S. 109 f.; Neben Siegfried Lenz begleitete auch der Schriftsteller und Regisseur Professor Alexander Kluge den Bundespräsidenten in die UdSSR.

sammelte deshalb Informationen über ausreisewillige Sowjetdeutsche und erstellte Statistiken sowie „Härtefall-Listen“, die immer wieder von deutschen Politikern an sowjetische Funktionäre übergeben wurden.[266]

Dass Friedhelm Ost, der Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, zur offiziellen Delegation gehörte, führte in der Presse zu Spekulationen. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* berichtete beispielsweise, Bundeskanzler Kohl habe seinen Regierungssprecher in „letzter Minute“ in die Präsidentendelegation gedrückt, um über das Geschehen während des Staatsbesuches jederzeit informiert zu sein. Die Zeitschrift wertete diesen Schritt Kohls als „Indiz für seinen Argwohn“ und folgerte, dass es mit der Kooperationsbereitschaft des Kanzlers „nicht so weit her“ sei.[267] Aus welchem Motiv der Regierungschef gehandelt hat geht aus den Akten nicht hervor. Er scheint dem Bundespräsidialamt diese Personalentscheidung jedoch tatsächlich erst elf Tage vor dem Abflug nach Moskau mitgeteilt zu haben.[268]

2.2 Auswahl der Gastgeschenke

Der Austausch von Geschenken ist seit langer Zeit fester Bestandteil des Besuchszeremoniells. In diesem Akt „äußert sich grundsätzlich die Gleichrangigkeit der Handelnden, die sich ihrer Verbundenheit versichern“.[269] Ursprünglich eine Geste der Versöhnung hat das gegenseitige Schenken „auch eine eminent politische Funktion“, weil dadurch Beziehungen zwischen Gruppen geschaffen und kultiviert werden können.[270]

Im Rahmen eines ausgehenden Staatsbesuches wird generell ein großer Personenkreis mit Geschenken bedacht. Dieser reicht vom gastgebenden Staatsoberhaupt und seiner Familie über weitere Würdenträger des Zielstaates bis hin zu Menschen, die an der Organisation und Durchführung des Großereignisses beteiligt sind – wie etwa Sicherheitskräfte oder das Hauspersonal.[271] Häufig wird außerdem ein sogenanntes „Staatsgeschenk“ überreicht. Diese Präsente lassen sich als „sicht- und fassbare Zeugen von Achtungserweisungen fremder Nationen“ begreifen und werden dem Volk des Gastlandes gewidmet.[272]

Die Auswahl geeigneter Gegenstände ist eine nicht zu unterschätzende Aufgabe. Einerseits gilt es persönliche Vorlieben und kulturelle Eigenheiten zu berücksichtigten. Andererseits sollen die Geschenke bestenfalls auch Stärken und Besonderheiten des eigenen Landes zum Ausdruck bringen.[273] So hält Vollmert beispielsweise fest, dass während der Amtszeit von

[266] Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, S. 384 f.
[267] Der Spiegel: Eine Kooperation auf neuem Niveau, Nr. 28/1987, S. 23.
[268] Vgl.: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 25.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 254.
[269] Brissa, Auf dem Parkett, a.a.O., S. 100.
[270] Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 271.
[271] Vgl.: Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 272; Vollmert, Botschafter des guten Willens, a.a.O., S. 146.
[272] Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 96; Vgl.: Vollmert, Botschafter des guten Willens, a.a.O., S. 150.
[273] Vgl.: Brandt, Nur nichts dem Zufall überlassen, a.a.O., S. 37; Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 272; Werner, Stille Helfer im Hintergrund, a.a.O., S. 58; Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 97.

Bundespräsident Lübke oft technische Produkte der Firmen Siemens, Grundig und Telefunken oder Erzeugnisse bekannter Porzellanmanufakturen verschenkt wurden.[274]

Im Jahr 1987 wurde die deutsche Botschaft in Moskau bereits Anfang April aktiv und übermittelte dem Auswärtigen Amt erste Geschenkvorschläge für Gromyko und dessen Frau sowie Gorbatschow und Schewardnadse. Diese sollten mit einer vom Außenamt geführten Kartei abgeglichen werden, um mögliche Dopplungen zu vermeiden. Außerdem regte die Botschaft an, dem sowjetischen Kulturfonds ein Staatsgeschenk zu überreichen. Nach Absprache mit dem sowjetischen Protokoll sollten weitere Vorschläge folgen.[275]

Im Bundespräsidialamt war man jederzeit über den Stand der Planungen informiert, gleichzeitig aber auch bestrebt, „eigene Überlegungen zur Geschenkfrage anzustellen".[276] Abteilungsleiter Schenk setzte den Chef seiner Behörde sowie Bundespräsident Weizsäcker am 15. April 1987 über die Empfehlungen der Botschaft in Kenntnis, unterbreitete zusätzlich aber auch selbst Ideen.[277] Für die politischen Spitzen der UdSSR sowie deren Ehefrauen waren neben Porzellanprodukten und technischen Geräten auch Bücher und Bilder vorgesehen. Eine besondere Herausforderung stellte Staatsoberhaupt Andrei Gromyko dar, der über ein Vierteljahrhundert als Außenminister fungiert hatte und „seit 1970 eigentlich schon alles als Geschenk erhalten hat, was als solches in Frage kommt".[278]

Bezugnehmend auf Schenks Vermerk mahnte Blech zwar an, zunächst die Kontaktaufnahme mit der sowjetischen Seite in dieser Angelegenheit abzuwarten – er hielt es für möglich, dass sich diese von früheren luxuriöseren Präzedenzfällen absetzen wolle und stattdessen bescheidenere Gaben mit intellektuellem Anspruch goutiere.[279] Die frühe Initiative des Leiters der *Abteilung II* indiziert jedoch, welch hohe Priorität der „Geschenkfrage" im Präsidialamt beigemessen wurde. Weizsäckers handschriftliche Anmerkungen auf dem Dokument belegen außerdem, dass der Präsident von Anfang an in den Prozess eingebunden war, Vorschläge bewertete und auf eigene Präferenzen hinwies.[280]

In den folgenden Wochen konkretisierte das *Referat 700* des Auswärtigen Amtes bestehende Ideen, erarbeitete weitere Alternativen, tauschte sich mit der Moskauer Botschaft sowie der *Abteilung II* des Bundespräsidialamtes aus und legte dem Bundespräsidenten

---

[274] Vgl.: Vollmert, Botschafter des guten Willens, a.a.O., S. 38 Fn. 178, S. 146.
[275] Vgl.: Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 999 vom 02.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 8 f.
[276] Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Schreiben an Richard von Weizsäcker (Bundespräsident) vom 15.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 30.
[277] Vgl.: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 15.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 32 ff.
[278] Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 15.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 32.
[279] Vgl.: Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Schreiben an Richard von Weizsäcker (Bundespräsident) vom 15.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 30 f.; In früheren Fällen hatte sich die BRD mitunter sehr großzügig gezeigt. Beispielsweise wurde Leonid Breschnew 1973 mit einem Mercedes Coupé beschenkt. Der damalige Staats- und Parteichef soll den Wagen angeblich bereits nach wenigen Tagen bei einer Fahrt zu seinem Hotel auf dem Petersberg bei Bonn schwer beschädigt haben; Vgl.: Süddeutsche Zeitung Online: Der Petersberg (URL http://t1p.de/912j, letzter Zugriff am 30.03.2019).
[280] Nach Aktenlage beschränkte sich Weizsäcker auf die Bewertung von Vorschlägen, während Bundespräsident Heuss seinerzeit auch häufig persönlich Geschenke auswählte; Güther, Heuss auf Reisen, a.a.O., S. 70 f.

Vorschläge zur Billigung vor.[281] Einzelne Rückschläge blieben dabei nicht ganz aus. So ließ man von dem Vorhaben, ein Staatsgeschenk an den sowjetischen Kulturfonds zu übergeben Ende Mai wieder ab, da kein geeigneter Kunstgegenstand beschafft werden konnte.[282]

Schließlich genehmigte Weizsäcker für das Ehepaar Gromyko ein rund 8 600 Mark teures Mokka-Service der Porzellanmanufaktur Nymphenburg.[283] Davon, Schewardnadse mit dem Videorecorder *VS 267 RC* der Firma Grundig zu beschenken, riet er hingegen ab, weil sein privates Gerät nicht fehlerfrei funktionierte.[284] Der Bundespräsident prüfte die ihm vorgelegten Optionen also durchaus gewissenhaft, anstatt sie unhinterfragt zu bewilligen.

Sein persönliches Engagement zeigt sich auch an Details. Gromyko und Gorbatschow sollten jeweils ein Bild des deutschen Staatsoberhauptes mit Widmung erhalten. Aufgrund des Umfangs – 26 Wörter bei Gromyko – bot Protokollchef von der Schulenburg an, den Text von einem darauf spezialisierten Kalligrafen schreiben zu lassen. Weizsäcker entschied jedoch die Aufgabe selbst zu übernehmen.[285]

2.3 Erstellung des Besuchsprogrammes

Auf das Besuchsprogramm bei Staatsvisiten wurde bereits an verschiedenen Stellen eingegangen. So lässt sich rekapitulieren, dass in der Vorbereitungsphase ein detaillierter Ablaufplan erstellt wird, in dem einige Programmpunkte aufgrund von internationalen Konventionen und länderspezifischen Traditionen üblicherweise von vornherein gesetzt sind. Zum „Pflichtprogramm Moskau" zählt beispielsweise eine Kranzniederlegung am *Grabmal des Unbekannten Soldaten* im Alexandergarten am Kreml.[286]

Davon abgesehen erhält jede zusätzliche Veranstaltung oder Handlung durch die Aufnahme in das offizielle Programm „unweigerlich eine politische Qualität".[287] Wie die variablen Elemente konkret genutzt werden, hängt von den Vorschlägen der Vertreter des Ziellandes

---

[281] Vgl.: Schaller, Peter (Auswärtiges Amt), Drahterlass Nr. 3266 vom 22.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 46 f.; Schaller, Peter (Auswärtiges Amt), Schreiben an Reinhold Schenk (Bundespräsidialamt) vom 29.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 54; von der Schulenburg, Werner (Auswärtiges Amt), Schreiben an Reinhold Schenk (Bundespräsidialamt) vom 14.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 78 ff.; von der Schulenburg, Werner (Auswärtiges Amt), Schreiben an Reinhold Schenk (Bundespräsidialamt) vom 16.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 180 ff.

[282] Vgl.: Schaller, Peter (Auswärtiges Amt), Drahterlass Nr. 4393 vom 29.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 133.

[283] Vgl.: von der Schulenburg, Werner (Auswärtiges Amt), Schreiben an Reinhold Schenk (Bundespräsidialamt) vom 14.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 79; Gemäß Vollmert galt in Heinrich Lübkes Präsidentschaft die Vorgabe, dass persönliche Geschenke des Bundespräsidenten nicht mehr als 5.000 Deutsche Mark kosten sollen. Das Präsent an das Ehepaar Gromyko erscheint vor diesem Hintergrund sehr großzügig. Bedenkt man jedoch, dass damit zwei Personen beschenkt wurden, relativiert sich der Preis; Vgl.: Vollmert, Botschafter des guten Willens, a.a.O., S. 146.

[284] Vgl.: von der Schulenburg, Werner (Auswärtiges Amt), Schreiben an Reinhold Schenk (Bundespräsidialamt) vom 14.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 82.

[285] Vgl.: von der Schulenburg, Werner (Auswärtiges Amt), Schreiben an Reinhold Schenk (Bundespräsidialamt) vom 14.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 79 ff.

[286] Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 01.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 5; Bei einem eingehenden Staatsbesuch in der Bundesrepublik gehören heute der Empfang mit militärischen Ehren, ein Staatsbankett, der Gang durch das Brandenburger Tor mit dem regierenden Bürgermeister von Berlin sowie die Kranzniederlegung an der Neuen Wache zu den „festen" Programmpunkten; Vgl.: Werner, Stille Helfer im Hintergrund, a.a.O., S. 57; Brissa, Auf dem Parkett, a.a.O., S. 192.

[287] Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 280.

sowie den Wünschen der Besucher ab. In „stets konsensorientierten Verhandlungen“ versuchen sich die Parteien darauf zu einigen, welche „politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte mit dem Besuch beleuchtet oder aber eher ausgespart werden sollen“.[288]

Auf deutscher Seite begann man nach Abschluss der zwölften Kalenderwoche (KW) im Bundeskanzleramt damit, erste Programmvorschläge zu verschriftlichen.[289] Sieben Tage später zog das Bundespräsidialamt nach.[290] Das Gros der von Abteilungsleiter Schenk vorgebrachten Ideen wurde später realisiert. Beispielsweise regte man ein Treffen mit Russlanddeutschen in Moskau ebenso wie mit Andrej Sacharow – dem „berühmtesten Dissidenten“[291] des Landes – an. Am 3. April fand eine Besprechung statt, in deren Rahmen der Bundespräsident bereits einige Programmpunkte billigte.[292]

Erst danach brachten die Deutsche Botschaft in Moskau und das Auswärtige Amt Überlegungen ein. Die Auslandsvertretung plädierte unter anderem für ein Gespräch mit Wirtschaftswissenschaftlern, den Besuch des Danilow Klosters sowie eine Zusammenkunft mit progressiven Vertretern des kulturellen Lebens.[293] Begegnungen mit führenden Intellektuellen und Kulturschaffenden – auch „Geistergespräche“ genannt – gehören seit Weizsäckers Reise in die Sowjetunion zu den festen Programmpunkten bei ausgehenden Staatsvisiten des Bundespräsidenten.[294] Die im Auswärtigen Amt Anfang Mai auf Arbeitsebene entwickelten neuen Ideen, wie etwa eine Ortsbegehung der Botschaftsbaustelle, setzten sich hingegen nicht durch.[295]

Bevor sich konkrete Wünsche hinsichtlich eines Besuchsprogrammes konsolidierten, wurden über mehrere Wochen Vorschläge erarbeitet, deren Umsetzbarkeit geprüft und darüber korrespondiert. Als Hauptakteure in diesem Prozess lassen sich die *Abteilung II* des Bundespräsidialamtes, die Deutsche Botschaft in Moskau sowie die *Abteilungen 2* (*Unterabteilung 21*, insbesondere *Referat 213*) und *7* des Auswärtigen Amtes identifizieren.[296] Die Federführung bei Fragen der Programmgestaltung lag beim *Referat 700* des Außenamtes.[297]

---

[288] Brissa, Auf dem Parkett, a.a.O., S. 192.
[289] Vgl.: Kaestner, Uwe (Bundeskanzleramt), Vermerk vom 25.03.1987, in: BAK-Dossier, S. 2; Konkret handelte es sich dabei um einen Besuch des wissenschaftlichen Zentrums Sibiriens, Akademgorodok, sowie eine Begegnung mit deutschstämmigen Sowjetbürgern in Alma Ata. Nur erstgenannter Vorschlag wurde später in das Besuchsprogramm aufgenommen.
[290] Vgl.: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 01.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 6 f.
[291] Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, a.a.O., S. 1026.
[292] Vgl.: Libal, Michael (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 22.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 111.
[293] Vgl.: Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1064 vom 08.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 10 f.
[294] Vgl.: Meyer-Landrut 2003: Mit Gott und langen Unterhosen, a.a.O., S. 196.
[295] Vgl.: Schaller, Peter (Auswärtiges Amt), Plurez vom 11.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 64 ff.; Zwischen 1984 und 1992 wurde im westlichen Teil Moskaus unter Einsatz enormer personeller und materieller Ressourcen der größte bundesdeutsche Botschaftsneubau der Nachkriegszeit errichtet; Vgl.: Sonntag, Robert E.: Bundesbauten im Ausland, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4/5 (2001), S. 274 f.
[296] Vgl.: Libal, Michael (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 22.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 111.
[297] Vgl.: Schaller, Peter (Auswärtiges Amt), Drahterlass Nr. 3093 vom 14.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 20.

Wie nachfolgend an zwei Beispielen illustriert wird, verlief die Kooperation der westdeutschen Akteure nicht stets effizient und frei von Dissonanzen.

Früh zeichnete sich ab, dass der Bundespräsident neben Moskau mit Nowosibirsk auch den asiatischen Teil der Sowjetunion besuchen würde.[298] Dort befand sich die sibirische Abteilung der Akademie der Wissenschaften, welche als „Denkfabrik Gorbatschows"[299] galt. Darüber hinaus sollte eine weitere Stadt im europäischen Teil der UdSSR in das Programm aufgenommen werden, insbesondere um dem „Aspekt ‚Vergangenheit' in würdiger Weise Rechnung" zu tragen.[300] Ende April brachte die sowjetische Seite Wolgograd (bis 1961 Stalingrad) ins Gespräch, während das Auswärtige Amt zuvor bereits an Leningrad (ab 1991 Sankt Petersburg) gedacht hatte.[301]

Erstgenannte Option fand in Bonn generell kaum Zuspruch. Botschafter Meyer-Landrut informierte am 29. Mai ausführlich über die in Wolgograd vorhandenen Gedenkstätten. Er kam zu dem Ergebnis, dass die Sowjets dort in ihrer Erinnerung in erster Linie auf sich selbst konzentriert seien und die Symbolik der Vergangenheit ausschließlich auf Krieg und Vernichtung sowie den absoluten Tiefpunkt der deutsch-sowjetischen Beziehungen verengt werde. Demgegenüber könne der Bundespräsident in Leningrad neben der Ehrung der Opfer des Zweiten Weltkrieges auch das gemeinsame deutsch-russische Vermächtnis für Europa anklingen lassen, weshalb sich der Botschafter deutlich für das heutige Sankt Petersburg aussprach.[302]

Am frühen Abend desselben Tages lud der Bundesaußenminister zu einer Besprechung, an der auch der Chef des Bundespräsidialamtes teilnahm. Bezugnehmend auf Meyer-Landruts Bericht äußerte Genscher „in durchaus angemessener, also beratender, aber doch sehr klaren Weise die Auffassung, dass der Gedanke Stalingrad nicht weiterverfolgt werden sollte".[303] Damit teilte er exakt die Position Weizsäckers, der bereits am 27. Mai in der „Morgenlage" gegenüber Mitarbeitern des Bundespräsidialamtes eine Visite in Leningrad favorisiert hatte.[304]

Blech hielt diese Information beim Treffen mit Genscher jedoch nicht nur bewusst zurück, sondern wiederholte sogar ostentativ Argumente, die für einen Besuch der Stadt an der

---

[298] Vgl.: Kaestner, Uwe (Bundeskanzleramt), Vermerk vom 25.03.1987, in: BAK-Dossier, S. 2; Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 01.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 150.
[299] Schulze/Wördehoff, Ein deutscher Präsident, a.a.O., S. 105.
[300] Vgl.: Heyken, Eberhard (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 29.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 123.
[301] Vgl.: Schaller, Peter (Auswärtiges Amt), Drahterlass Nr. 3074 vom 14.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 22; Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1306 vom 28.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 49.
[302] Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1674 vom 29.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 125 ff.
[303] Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Schreiben an Richard von Weizsäcker (Bundespräsident) vom 30.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 138.
[304] Vgl.: Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Schreiben an Richard von Weizsäcker (Bundespräsident) vom 30.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 138; Bei der „Morgenlage" der Bundespräsidenten handelt es sich nicht um ein Entscheidungsgremium, sondern um eine Informationsrunde, deren Zweck es ist die Arbeit zu koordinieren; Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 110; Im Jahr 1987 nahmen in der Regel stets dieselben acht Personen an Weizsäckers Lagebesprechung teil – darunter Blech, Schenk und Pflüger; Vgl.: Schulze/Wördehoff, Ein deutscher Präsident, a.a.O., S. 189; Steffahn, Harald: Richard von Weizsäcker, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 109.

Wolga sprachen. Darüber hinaus betonte der Chef des Bundespräsidialamtes, dass er in dieser Angelegenheit noch die Zustimmung Weizsäckers einholen müsse.[305] Nach eigenem Bekunden tat er dies „auch aus pädagogischen Gründen", weil man sich im Auswärtigen Amt daran gewöhnen solle, dass bei einem „politisch so sensitiven Besuch" wie jenem in der Sowjetunion „nichts Wesentliches" ohne das Einverständnis des Bundespräsidenten entschieden werden dürfe.[306]

Hätte Blech bereits am Abend des 29. Mai aufgeklärt, dass in der Frage des Besuchs einer zweiten Stadt im europäischen Teil der Sowjetunion breite Einigkeit bestand, hätten sich die Planungen früher auf Leningrad konzentriert. So drängt sich hingegen der Eindruck auf, der Behördenchef habe sich an dieser Stelle weniger von Effizienzerwägungen leiten lassen, sondern vielmehr aus Machtkalkül gehandelt.

Zu Unstimmigkeiten und Missverständnissen kam es ferner hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung einer Fernsehdiskussion mit dem Bundespräsidenten. Den Ursprung der Kontroverse bildete einer der von der Moskauer Botschaft am 8. April übermittelten Programmvorschläge. Die Auslandsvertretung regte eine Debatte mit Germanistik-Studenten in der Moskauer Universität an, welche nach Möglichkeit in beiden Ländern übertragen werden sollte.[307]

Am 15. Mai wandte sich Friedrich Nowottny, der Intendant des Westdeutschen Rundfunks, direkt an Weizsäcker und unterbreitete ihm das Angebot einer deutsch-sowjetischen Koproduktion. Die von Journalist Gerd Ruge entwickelte Idee sah ein Gespräch des Bundespräsidenten mit jungen Sowjetbürgern in Moskau vor, für das eine Ausstrahlung sowohl in der ARD als auch im sowjetischen TV-Sender *Gosteleradio* geplant war.[308] Allerdings lag zu diesem Zeitpunkt bereits ein konkurrierender Programmvorschlag vor, auf den sich Botschafter Meyer-Landrut und ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel geeinigt hatten. Demnach sollte das Zweite Deutsche Fernsehen eine Diskussionsrunde mit Wissenschaftlern aus Nowosibirsk senden.[309]

Weil für das von Ruge initiierte Gemeinschaftsprojekt eine klare Zusage des sowjetischen Senders vorlag und Moskau gegenüber Nowosibirsk als geeigneterer Aufzeichnungsort erschien, gab Weizsäcker eine klare Präferenz für das ARD-Programm zu erkennen. Über

---

[305] Vgl.: Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Schreiben an Richard von Weizsäcker (Bundespräsident) vom 30.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 139; Im Kontrast zu seiner Argumentation gegenüber dem Außenminister war Blech sogar persönlich der Meinung, dass man Leningrad statt Wolgograd besuchen solle; Vgl: Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Schreiben an Richard von Weizsäcker (Bundespräsident) vom 30.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 141.

[306] Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Schreiben an Richard von Weizsäcker (Bundespräsident) vom 30.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 140.

[307] Vgl.: Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1064 vom 08.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 10; Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1321 vom 29.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 57.

[308] Vgl.: Nowottny, Friedrich (Westdeutscher Rundfunk), Schreiben an Richard von Weizsäcker (Bundespräsident) vom 15.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 95 f.

[309] Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1642 vom 25.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 112.

diese Entwicklung informierte Schenk am 21. Mai das federführende Protokollreferat des Auswärtigen Amtes, verbunden mit der Bitte, auch die Botschaft in Moskau zu unterrichten.[310] Letzteres geschah jedoch erst fünf Tage später.[311] So kam es, dass Botschafter Meyer-Landrut nicht über den aktuellen Vereinbarungsstand im Bilde war, als er am 22. Mai von dem ZDF-Korrespondenten Joachim Holtz aufgesucht wurde.[312]

In einem Drahtbericht aus der darauffolgenden Woche erkannte der Diplomat schließlich an, dass die Programmidee der ARD gewichtige Vorteile hatte und bat darum, die Situation mit dem ZDF zu klären. An einem handschriftlichen Kommentar Friedbert Pflügers auf dem Dokument lässt sich ablesen, dass man im Bundespräsidialamt das Agieren des Botschafters in dieser Angelegenheit nicht besonders positiv bewertete:

> „Ja, das tun wir auch. Appel weiß längst Bescheid und wenn er nicht soviel [sic] Ermutigung von M.L. [Meyer-Landrut, der Verfasser] bekommen hätte, wäre alles einfacher gewesen. A. [Appel, der Verfasser] hat immer mir gegenüber mit M.L. [Meyer-Landruts, der Verfasser] Begeisterung für sein Projekt geworben."[313]

Ebenso wie die Kommunikation zwischen den westdeutschen Akteuren verlief auch jene mit den Sowjets nicht immer reibungslos. Darauf, dass die Programmabsprachen mit deren Protokoll erfahrungsgemäß langwierig seien, wies die Deutsche Botschaft bereits Anfang April hin.[314] Zwar berücksichtigten die Gastgeber letztlich weitgehend die vorgebrachten Programmwünsche.[315] Die Planungen wurden jedoch dadurch erschwert, dass die Vertreter des Ziellandes unverhältnismäßig lange brauchten, um einen Programmrahmen für den Staatsbesuch vorzulegen.

In einem Mitte Mai geführten Telefonat wies Blech Kwizinskij ausdrücklich darauf hin, dass dessen Seite „möglichst bald mit einem Programmkonzept kommen" müsse, da man „strukturierte sowjetische Vorstellungen als Grundlage weiterer Diskussionen" brauche.[316] Alexander Bondarenko, Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, hatte zuvor darauf gedrängt, im Rahmen der protokollarischen Vorausreise einen Programmentwurf zu entwickeln.[317] Blech lehnte dies mit dem berechtigten Hinweis ab, dass „politisch

[310] Vgl.: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Schreiben an Peter Schaller (Auswärtiges Amt) vom 21.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 106 f.
[311] Vgl.: Schaller, Peter (Auswärtiges Amt), Drahterlass Nr. 4241 vom 26.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 113 f.
[312] Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1642 vom 25.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 112.
[313] Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1686 vom 29.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 131.
[314] Vgl.: Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1064 vom 08.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 11.
[315] Vgl.: von der Schulenburg, Werner (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 16.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 172; Eine Ausnahme stellt das von deutscher Seite mehrfach angeregte zweite Gespräch des Bundespräsidenten mit Generalsekretär Gorbatschow dar, welches letztlich nicht realisiert wurde; Vgl.: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 01.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 6; Kreusel, Dietmar (Auswärtiges Amt), Drahterlass Nr. o. A. vom 25.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 261.
[316] Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 13.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 71 f.
[317] Vgl.: Schaller, Peter (Auswärtiges Amt), Drahterlass Nr. 3875 vom 14.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 84.

Relevantes nicht vor Ort entschieden“ werden könne und eine Reise der Vorausdelegation nur sinnvoll sei, wenn die wesentlichen Elemente des Programmes bereits im Vorfeld abgestimmt wurden.[318]

Am 01. Juni übergab Botschafter Kwizinskij dem Chef des Bundespräsidialamtes schließlich das sowjetische Rahmenprogramm für den Staatsbesuch, dem An- und Abreisezeiten sowie Gesprächstermine entnommen werden konnten. Versehen mit Blechs Anmerkungen wurde das Dokument zur Vorbereitung auf das Programmgespräch des deutschen Botschafters mit dem sowjetischen Protokollchef an die Auslandsvertretung in Moskau weitergeleitet. [319] Letzteres fand bereits am folgenden Tag statt. Meyer-Landrut trug die Wünsche der deutschen Seite vor und hielt fest, dass sich sein Gegenüber „sehr offen und kooperativ“ zeigte und eine schnelle Rückmeldung zusagte.[320]

Gegen Ende der Unterredung überreichte der Leiter der sowjetischen Protokollabteilung das Programm für die Reise der deutschen Vorausmannschaft. Vom 8. bis 13. Juni hatte eine Delegation um Protokollchef von der Schulenburg und Schenk vom Bundespräsidialamt dann die Möglichkeit, alle Örtlichkeiten zu inspizieren, an denen Aufenthalte des Bundespräsidenten beabsichtigt waren.[321]

Zwei Tage nach Abschluss der protokollarischen Vorausreise übermittelte das sowjetische Protokoll dem Auswärtigen Amt einen detaillierten Programmentwurf.[322] Dieser wurde noch geringfügig verändert und ergänzt, bevor ihn der Bundespräsident am 24. Juni schlussendlich genehmigte und er der sowjetischen Führung daraufhin zur Billigung vorgelegt wurde.[323]

Abbildung 2 veranschaulicht, dass es sich bei der Programmentwicklung um einen inkrementellen Prozess handelte, der sich über einen langen Zeitraum erstreckte und an dem eine Vielzahl von Akteuren beteiligt war.

---

[318] Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 13.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 71; Der Zweck protokollarischer Vorausreisen ist es, einen bereits vorliegenden Programmentwurf für einen Staatsbesuch zu finalisieren und offene Einzelfragen zu klären. Vorausreisen deutscher Delegationen finden in der Regel erst statt, wenn der Bundespräsident mit dem ersten Rohentwurf einverstanden ist. Alle besuchsrelevanten Orte werden dann im Vorfeld der Visite von Vertretern des Bundespräsidialamtes, der Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes, des Bundeskriminalamtes und des Bundespresseamtes aufgesucht. Besonders bei Ländern, die von deutscher Seite selten besucht werden, ist es notwendig sich einen Überblick über die örtlichen Begebenheiten und die vorhandene Infrastruktur zu verschaffen; Vgl.: Brandt. Nur nichts dem Zufall überlassen, a.a.O., S. 53; Biedermann, Stefan: Der Bundespräsident in der Außenpolitik, in: Brandt, Enrico/Buck, Christian (Hrsg.): Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf, Wiesbaden 4. Aufl. 2005, S. 53; Wohlan, Das diplomatische Protokoll im Wandel, a.a.O., S. 228.
[319] Vgl.: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 01.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 150 ff.; Schaller, Peter (Auswärtiges Amt), Drahterlass Nr. 4409 vom 01.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 154 ff.
[320] Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1728 vom 02.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 158.
[321] Vgl.: Schaller, Peter (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 05.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 169 f.; Die protokollarische Vorausreise begann damit exakt 28 Tage vor dem Staatsbesuch, was verhältnismäßig spät erscheint. Bei ausgehenden Staatsbesuchen des Bundespräsidenten ist ein Vorlauf von etwa sechs Wochen üblich; Vgl.: Wohlan, Das diplomatische Protokoll im Wandel, a.a.O., S. 228 Fn. 118.
[322] Vgl.: von der Schulenburg, Werner (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 16.061987, in: BAK-Dossier, S. 172.
[323] Vgl.: Kreusel, Dietmar (Auswärtiges Amt), Plurez vom 24.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 230 ff.; Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1972 vom 24.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 253.

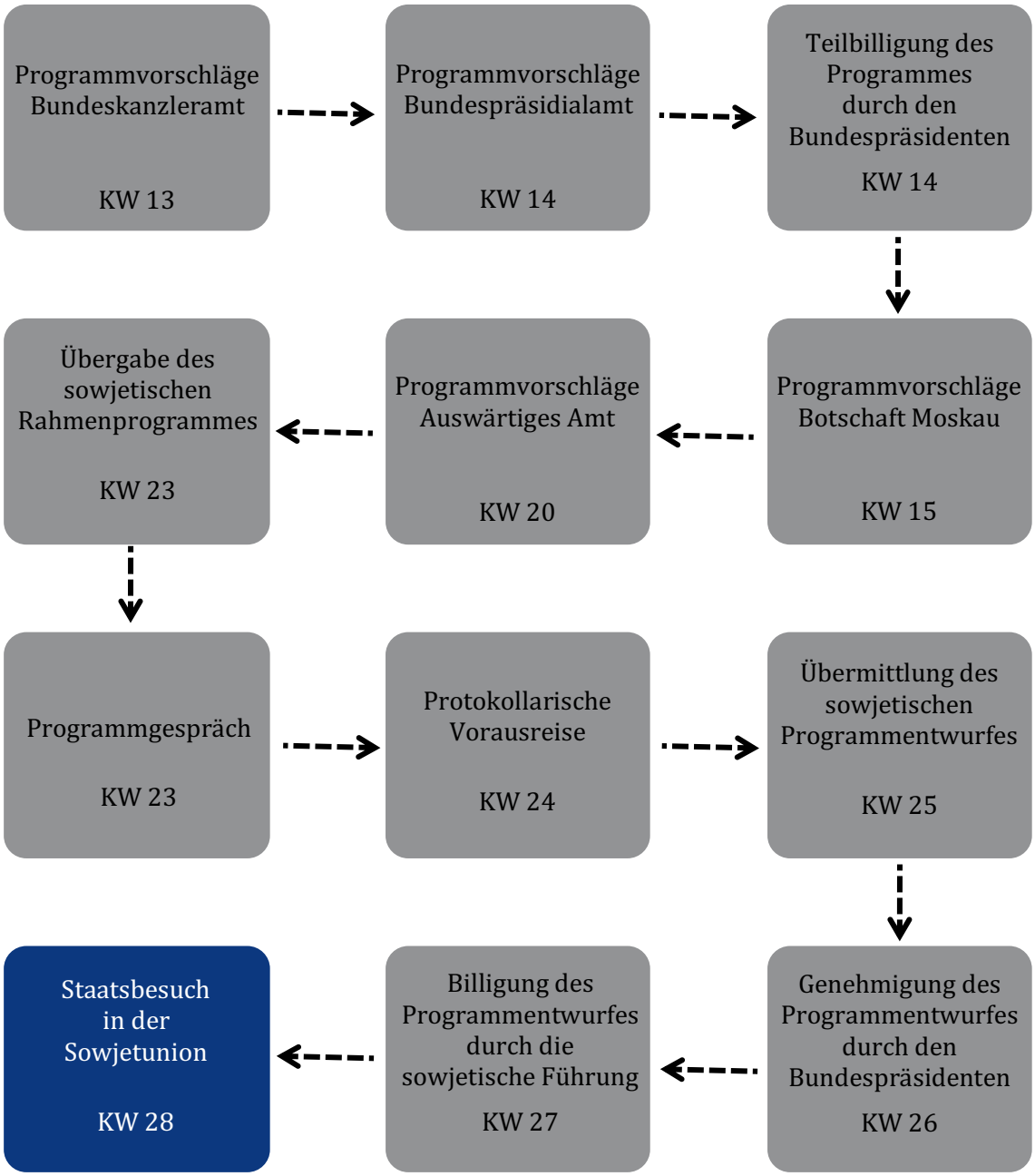


Abbildung 2: Entwicklung des Besuchsprogrammes. Wegmarken aus westdeutscher Sicht (Quelle: Eigene Darstellung)

3 Inhaltliche Vorbereitung und Durchführung des Besuchsprogrammes

Am Montag, den 6. Juli 1987 gegen 13 Uhr Ortszeit landete Richard von Weizsäcker an Bord einer Sondermaschine der Bundesluftwaffe auf dem Flughafen *Wnukowo II*. Die Ankunft des westdeutschen Staatsoberhauptes in Moskau markiert gleichzeitig das Ende der monatelangen Vorbereitungs- und den Beginn der sechstägigen Durchführungsphase der Staatsvisite in der Sowjetunion. Aufgrund der minutiösen Planung im Vorfeld dieses Besuchstyps ist für Biedermann die eigentliche Reise „der einfachste Teil der Übung".[324] In Kapitel III 2.3 wurde bereits die Genese des Besuchsprogrammes nachvollzogen. Nun gilt es, die inhaltliche Vorbereitung und tatsächliche Durchführung einzelner Programmelemente genauer zu analysieren. Letztere werden dazu unter insgesamt vier Kategorien subsumiert: Zeremonielle Programmpunkte, „Punkte weniger offiziellen Charakters", Reden des Bundespräsidenten und politische Gespräche. Anschließend wird auf das Verhalten Weizsäckers in Situationen eingegangen, die sich – obwohl nicht im offiziellen Besuchsprogramm vorgesehen – im Rahmen der Durchführungsphase ereigneten.

3.1 Zeremonielle Programmpunkte

Für Staatsbesuche existieren historisch gewachsene und international anerkannte zeremonielle Formen und Abläufe. Programmelemente wie der Empfang mit militärischen Ehren, das Staatsbankett oder Kranzniederlegungen an Gedenkstätten „laufen in allen Ländern in ähnlicher Weise ab".[325] Darüber hinaus halten sie jeweils einen etablierten Deutungsrahmen bereit. So signalisiert der Gastgeber anhand des militärischen Zeremoniells seine friedliche Gesinnung und dass der Besucher im Zielland willkommen ist.[326] Durch das Ablegen eines Blumengebindes vor einem Ehrenmahl gibt der Gast wiederum „symbolisch dem Wunsch seines Landes nach Frieden und Versöhnung Ausdruck".[327] Ähnliches gilt auch für das gemeinsame Essen.[328]

Um die stark ritualisierten Handlungen möglichst störungsfrei zu halten, erstellen die Protokollabteilungen der beteiligten Parteien einen minutengenauen Ablaufplan inklusive Skizzen von den Orten, an denen die wichtigsten Zeremonien stattfinden sollen.[329] Das *Referat 700* des Auswärtigen Amtes stand mit der sowjetischen Seite diesbezüglich bereits Mitte April in Kontakt.[330] Als Weizsäckers offizieller Gastgeber, Andrej Gromyko, den Bundespräsidenten am Moskauer Flughafen mit militärischen Ehren begrüßte, war buchstäblich jeder einzelne Schritt des Staatsgastes und seiner Delegation vorgegeben.

---

[324] Biedermann, Der Bundespräsident in der Außenpolitik, a.a.O., S. 53.
[325] Kock, Warum braucht die Republik den roten Teppich, a.a.O., S. 43.
[326] Vgl.: Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 94; Jelinski, Das internationale diplomatische Protokoll, a.a.O., S. 156.
[327] Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 35; Vgl.: Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 263; Vollmert, Botschafter des guten Willens, a.a.O., S. 38.
[328] Vgl.: Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 273.
[329] Vgl.: Günther, Heuss auf Reisen, a.a.O., S. 69.
[330] Vgl.: Schaller, Peter (Auswärtiges Amt), Drahterlass Nr. 195 vom 16.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 44.

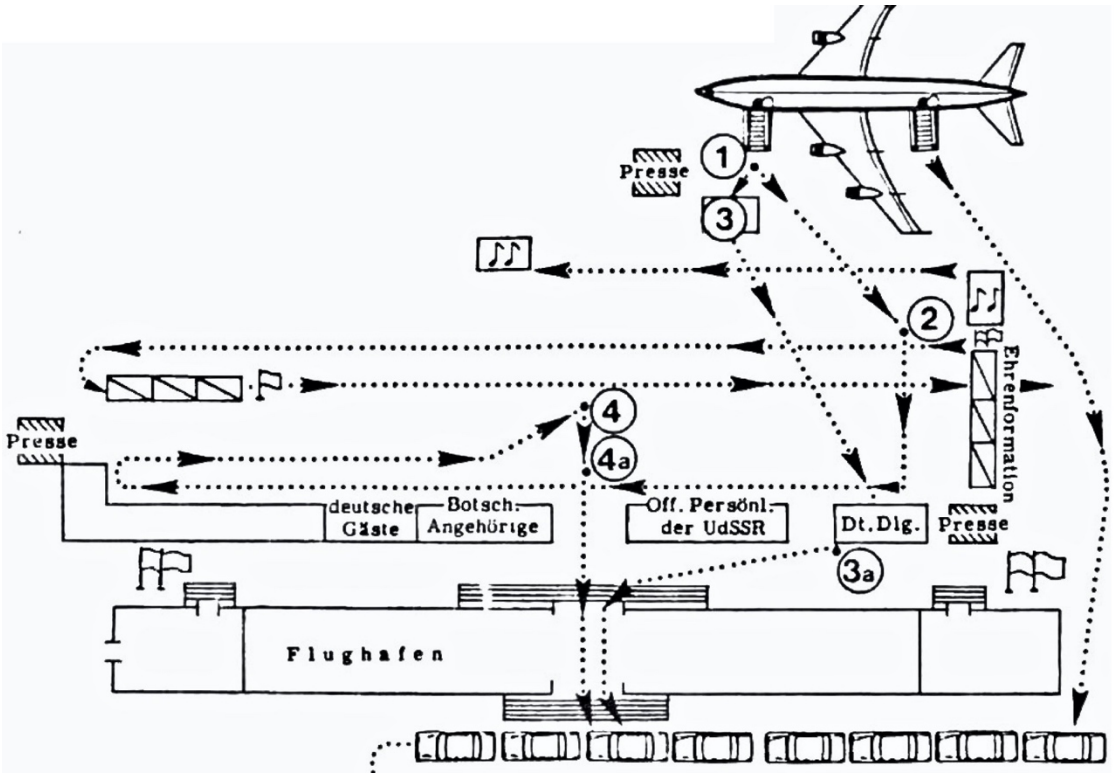


Abbildung 3: Jeder Schritt ist festgelegt. Das Empfangszeremoniell in Moskau aus der Vogelperspektive der Protokollplanung (Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, in: BAK-Dossier S. 469)

Festes Programmelement bei Staatsvisiten ist seit dem 20. Jahrhundert auch der Besuch nationaler Gedenkstätten und Denkmäler.[331] Diese stellen „erinnerte Vergangenheit zur öffentlichen Ansicht".[332] Im Rahmen von Weizsäckers Reise in die Sowjetunion spielte das Gedenken der Opfer des Zweiten Weltkrieges eine zentrale Rolle. Gleich mehrere Termine waren diesem Aspekt gewidmet. Insgesamt legte der Bundespräsident fünf Kränze beziehungsweise Blumenbouquets nieder.[333]

Am 9. Juli reiste Weizsäcker als erstes westdeutsches Staatsoberhaupt nach Leningrad. Die Hafenstadt an der Ostsee war zwischen 1941 und 1944 von der Deutschen Wehrmacht eingekesselt worden. Mehr als 640 000 Bewohner starben in dieser Zeit. Neben dem Denkmal für die Verteidiger Leningrads besuchte der Bundespräsident auch den Piskarjowskoje-Friedhof, auf dem ein Großteil der Opfer der über 900-tägigen Belagerung bestattet liegt.

[331] Vgl.: Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 263; Vollmert, Botschafter des guten Willens, a.a.O., S. 38.
[332] Brandt, Bettina: Von der Kundgebungsmacht zum Denkanstoß. Das Denkmal als Medium politischer Kommunikation in der Moderne, in: Frevert, Ute/Braungart, Wolfgang (Hrsg.): Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte, Göttingen 2004, S. 168.
[333] Dabei handelte es sich um folgende Orte respektive Denkmäler: Grabmal des Unbekannten Soldaten (Moskau, 6. Juli), deutscher Soldatenfriedhof Ljublino (Moskau, 7. Juli), „Denkmal des Sieges" (Leningrad, 9. Juli), Piskarjowskoje-Gedenkfriedhof (Leningrad, 9. Juli), „Ehrenmal für die im Großen Vaterländischen Krieg gefallenen Soldaten" (Nowosibirsk, 11. Juli).

Die an diesen Orten durchgeführten Abläufe entsprachen nach Einschätzung des deutschen Generalkonsuls dem dortigen zeremoniellen Standard.[334] Dennoch zog die „an sich übliche, symbolische Geste des Kranzniederlegens“[335] auf dem Piskarjowskoje-Friedhof außergewöhnlich große mediale Aufmerksamkeit auf sich. Das lag vor allem daran, dass der Termin einen biografischen Hintergrund hatte. Weizsäcker selbst war 1943 als junger Soldat an der Belagerung der Stadt beteiligt gewesen und kehrte fast ein halbes Jahrhundert später an den Ort des Geschehens zurück.[336] Auch deshalb war der „Gang zu den Gräbern von Leningrad“ für Wiedemeyer der „bewegendste Teil des deutschen Staatsbesuchs in der Sowjetunion“.[337]

Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erklang dort die deutsche Nationalhymne und Offiziere der Bundeswehr und Roten Armee hielten eine gemeinsame Ehrenwache.[338] In das Besucherbuch der Friedhofsanlage trug sich Weizsäcker mit den Worten „Den Toten Erinnerung – Frieden den Lebenden“ ein.[339] Dabei handelte es sich jedoch nicht – wie später berichtet wurde – um einen „selbst formulierten Wunsch“.[340] Die Akten belegen, dass Ludger Kühnhardt, Redenschreiber im Bundespräsidialamt, Ende Juni zwei Vorschläge entwickelte, zwischen denen der Bundespräsident dann wählte.[341]

Die vorangegangenen Ausführungen machen deutlich, dass hinsichtlich des Zeremoniells bei Staatsbesuchen „klare, unmissverständliche Vorgaben der Inszenierung“ existieren, an die sich die Akteure in aller Regel auch halten.[342] Politisch relevant erscheinen daher insbesondere intendierte Abweichungen von der Routine.[343] So legte Weizsäcker bei seinem Staatsbesuch in den Niederlanden 1985 entgegen dem Ablaufplan selbst einen Kranz zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus an ein Denkmal.[344] Zwei Jahre später hielt er sich hingegen strikt an die von den Protokollabteilungen ausgearbeiteten Vorgaben.

---

334 Vgl.: Metternich, Cornel (Deutsches Generalkonsulat in Leningrad), Drahtbericht Nr. 85 vom 26.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 268.
335 Rosmus, Die Schweiz als Bühne, a.a.O., S. 210 Fn. 93.
336 Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 255; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 304; Filmer/Schwan, Profile eines Mannes, a.a.O., S. 36.
337 Wiedemeyer, Ein Denker als Präsident, a.a.O., S. 76.
338 Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 255; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 304; Schulze/Wördehoff, Ein deutscher Präsident, a.a.O., S. 150; Wiedemeyer, Ein Denker als Präsident, a.a.O., S. 78.
339 Vgl.: Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O, S. 306.
340 Rudel, Detlev: Konfrontation mit der Vergangenheit. Bundespräsident von Weizsäcker ehrte in Leningrad die Opfer der Belagerung, in: Badische Neueste Nachrichten vom 10.07.1987.
341 Vgl.: Ludger, Kühnhardt (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 24.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 252; Auch der Generalkonsul der BRD in Leningrad, Cornel Metternich, unterbreitete kurz darauf einen Textvorschlag. Dieser setzte sich aber nicht durch; Vgl.: Metternich, Cornel (Deutsches Generalkonsulat in Leningrad), Drahtbericht Nr. 85 vom 26.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 268.
342 Günther, Gespiegelte Selbstdarstellung, a.a.O., S. 188.
343 Vgl.: Günther, Gespiegelte Selbstdarstellung, a.a.O., S. 188; Derix, Simone: Politische Performanz und „natürliche“ Kulissen in den Staatsbesuchen der Bundesrepublik, in: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006, Frankfurt am Main 2008, S. 3879.
344 Vgl.: Pflüger, Friedbert: Von Heuss bis Weizsäcker. Hüter des Grundkonsenses. Das Amt des Bundespräsidenten in Theorie und Praxis, in: Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf/Knütter, Hans-Helmut/Schwarz. Hans-Peter (Hrsg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn 1987, S. 397 f.; Schulze/Wördehoff, Ein deutscher Präsident, a.a.O., S. 15.

3.2 „Punkte weniger offiziellen Charakters“

Das Programm für die Staatsvisite in der Sowjetunion enthielt auch „Punkte weniger offiziellen Charakters“.[345] Diese wurden am zweiten und dritten Besuchstag in Moskau durchgeführt und sollten insbesondere dazu dienen, Sympathie für jene Kräfte zu bekunden, die sich für die politische und kulturelle Öffnung des Systems engagierten. Darüber hinaus wollte man den Einsatz der BRD für die Belange der Sowjetbürger deutscher Nationalität zum Ausdruck bringen.[346]

Der erste Termin dieser Kategorie war die von Gerd Ruge initiierte Fernsehsendung. Prinzipiell hatte Weizsäcker im Umgang mit Jugendlichen einige Routine. Allein zwischen 1984 und 1987 absolvierte er über 70 Begegnungen mit dieser Personengruppe.[347] Auch bei vorangegangenen Staatsbesuchen waren Diskussionsveranstaltungen mit jungen Menschen Teil des Besuchsprogramms.[348] Dass ein westlicher Politiker mit 20 russischen Studenten ein längeres Gespräch führt, welches ohne wesentliche Kürzungen im sowjetischen Fernsehen übertragen wird, stellte jedoch ein Novum dar.[349] Aus deutscher Perspektive bot das Format die Möglichkeit, sich direkt an die Öffentlichkeit der UdSSR zu wenden.

Im Rahmen der Vorbereitungsphase wurde das *Referat 213* des Auswärtigen Amtes mit der Entwicklung einer Gesprächsstrategie für die Fernsehdiskussion beauftragt. Diese sah eine vorsichtige Unterstützung der Reformbewegungen vor, ohne jedoch belehrend aufzutreten.[350] Generell ist zu konstatieren, dass während der Sendung eine beachtliche thematische Bandbreite abdeckt wurde – von Fragen des Umweltschutzes bis hin zu *Joint Ventures* zwischen deutschen und sowjetischen Unternehmen. Gleich zu Beginn ermutigte der Bundespräsident die junge Generation, eigene Werthaltungen zu entwickeln und sich nicht wie ein „Austauschmotor in ein vorfabriziertes Gehäuse“ einsetzen zu lassen.[351] Später lenkte Weizsäcker die Diskussion immer wieder gezielt auf *Glasnost* und *Perestroika*.[352] Diese Begriffe seien inzwischen „Bestandteile der Weltsprache“ geworden.[353] Auch wenn der Bundespräsident wiederholt darauf hinwies, dass er sich nicht in innersowjetische Angelegenheiten einmischen wolle, so zeigte er sich doch stark beeindruckt von den eingeleiteten

---

[345] Libal, Michael (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 22.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 108; Teltschik, Horst (Bundeskanzleramt), Vermerk vom 23.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 210.
[346] Vgl.: Libal, Michael (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 22.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 108; Heyken, Eberhard (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 29.05.1987, BAK-Dossier, S. 124.
[347] Vgl.: Schulze/Wördehoff, Ein deutscher Präsident, a.a.O., S. 227; Davon 27 in seinem ersten Amtsjahr; Vgl.: Leinemann, Jürgen: Nur nicht weiter so. Reportagen aus der Bonner Republik, Zürich 1990, S. 241.
[348] Vgl.: Scholz/Süsskind, Die Bundespräsidenten, a.a.O., S. 361; Darchinger, Jupp: Richard von Weizsäcker. Portrait einer Präsidentschaft, Düsseldorf u.a. 1993, S. 128.
[349] von Weizsäcker, Vier Zeiten, a.a.O., S. 344.
[350] Vgl.: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Schreiben an Eberhard Heyken (Auswärtiges Amt) vom 24.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 244; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 284.
[351] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Gesprächsprotokoll der Fernsehdiskussion vom 07.07.1987, vom 07.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 331.
[352] Vgl.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Gesprächsprotokoll der Fernsehdiskussion vom 07.07.1987, vom 07.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 330 f.
[353] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Gesprächsprotokoll der Fernsehdiskussion vom 07.07.1987, vom 07.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 332.

Reformen und war sicher, dass die *Perestroika* „große und tiefe und dauerhafte Wirkungen haben wird".[354]

Abbildung 4: Der Bundespräsident im Fokus medialer Aufmerksamkeit. Das Gespräch mit russischen Studenten wird sowohl im westdeutschen, als auch im sowjetischen Fernsehen übertragen (©Foto: Helmut R. Schulze -Edition HRS)[355]

Am späten Nachmittag des 7. Juli traf der Bundespräsident dann im Danilow Kloster mit Geistlichen der russisch-orthodoxen Kirche zusammen und sprach mit ihnen über ihre Lage. Die in der Sowjetunion vertretenen Glaubensgemeinschaften litten generell lange unter einer „aggressiven atheistischen Religionspolitik".[356] Ab Ende der 1980er Jahre kam es jedoch auch in diesem Bereich im Zuge von Gorbatschows Reformen zu einigen Konzessionen. So wurde beispielsweise das südlich des Kremls gelegene Kloster anlässlich der Tausendjahrfeier der Christianisierung Russlands vom Staat an die Kirche zurückgegeben.[357] Durch den Besuch des Bundespräsidenten wollte die deutsche Seite ihr „Interesse am Schicksal der religiösen Gemeinschaften in der SU [Sowjetunion, der Verfasser] verdeutlichen".[358]

[354] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Gesprächsprotokoll der Fernsehdiskussion vom 07.07.1987, vom 07.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 334.
[355] Der Fotojournalist Helmut R. Schulze hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei mehreren Staatsbesuchen begleitet. Freundlicherweise hat er dem Verfasser der vorliegenden Arbeit einige Bilder, die im Rahmen der Reise in die Sowjetunion entstanden sind, zur Verfügung gestellt.
[356] Graßmann, Geschichte der evangelisch-lutherischen Rußlanddeutschen, a.a.O., S. 573.
[357] Nach der Oktoberrevolution von 1917 war das Danilow-Kloster unter anderem als Regenschirmfabrik und Gefängnis genutzt worden; Vgl.: Grotzky, Johannes: Russlands religiöse Renaissance. Von der Gorbatschow-Zeit bis heute, Bamberg 2014, S. 4.
[358] Libal, Michael (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 22.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 110.

Für den dritten Besuchstag war eine Begegnung mit ausreisewilligen Sowjetbürgern deutscher Nationalität in der Kanzlei der Deutschen Botschaft angesetzt. Die Gesprächspartner des Bundespräsidenten hatte die Auslandsvertretung im Vorfeld ausgewählt.[359] Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR wurde die Lage der deutschen Minderheit sowie deren Möglichkeit zur Emigration in die Bundesrepublik von Seiten der BRD immer wieder thematisiert.[360] Auch im Rahmen des Staatsbesuches 1987 sollte ein Zeichen gesetzt werden, dass die Anliegen dieser Personen nicht vergessen worden waren.[361] Aufgrund der Überziehung des vorangegangenen Termins geriet man jedoch in Zeitnot und aus dem Gespräch mit den Ausreisewilligen wurde nicht viel mehr als eine „symbolische Geste".[362]

Anschließend aß Weizsäcker mit sowjetischen „Künstlern und Vertretern des Geisteslebens" in der Residenz des Botschafters zu Mittag. Eingeladen waren Personen, die in der Vergangenheit öffentlich für eine emanzipatorische und humane Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft eingetreten waren, darunter Filmemacher, Dichter und führende Pressevertreter. Auch hier beruhte die Auswahl auf Vorschlägen der Botschaft.[363] Zu den Gästen zählte beispielsweise Witali Korotitsch, Chefredakteur der *Ogonjok*. Die russische Illustrierte stand „an der Spitze der ‚Glasnost'"[364] und galt als „Flaggschiff"[365] der Reformanhänger. Darüber hinaus war Jewgeni Jewtuschenko anwesend. Der Dichter hatte 1986 für Aufsehen gesorgt, als er in einem Interview mit dem ZDF die Wiedervereinigung Deutschlands forderte.[366] Insgesamt folgten 19 Teilnehmer der Einladung. Sie verteilten sich auf mehrere Tische und führten mit dem Bundespräsidenten informelle Gespräche über aktuelle Entwicklungen in der sowjetischen Kulturszene und deren Bewertung.[367] Weizsäcker hatte sich zuvor für diesen eher vertraulichen Charakter der Veranstaltung entschieden.[368]

Abends traf das westdeutsche Staatsoberhaupt am selben Ort auf Andrej Sacharow. Der Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger war im Januar 1980 unter anderem wegen seiner Kritik am Afghanistan-Einsatz der Sowjetunion in Gorki (seit 1990 Nischni Nowogorod) isoliert worden und avancierte daraufhin zur „Symbolfigur der politischen

---

[359] Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1517 vom 15.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 92.
[360] Vgl.: Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 381.
[361] Vgl.: Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1064 vom 08.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 11.
[362] Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 296 f.
[363] Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1727 vom 03.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 162; Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2334 vom 21.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 437; Richard von Weizsäcker, Vier Zeiten, a.a.O., S. 344.
[364] Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1321 vom 29.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 55.
[365] Altrichter, Helmut: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009, S. 129; Vgl.: Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, a.a.O., S. 1027.
[366] Vgl.: Wilke, Sowjetische Deutschlandpolitik der Ära Gorbatschow, a.a.O., S. 170.
[367] Vgl.: Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 297.
[368] Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2107 vom 01.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 303; Da während des Essens „der Natur des Gespräches entsprechend keine Notizen gemacht" wurden, findet sich in den Akten kein Protokoll über den Termin; Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2334 vom 21.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 437.

Gefangenen in der UdSSR".[369] Erst nachdem Gorbatschow seine Verbannung aufgehoben hatte, durfte Sacharow im Dezember 1986 nach Moskau zurückkehren.[370] Da die Begegnung am 8. Juli außerhalb des offiziellen Besuchsprogrammes stattfand, vermuteten einige Journalisten in dem Termin „eine demonstrative Eigenmächtigkeit des Bundespräsidenten".[371] Letzterer kannte Sacharow persönlich und hatte sich mehrfach – beispielsweise im Rahmen seiner Weihnachtsansprache 1985 – zu dessen Schicksal geäußert.[372]

Nach Aktenlage verständigten sich die deutsche und sowjetische Seite jedoch frühzeitig auf die Zusammenkunft. Weizsäcker hatte zuvor sogar intern ein Gespräch in kleinem Kreis durchgesetzt und wollte dem Treffen „keinen Showcharakter" geben.[373] Das Medieninteresse war dennoch enorm. Zum Termin in der Botschaft erschienen mehrere Dutzend Fotografen.[374] Die eigentliche Unterredung fand dann aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.[375] Sacharow warb darin für eine Unterstützung der Politik Gorbatschows – welche aus seiner Sicht nicht lediglich kosmetischer Natur sei – und warnte den Westen vor einem Rüstungswettlauf mit katastrophalen Folgen.[376]

---

[369] von Saal, KSZE-Prozess und Perestroika, a.a.O., S. 82.
[370] Stöver, Der Kalte Krieg, a.a.O., S. 439; Der Generalsekretär wollte Sacharow auch selbst über dessen Freilassung informieren. Zu diesem Zwecke wurde extra ein Telefonanschluss in der Wohnung des Dissidenten installiert; Vgl.: Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, a.a.O., S. 1026; von Saal, KSZE-Prozess und Perestroika, a.a.O., S. 82, Fn. 11.
[371] Scholz/Süskind, Die Bundespräsidenten, a.a.O., S. 362.
[372] Vgl.: Der Bundespräsident: Weihnachtsansprache 1985 von Bundespräsident Richard von Weizsäcker (URL https://t1p.de/rvvs, letzter Zugriff am 30.03.2019).
[373] Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 301; Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Schreiben an Richard von Weizsäcker (Bundespräsident) vom 30.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 145.
[374] Jaenecke, Heinrich: Der Drahtseilakt. Staatsbesuch in Moskau, in: Schulze, Helmut R./Wördehoff, Bernhard (Hrsg.): Richard von Weizsäcker. Ein deutscher Präsident, München 1. Aufl. 1987, S. 163; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 303.
[375] Neben dem Bundespräsidenten und Sacharow nahmen außerdem deren Ehefrauen, sowie Botschafter Meyer-Landrut und das Ehepaar Genscher an dem Gespräch teil.
[376] Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2227 vom 09.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 363 f.; von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 23.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 443.

Abbildung 5: Ein symbolträchtiges Bild. Weizsäckers Treffen mit dem bekannten Dissidenten Andrej Sacharow wird von sowjetischer Seite nicht verhindert (©Foto: Helmut R. Schulze -Edition HRS)

Hinsichtlich der in diesem Abschnitt analysierten Programmpunkte des Staatsbesuches in der Sowjetunion kann also festgehalten werden, dass der Bundespräsident großen Einfluss auf deren grundsätzliches Setting hatte. So entschied er sich – wie bereits in Kapitel III 2.3 beschrieben – die Fernsehdiskussion mit jungen Studenten in Moskau, anstatt mit Wissenschaftlern in Nowosibirsk zu führen. Obwohl für die beiden Gesprächstermine am 8. Juli in der Residenz des Botschafters auch ein anderer Rahmen hätte gewählt werden können, sollten diese nach dem Willen Weizsäckers in einer vertrauensvollen Atmosphäre stattfinden.[377]

Bei der inhaltlichen Vorbereitung erhielt der Bundespräsident Unterstützung aus dem für die Sowjetunion zuständigen Referat des Auswärtigen Amtes. Dieses wurde beispielsweise mit der Anfertigung einer Gesprächsstrategie für die Fernsehsendung sowie eines Personenporträts von Sacharow beauftragt.[378] An der Auswahl der Personen, die an den Programmpunkten „weniger offiziellen Charakters" teilnehmen sollten, war wiederum die Auslandsvertretung in Moskau maßgeblich beteiligt.

[377] Vgl.: Blech, Klaus (Bundespräsidialamt), Schreiben an Richard von Weizsäcker (Bundespräsident) vom 30.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 145; Meyer-Landrut (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2107 vom 01.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 303.

[378] Vgl.: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Schreiben an Eberhard Heyken (Auswärtiges Amt) vom 24.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 244; Libal, Michael (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 10.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 19.

Die Ausgewählten hatten jedoch gemeinsam, dass niemand von ihnen über direkte politische Entscheidungsmacht verfügte. Noch wichtiger als der Inhalt der Gespräche war daher die mit den Treffen verbundene symbolische Botschaft.[379] Abgesehen von der öffentlichen Diskussion im Studio von *Gosteleradio* – die Strahlkraft im wörtlichen Sinne entfaltete – galt pointiert formuliert: In der Regel war weniger wichtig, *was* gesprochen wurde, sondern vielmehr, *dass* gesprochen wurde.

3.3 Reden des Bundespräsidenten

Richard von Weizsäcker galt generell als versierter Redner.[380] Seine Ansprachen wirkten vor allem durch ihren unprätentiösen Stil und einen nüchternen, knappen Sprachduktus.[381] Einfache Hauptsätze, die nur selten durch einen Nebensatz ergänzt wurden, prägten den Satzbau.[382] Im Jahr des Staatsbesuches wurde Weizsäcker von den Redenschreibern Ludger Kühnhardt und Roswitha Bourguignon unterstützt. Grundkonzept und Endfassung der Texte stammten laut Weckbach-Mara jedoch „stets vom Bundespräsidenten selbst".[383]

Während seiner Visite in der Sowjetunion hielt Weizsäcker insgesamt drei offizielle Ansprachen. In allen Fällen handelte es sich dabei um Tischreden. Letztere sind allgemein fester Bestandteil eines jeden Staatsbesuches und enthalten meist „in sehr kondensierter Form wichtige Aussagen über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen" zwischen Gast- und Zielland sowie deren Zukunft.[384] Für gewöhnlich werden diese Reden nicht frei gehalten, sondern im Rahmen der Vorbereitungsphase schriftlich ausgearbeitet. Da protokollarische Usancen sowohl die Struktur als auch den Inhalt der Texte wesentlich bestimmen, lässt sich eine gewisse Gleichförmigkeit beobachten.[385]

In ihrer Analyse von 22 Tischreden deutscher Bundespräsidenten und -kanzler aus den Jahren 1952 bis 1999 arbeitet Melani Schröter mehrere „konstitutive Elemente" dieser Textsorte heraus.[386] Auf die Begrüßung des Gastes respektive den Dank für die Einladung folgt nach ihren Erkenntnissen meist die Thematisierung der Relevanz der bilateralen Beziehungen. Anschließend wird deren Mehrdimensionalität und Intensität anhand von historischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Beispielen illustriert und der Wunsch nach einer verstärkten Zusammenarbeit geäußert. Zu den zentralen Charakteristika von Tischreden

---

[379] Das zeigt sich auch daran, dass die Akten zu diesen Treffen kaum ausführliche Gesprächsprotokolle enthalten.
[380] Vgl.: Jochum, Worte als Taten, a.a.O., S. 45.
[381] Vgl.: Schulze/Wördehoff, Ein deutscher Präsident, a.a.O., S. 33 ff.; Rudolph, Hermann: Worte und Wirkung des Präsidenten, in: Süddeutsche Zeitung vom 30.12.1986, S. 4; Jäger, Wolfgang: Wer regiert die Deutschen? Innenansichten der Parteiendemokratie, Zürich 1994, S. 167.
[382] Vgl.: Steffahn, Richard von Weizsäcker, a.a.O., S. 107.
[383] Weckbach-Mara, Unser Bundespräsident, a.a.O., S. 91; Vgl.: Küsters, Hanns Jürgen: Richard von Weizsäcker – Bundespräsident in Zeiten der Wiedervereinigung, in: van Ooyen, Robert Chr./Möllers, Martin H. W. (Hrsg.): Der Bundespräsident im politischen System, Wiesbaden 2012, S. 235.
[384] Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 275; Vgl.: Hartmann, Wenn das Zeremoniell zur Politik wird, a.a.O., S. 146.
[385] Vgl.: Czachur, Waldemar/Zielińska, Kinga: Tischrede – universelles diplomatisches Ritual oder kulturspezifisches Unikum?, in: Studia Niemcoznawcze 42 (2009), S. 380 f.; Scholz/Süskind, Die Bundespräsidenten, a.a.O., S. 9.
[386] Schröter, Vollmundige Rhetorik oder redundantes Ritual?, a.a.O., S. 300 ff.

scheint ferner die positive Selbst- und Partnerdarstellung zu zählen. So werden etwa die Grundprinzipien des außenpolitischen Handelns der BRD hervorgehoben oder das gastgebende Staatsoberhaupt beziehungsweise dessen gesamtes Land aufgewertet. Der Trinkspruch signalisiert schließlich das Ende der Rede.

Schröter geht davon aus, dass beide Seiten die Qualität des zwischenstaatlichen Verhältnisses auch ohne die Ansprachen der Staatsoberhäupter einschätzen können und wertet diese deshalb als inhaltlich redundant für die Beteiligten.[387] Demnach „konstituieren und gestalten [Tischreden] die bilateralen Beziehungen […] weniger, als dass sie sie formal und offiziell präsentieren". [388] Sie sind daher grundsätzlich eher im Bereich symbolischer Außenpolitik denn in der politischen Auseinandersetzung zu verorten.[389]

Weizsäckers am Abend des ersten Besuchstages im Kreml gehaltene Rede folgt zunächst exakt dem von Schröter beschriebenen Aufbau. So dankte der Bundespräsident Gastgeber und Vorredner Gromyko für die Einladung und teilte dessen Deutung des Staatsbesuches als Zeichen einer positiven Entwicklung in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Indem er auf die „bewegte Geschichte" verwies, welche Russen und Deutsche miteinander teilten, ging Weizsäcker anschließend auf die historische Dimension des Verhältnisses ein. Dabei betonte er, dass es neben Konflikten auch immer wieder fruchtbare Zusammenarbeit gab. Im weiteren Verlauf der Rede sprach er sich dann für Abrüstung und Rüstungskontrolle aus und bot eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation an.[390]

Allerdings adressierte das westdeutsche Staatsoberhaupt auch politisch sensible Inhalte. Beispielsweise wurde die Forderung nach einem vollständigen Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan aufgestellt. Später leitete Weizsäcker unter Verwendung von Zitaten des jungen Karl Marx und Immanuel Kants auf die Themen Menschenrechte, Lage der Sowjetbürger deutscher Nationalität und Familienzusammenführung über.[391] Zwar verwendete Weizsäcker den Begriff „Wiedervereinigung" nicht, dennoch ging er auch ausführlich auf die „deutsche Frage" ein. So sagte er unter anderem, die Deutschen hätten „nicht aufgehört und werden nicht aufhören sich als eine Nation zu fühlen".[392]

Politische Brisanz hatte zudem die zweite Rede des Bundespräsidenten, welche er am 9. Juli im Leningrader Marienpalais hielt.[393] Grundsätzlich kann der Ort, an dem eine Botschaft formuliert wird, deren Wirkung erhöhen.[394] In Leningrad stellte sich Weizsäcker nicht nur in seiner Funktion als ranghöchster Repräsentant der Bundesrepublik der deutschen Kriegsvergangenheit, sondern gleichzeitig auch seiner eigenen. Die Ansprache war daher in

[387] Vgl.: Schröter, Vollmundige Rhetorik oder redundantes Ritual?, a.a.O., S. 302.
[388] Schröter, Vollmundige Rhetorik oder redundantes Ritual?, a.a.O., S. 302.
[389] Vgl.: Schröter, Vollmundige Rhetorik oder redundantes Ritual?, a.a.O., S. 299.
[390] Vgl.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Richard von Weizsäcker. Reden und Interviews (4). 1. Juli 1987 – 30. Juni 1988, Bonn 1988, S. 15 ff.
[391] Vgl.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Reden und Interviews, a.a.O., S. 20 f.
[392] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Reden und Interviews, a.a.O., S. 21.
[393] Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 222.
[394] Vgl.: Hartmann, Staatszeremoniell, a.a.O., S. 263.

weiten Teilen stark persönlich geprägt und erhielt große Resonanz.[395] Nachdem der Bundespräsident nachmittags den Piskarjowskoje-Friedhof besucht hatte, sagte er am Abend:

> „Wir haben heute in Ehrfurcht und Trauer der Hunderttausenden namenlosen Opfer gedacht. Ich selbst bin im Krieg als junger Soldat nicht weit von hier gewesen. Uns haben die Leiden des Krieges, die wir miterlebt haben oder ahnen mußten, damals tief geprägt. Ich bin heute hier, um alles in meinen Kräften Stehende dazu beizutragen, daß künftigen Generationen erspart bleibt, was der Krieg an Gewalt, Not und Tod mit sich gebracht hat."[396]

Wie bereits in seiner Moskauer Rede thematisierte Weizsäcker auch vor dem Exekutivausschuss des Nowosibirsker Gebietssowjets die Lage der deutschen Minderheit und drängte darauf, „bei der Bewilligung von Ausreisebitten, aber auch von Besuchswünschen, großherzig [zu] verfahren".[397] Außerdem würdigte er in seiner Ansprache am 10. Juli die Sibirische Abteilung der Akademie der Wissenschaften, von der entscheidende Impulse für die wirtschaftliche Umgestaltung der UdSSR ausgegangen seien. Der Bundespräsident drückte offen seine Unterstützung für Gorbatschows Reformpolitik aus und zeigte sich überzeugt, dass diese „den Sowjetbürgern dienlich sein und außerdem günstige Voraussetzungen für eine breite Zusammenarbeit" zwischen der BRD und UdSSR schaffen könne.[398]

Die von Weizsäcker während seines Staatsbesuches in der Sowjetunion gehaltenen Tischreden können damit als Beleg dafür dienen, dass diese keinesfalls ausschließlich als „redundantes Ritual"[399] zu begreifen sind, sondern durchaus politische Relevanz haben und dezidierte Forderungen enthalten können. Der Bundespräsident blieb dabei jedoch im Rahmen seiner Befugnisse, achtete die Regierungslinie und vermied Abweichungen von den vorbereiteten Redetexten.

Letztere konzipierte Weizsäcker selbst.[400] Deshalb stammte beispielsweise der erste verschriftlichte Entwurf für die wichtige Rede in Moskau nicht aus dem Auswärtigen Amt, sondern aus dem Bundespräsidialamt.[401] Neben Schenk und Pflüger war dort Redenschreiber Ludger Kühnhardt in die Vorbereitungen mit eingebunden. Er recherchierte beispielsweise die Marx-Zitate für den Bundespräsidenten.[402] Allerdings stimmte man sich eng mit dem

---

395 Vgl.: Meyer-Landrut, Mit Gott und langen Unterhosen, a.a.O., S. 197.
396 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Reden und Interviews, a.a.O., S. 24 f.; Diese Passage wurde nachweislich von Weizsäcker selbst formuliert. Er fügte sie handschriftlich in einen Redeentwurf des Bundespräsidialamtes ein; Vgl.: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Redeentwurf vom 26.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 167.
397 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Reden und Interviews, a.a.O., S. 29.
398 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Reden und Interviews, a.a.O., S. 30.
399 Schröter, Vollmundige Rhetorik oder redundantes Ritual?, a.a.O., S. 295.
400 Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 256.
401 Vgl.: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Redeentwurf vom 19.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 196 ff.
402 Vgl.: Kühnhard, Ludgar (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 24.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 250; Kühnhard, Ludgar (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 22.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 206.

Außenamt ab, dem stets die aktuellen Konzepte zugingen und das auch eigene Vorschläge erarbeitete.

3.4 Politische Gespräche des Bundespräsidenten

Das Gespräch gilt gemeinhin als „das wesentliche Instrument der Diplomatie".[403] Trifft der Bundespräsident im Rahmen eines Staatsbesuches auf die politischen Spitzen des Ziellandes, beschränkt man sich jedoch in den seltensten Fällen auf den Austausch diplomatischer Höflichkeiten. Auch wenn es bei diesen Gelegenheiten kaum zu konkreten Entscheidungen kommt, wird zumeist die gesamte Agenda der bilateralen Beziehungen erörtert.[404]

Um bestmöglich auf die Begegnungen eingestellt zu sein, erhält der Bundespräsident länderspezifische Informations- und Gesprächsmappen. Diese werden in der Regel vom Auswärtigen Amt angefertigt und beinhalten neben Sachständen außerdem Personenporträts sowie Gesprächsstrategien. Letztere binden den Bundespräsidenten aber nicht, sondern haben lediglich Empfehlungscharakter.[405] Eben solche Unterlagen finden sich auch in den Akten zum Staatsbesuch in der Sowjetunion 1987. Dort kam Weizsäcker sowohl mit Staatsoberhaupt Gromyko als auch mit Generalsekretär Gorbatschow zusammen und nahm an einem Delegationsgespräch teil. Inwieweit der Bundespräsident der vom Auswärtigen Amt intendierten Linie folgte, kann durch einen Abgleich mit den Gesprächsprotokollen eruiert werden.

Der „politische Höhepunkt" der Staatsvisite sollte die Unterredung mit Gorbatschow werden.[406] Sie wurde deshalb besonders akkurat vorbereitet. Das für die Sowjetunion zuständige *Referat 213* des Auswärtigen Amtes präparierte den Bundespräsidenten mit einem vielseitigen Vermerk und regte darin inhaltliche Schwerpunktsetzungen an. Von Rüstungskontrolle und Abrüstung über die Rolle Europas bis hin zu Einzelfragen der deutsch-sowjetischen Beziehungen sollte demnach die gesamte Palette der bilateralen und internationalen Themen behandelt werden.[407] Zusätzlich erarbeitete auch die politische Abteilung des Bundespräsidialamtes eigene Gesprächsführungsvorschläge.[408] Im Rahmen eines Treffens am 22. Juni waren der Bundespräsident und Botschafter Meyer-Landrut bereits übereingekommen, dass das Gespräch mit dem sowjetischen Generalsekretär sich den „langfristigen konzeptionellen Fragen widmen solle und […] ein ‚Raketendialog' vermieden werden müsse".[409]

---

[403] Michaelis, Andreas: Kein Raum für Geheimdiplomatie. Medien und Außenpolitik, in: Brandt, Enrico/Buck, Christian (Hrsg.): Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf, Wiesbaden 4. Aufl. 2005, S. 142.
[404] Vgl.: Jochum, Worte als Taten, a.a.O., S. 34; Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 219.
[405] Vgl.: Jochum, Worte als Taten, a.a.O., S. 34 f.; Jochum, Bundespräsident, a.a.O., S. 171 f.; Werner, Stille Helfer im Hintergrund, a.a.O., S. 57.
[406] Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 287.
[407] Vgl.: Libal, Michael (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 29.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 286 ff.
[408] Vgl.: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 23.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 214; Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 03.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 314 f.
[409] Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 24.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 245.

Da Weizsäcker am 7. Juli das erste Mal überhaupt auf Gorbatschow traf, war er auf Informationen über seinen Gesprächspartner besonders angewiesen.[410] Im Vermerk des Außenamtes hieß es über den Sowjet: „Er schätzt das lebhafte Wechselgespräch und wünscht offensichtlich keine Beschränkung des Dialogs auf den gegenwärtigen Austausch von Positionen".[411] Bei der Begegnung mit dem Bundespräsidenten – die in den sowjetischen und deutschen Akten ausführlich dokumentiert ist – verlor der Generalsekretär dann tatsächlich „keine Minute mit Ideologie und Propaganda".[412] Anders als von deutscher Seite erwartet, überließ er Weizsäcker nach der Begrüßung nicht die Gesprächseröffnung, sondern ergriff selbst die Initiative. Rekurrierend auf sein Treffen mit Genscher im Juli 1986 monierte Gorbatschow, dass die damals aufgeschlagene neue Seite in den Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR unausgefüllt geblieben sei. Durch diese Themensetzung des Generalsekretärs fokussierte sich das Gespräch zunächst auf das bilaterale Verhältnis.[413]

Dabei nahm im weiteren Verlauf insbesondere die „deutsche Frage […] ungewöhnlich breiten Raum ein" und war zugleich der „am meisten kontroverse Punkt".[414] Gorbatschow kritisierte „Äußerungen aus der BRD", dass diese „offen sei" und zweifelte die Bereitschaft der westdeutschen Führung an, sich an die Bestimmungen des Moskauer Vertrages zu halten.[415] Weizsäcker unterstrich daraufhin zwar die Vertragstreue der Bundesrepublik – insbesondere im Hinblick auf die Unverletzlichkeit der Grenzen – wies aber auf die Zugehörigkeit der Deutschen zu einer Nation hin. Sein Gegenüber antwortete, er „wolle nicht über den Begriff der Nation theoretisieren" und hob erwartungsgemäß hervor, für ihn sei der politische Aspekt, dass es zwei deutsche Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gebe, wichtig.[416] Dann fügte er allerdings den interessanten Nachsatz an, dass über die Lage in Europa und der Welt in hundert Jahren die Geschichte entscheiden werde.[417] Diese Äußerung des Generalsekretärs, welche in den sowjetischen Akten nicht enthalten ist, verbuchte Weizsäcker als den „wichtigsten Fortschritt des Gesprächs".[418] Gorbatschow wies

[410] Abgesehen von Weizsäcker und Gorbatschow nahmen auch Genscher, Meyer-Landrut, Schewardnadse, Kwizinskij und Gorbatschow-Berater Anatoli Tschernjajew an dem Gespräch teil.
[411] Libal, Michael (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 29.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 285.
[412] von Weizsäcker, Vier Zeiten, a.a.O., S. 346.
[413] Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2214 vom 09.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 353 ff.; Galkin/Tschernjajew, Sowjetische Dokumente 1986-1991, a.a.O., S. 38 ff.; Kwizinskij, Erinnerungen eines Diplomaten, a.a.O., S. 418.
[414] von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 15.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 409; Vgl.: Meyer-Landrut (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2214 vom 09.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 355 ff.; Galkin/Tschernjajew Sowjetische Dokumente 1986-1991, a.a.O., S. 43 ff.
[415] Galkin/Tschernjajew Sowjetische Dokumente 1986-1991, a.a.O., S. 43 f.; Mit dem „Moskauer Vertrag" vom 12. August 1970 verpflichteten sich BRD und UdSSR unter anderem die bestehenden Grenzen in Europa als unverletzlich zu betrachten, also auch die Westgrenze Polens sowie die innerdeutsche Grenze; Vgl.: Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 177, Armborst, Ablösung von der Sowjetunion, a.a.O., S. 109.
[416] Galkin/Tschernjajew Sowjetische Dokumente 1986-1991, a.a.O., S. 44 f.
[417] Meyer-Landrut (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2214 vom 09.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 355; Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 250, Meyer-Landrut, Mit Gott und langen Unterhosen, a.a.O., S. 195; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 293; Weizsäcker, Vier Zeiten, a.a.O., S. 346.
[418] Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 293.

eine eventuelle Vereinigung der deutschen Staaten erstmals „nicht rundheraus als revanchistisch zurück“, sondern wählte ein Formulierung, die Interpretationsspielraum zuließ.[419]

Im Anschluss diskutierten die Beteiligten noch über Möglichkeiten vertiefter wirtschaftlicher Kooperation sowie Ökologie und die wissenschaftlich-technische Revolution.[420] Der Themenkomplex der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik nahm insgesamt „relativ wenig Raum ein“.[421] Bevor der Bundespräsident am Ende des Gespräches Gorbatschow nach Bonn einlud, sprach er einige humanitäre Einzelschicksale an.[422] Nach dem Termin übergab Botschafter Meyer-Landrut im Auftrag Weizsäckers eine „Härtefall-Liste“, die insgesamt 215 Namen enthielt, an einen Mitarbeiter Gorbatschows.[423]

Neben dieser Unterredung mit dem Generalsekretär führte das westdeutsche Staatsoberhaupt noch zwei Gespräche unter Beteiligung seines formalen Gegenpartes, Andrej Gromyko. Das erste war nur zwei Stunden nach Weizsäckers Ankunft in Moskau angesetzt. Nach deutscher Intention sollte darin die „gleiche Thematik angesprochen werden wie gegenüber Gorbatschow, allerdings etwas breiter angelegt“.[424] Gromykos Vorschlag folgend, konzentrierte man sich schließlich auf Sicherheitspolitik und die bilateralen Beziehungen.[425]

Während sich der Bundespräsident für Abrüstung auch im konventionellen Bereich aussprach, lag Gromykos Fokus auf Nuklearwaffen, deren völlige Abschaffung er forderte. Um dieses Ziel zu erreichen, appellierte er an die BRD ihren politischen Einfluss geltend zu machen. Außerdem kritisierte das sowjetische Staatsoberhaupt die Beteiligung westdeutscher Firmen an der amerikanischen SDI.[426] Im Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen

---

[419] Meyer-Landrut, Mit Gott und langen Unterhosen, a.a.O., S. 195; Ob Gorbatschow tatsächlich schon zum damaligen Zeitpunkt eine Wiedervereinigung Deutschlands in Erwägung zog, ist umstritten. In seinen Erinnerungen schreibt er über das Gespräch mit Weizsäcker: „Ich schloß die Wiedervereinigung der deutschen Nation im Prinzip nicht aus, hielt aber die Diskussion über diese Frage auf politischer Ebene für verfrüht und schädlich“; Gorbatschow, Erinnerungen, a.a.O., S. 701; Schewardnadse behauptete später, sowohl er selbst als auch der Generalsekretär, hätten diese bereits 1987 für unvermeidbar gehalten; Vgl.: Ash, Im Namen Europas, a.a.O., S. 163; In den Akten finden sich dafür jedoch kaum Hinweise. So sagte Gorbatschow in der Sitzung des Politikbüros vom 16. Juli, man habe der deutschen Seite zu verstehen gegeben, dass man „mit einer Revision der Ergebnisse des Krieges nicht einverstanden“ sei; Galkin/Tschernjajew, Sowjetische Dokumente 1986-1991, a.a.O., S. 50; Auch von Richthofen hielt fest: „Gorbatschow machte klar, daß auch im Zuge des ‚Neuen Denkens‘ bezüglich Wiedervereinigung keine Änderung erwartet werden darf. Dies geschah eindeutig und ohne taktische Winkelzüge“; von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 15.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 411.

[420] Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2215 vom 09.07.1987, in: BAK- Dossier, S. 357; Galkin/Tschernjajew Sowjetische Dokumente 1986-1991, a.a.O., S. 47 ff.; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 293.

[421] Pleuger, Gunter (Auswärtiges Amt), Ortex Nr. 43/44 vom 15.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 423.

[422] Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2215, in: BAK-Dossier, S. 359; Auch dieser Passus fehlt in den sowjetischen Akten.

[423] Vgl.: Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Schreiben an Karl Berthold von Pfetten-Arnbach (Auswärtiges Amt) vom 04.08.1987, in: BAK-Dossier, S. 450.

[424] Schenk, Reinhold (Bundespräsidialamt), Vermerk vom 24.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 245; Libal, Michael (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 29.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 291.

[425] Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2184 vom 06.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 325; Neben Weizsäcker und Gromyko nahmen Genscher, Meyer-Landrut, Schewardnadse sowie Kwizinskij an dem Gespräch teil. Anders als von Weckbach-Mara behauptet, wurden in dieser Unterredung am 6. Juli 1987 nach Aktenlage keine humanitären Einzelschicksale zur Sprache gebracht; Vgl.: Weckbach-Mara, Unser Bundespräsident, a.a.O., S. 39 f.; Weckbach-Mara, Deutschland – deine Politiker, a.a.O., S. 188 f.

[426] Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2184 vom 06.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 325 ff.

hoben beide Gesprächspartner die Bedeutung des Moskauer Vertrages hervor, wobei der Sowjet insbesondere dessen territoriale Dimension akzentuierte. Weizsäcker versicherte auch hier, dass die BRD die Grenzen in Europa als unverletzlich betrachte, plädierte jedoch dafür, diese durchlässiger zu machen. Abschließend sprach er auch gegenüber Gromyko eine Einladung in die BRD aus.[427]

Zwei Tage später begegneten sich die beiden im Katharinensaal des Kremls erneut. Diesmal wurden zu dem Gespräch jedoch die jeweiligen Delegationen sowie fast alle Sondergäste hinzugezogen.[428] Über die Teilnehmer auf deutscher Seite hatte der Bundespräsident persönlich entschieden.[429] Zwar darf sich bei Delegationsgesprächen prinzipiell jeder äußern, diese Möglichkeit wird jedoch selten genutzt, weshalb die Staatsoberhäupter in der Regel die Diskussion dominieren.[430]

Am 8. Juli war das anders. Gleich zu Beginn erklärte Weizsäcker er wolle auf eigene Einlassungen weitgehend verzichten und stattdessen hauptsächlich die Sondergäste zu Wort kommen lassen.[431] So brachte sich im Laufe des Gespräches – in dem zum wiederholen Male überwiegend bilaterale Fragen behandelt wurden – beispielsweise Prinz Botho zu Sayn-Wittgenstein ein. Der DRK-Präsident zeigte sich über den Anstieg der Emigrationszahlen von Sowjetbürgern deutscher Nationalität erfreut und lobte die neuen Regelungen. Andererseits verwies er auf die hohe Anzahl aktueller Ausreiseanträge und bat um eine wohlwollende Prüfung.[432]

Obwohl Weizsäcker eigentlich für seinen „Pünktlichkeitsfanatismus“[433] bekannt war, dauerten alle drei in Moskau geführten Unterredungen wesentlich länger als zuvor veranschlagt. In Bezug auf politische Gespräche wird dies allerdings üblicherweise nicht als Negativum angesehen, sondern im Gegenteil als Indikator, dass „man sich etwas zu sagen hatte“.[434] Auch Freiherr von Richthoffen resümierte nach Abschluss des Staatsbesuches:

> „Die Atmosphäre war im Großen und Ganzen freundlich, wenn auch nicht ohne gelegentliche Schärfen seitens des Gastgebers. Die sowjetische Seite legte auf einen substanziellen, offenen Meinungsaustausch großen Wert, was sich u. a. [unter anderem, der Verfasser] im Überschreiten der ursprünglich vorgesehenen Gesprächszeiten niederschlug.“[435]

---

427 Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2184 vom 06.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 328 f.
428 Vgl.: von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 15.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 409.
429 Vgl.: Kreusel, Dietmar (Auswärtiges Amt), Plurez vom 24.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 241.
430 Vgl.: Rauchensteiner, Meinhard: Das kleine ABC des Staatsbesuches, Wien 2011, S. 49 f.
431 Vgl.: Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2237 vom 10.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 372; Pflüger 1990: Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 294 f.
432 Vgl.: Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2238 vom 10.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 377 f.; von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 23.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 442.
433 Pflüger, Friedbert: Hohe Ansprüche an sich und seine Umgebung, in: Schulze, Helmut R./Wördehoff, Bernhard (Hrsg.): Richard von Weizsäcker. Ein deutscher Präsident, München 1. Aufl. 1987, S. 200.
434 Brissa, Auf dem Parkett, a.a.O., S. 206.
435 von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 23.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 439.

Generell sind politische Unterredungen unwägbare Situationen. Ihr Verlauf lässt sich trotz akribisch vorbereiteter Gesprächsmappen nicht vollständig kalkulieren. Zuvor konzipierte Taktiken gehen nicht immer auf. So erwartete man im Auswärtigen Amt – wie bereits dargelegt – dass Gorbatschow dem Bundespräsidenten am 7. Juli die Gesprächseröffnung überlassen würde und sich so eine gute Chance böte, „die Ausgangslage […] zu bestimmen".[436] Der Gastgeber handelte jedoch anders als angenommen und konterkarierte so den deutschen Plan. Dieses Beispiel zeigt, dass die beteiligten Akteure ständig gefordert sind situativ aufeinander einzugehen und nicht strikt an einem im Vorfeld ausgearbeiteten Gesprächsleitfaden festhalten können.

Aus dieser prinzipiellen Unsicherheit ergeben sich für die politischen Akteure allerdings gleichzeitig beachtliche persönliche Gestaltungsoptionen. Weizsäcker nutzte sie und „provozierte Gorbatschow zu einer Aussage, die neue Spielräume für die Wiedervereinigung gedanklich zuließ".[437] Außerdem vertrat er in Moskau generell „geschickt und konsequent die deutschlandpolitische Linie der Bonner Regierungskoalition", warb für einen „Neubeginn in den bilateralen Beziehungen" und „gab somit einen wichtigen Entspannungsimpuls".[438]

3.5 Verhalten des Bundespräsidenten in unvorhergesehenen Situationen

Trotz der beschriebenen minutiösen Planung kam es auch im Rahmen des Staatsbesuches in der Sowjetunion zu Situationen, welche im offiziellen Besuchsprogramm oder dem Ablaufplan der Protokollabteilungen nicht vorgesehen waren. In diesem Abschnitt werden solche Vorkommnisse identifiziert und es wird geprüft, inwieweit sie der Bundespräsident politisch nutzte.

Gleich am zweiten Besuchstag bot sich durch die sogenannte „Prawda-Zensur" eine erste Herausforderung. Für gewöhnlich wurden – einem „festen Moskauer Ritual"[439] entsprechend – die von ausländischen Staatsgästen gehaltenen Tischreden am folgenden Tag in der sowjetischen Presse veröffentlicht. Wenige Monate vor Weizsäckers Visite in der UdSSR waren bereits die Ansprachen der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und des französischen Premierministers Jacques Chirac in der *Prawda* ungekürzt abgedruckt worden.[440] Selbst Scheels Moskauer Rede aus dem November 1975 – also lange vor *Glasnost* – hatte die Parteizeitung fast vollständig wiedergegeben.[441]

---

[436] Libal, Michael (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 29.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 286.
[437] Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 255.
[438] Küsters, Bundespräsident in Zeiten der Wiedervereinigung, a.a.O., S. 241; Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 254.
[439] Weizsäcker, Vier Zeiten, a.a.O., S. 343.
[440] Vgl.: Heyken, Eberhard (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 27.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 120; Wiedemeyer, Ein Denker als Präsident, a.a.O., S. 73; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 282; Thatcher besuchte die Sowjetunion vom 28. März bis 1. April 1987, Chirac hielt sich zwischen dem 14. und 16. Mai in der UdSSR auf.
[441] Vgl.: Jansen, Hans-Heinrich: ‚Hummer per Düsenjet' – Der Besuch des Bundespräsidenten Scheel in Moskau im November 1975, in: van Ooyen, Robert Chr./Möllers, Martin H. W. (Hrsg.): Der Bundespräsident im politischen System, Wiesbaden 2012, S. 212.

Im Kontrast dazu unterschlug man die politisch sensiblen Passagen von Weizsäckers Kreml-Rede, ohne jedoch auf die Auslassungen im Text hinzuweisen. So verschwieg die *Prawda* nicht nur die Philosophen-Zitate, sondern auch Äußerungen über den sowjetischen Einsatz in Afghanistan, die Lage der Sowjetdeutschen und zur deutschen Einheit.[442] Gromyko persönlich soll direkt nach der Ansprache des Bundespräsidenten die Anweisung gegeben haben „diesen ganzen Unsinn" nicht zu veröffentlichen.[443]

Als Weizsäcker von den Kürzungen erfuhr, vermied er es, sich selbst offensiv zu positionieren und thematisierte den Vorfall auch nicht in seinem Gespräch mit Gorbatschow. Stattdessen gab er „eine ‚Sprachregelung' aus, die einer Dramatisierung der ‚Zensur' entgegenwirken" sollte und bat den mitgereisten Außenminister, in dieser Angelegenheit Kontakt zu dessen sowjetischem Gegenpart aufzunehmen.[444] Schewardnadse erklärte gegenüber Genscher, es habe keinen sachlichen Grund für die Auslassungen gegeben und er werde sehen, was sich machen lasse.[445] Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiss. Zwei Tage später wurde die vollständige Rede des Bundespräsidenten in einer weitverbreiteten sowjetischen Wochenendzeitung abgedruckt.[446]

Am Abend des 7. Juli erreichte die deutsche Delegation eine weitere unerwartete Nachricht – diesmal aus Bonn. Laut einer Pressemeldung hatte Horst Teltschik bei einer Buchvorstellung angeblich Äußerungen getätigt, die Journalisten als „Kalte-Kriegs-Propaganda"[447] werteten. Konkret wurde dem „außenpolitischen Topberater"[448] des Bundeskanzlers vorgeworfen, er habe sich mit der Hauptaussage des Werkes von Kapitän zur See Ulrich Weisser identifiziert, dass die UdSSR auch unter Gorbatschow das Ziel verfolge, ihre Macht weltweit auszudehnen und an der offensiven Militärstrategie festhalte.[449]

In Moskau fürchtete man, dieser „Querschuß" aus der Heimat könne den Sowjets „einen Vorwand liefern, der Bundesrepublik Unberechenbarkeit und sogar Doppelzüngigkeit vorzuwerfen".[450] Weizsäcker hatte sich schließlich in den Gesprächen mit Gromyko und Gorbatschow bereits um Entspannung bemüht. Auch in diesem Fall reagierte der Bundespräsident jedoch zurückhaltend. Er überließ es zunächst Regierungssprecher Friedhelm Ost, den Vorfall gegenüber Pressevertretern herunterzuspielen.[451] Am nächsten Tag lag dann bereits ein Dementi Teltschiks vor. Darin distanzierte er sich ausdrücklich von Form und

---

442 Vgl.: Scholz/Süskind, Die Bundespräsidenten, a.a.O., S. 362; Darchinger, Portrait einer Präsidentschaft, a.a.O., S. 126; Wiedermeyer, Ein Denker als Präsident, a.a.O., S. 72.
443 Kwizinskij, Erinnerungen eines Diplomaten, a.a.O., S. 424.
444 Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 282.
445 Vgl.: Meyer-Landrut, Andreas (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2212 vom 08.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 346; Genscher, Erinnerungen, a.a.O., S. 543 f.
446 Vgl.: Kwizinskij: Erinnerungen eines Diplomaten, a.a.O., S. 424; Meyer-Landrut Mit Gott und langen Unterhosen, a.a.O., S. 195; Pflüger, Ein Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 306 f.
447 Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 332 Fn. 431.
448 Fröhlich, Auf den Kanzler kommt es an, a.a.O., S. 126.
449 Vgl.: Weisser, Ulrich: Strategie im Umbruch. Europas Sicherheit und die Supermächte, Herford 1987; Pflüger, Ein Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 288 f.; Darchinger, Portrait einer Präsidentschaft, a.a.O., S. 122; Der Autor des Werkes, Kapitän zur See Ulrich Weisser, fungierte zwischen 1982 und 1985 als Leiter der für Sicherheitspolitik zuständigen Gruppe 23 im Bundeskanzleramt; Vgl.: Fröhlich, Auf den Kanzler kommt es an, a.a.O., S. 129.
450 Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 290.
451 Vgl.: Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 290.

Inhalt der Pressemeldung, welche ihm eine Politik gegenüber der Sowjetunion unterstelle, die er in dieser Form nie vertreten habe.[452]

Darüber hinaus kam es am Vormittag des dritten Besuchstages gegen Ende des Delegationsgespräches zu einem von deutscher Seite nicht intendierten Zwischenfall. Im Anschluss an die Ausführungen des DRK-Präsidenten warf Gromyko der BRD vor, sie verhindere die Auslieferung von auf ihrem Territorium lebenden, bisher nicht verurteilten Kriegsverbrechern an die UdSSR. Er händigte Weizsäcker eine Liste mit den Namen von 16 Personen aus, auf welche nach Ansicht der sowjetischen Behörden diese Anschuldigung zutraf.[453] Weder der Bundespräsident noch seine Delegationsmitglieder waren auf die Übergabe einer „Kriegsverbrecher-Liste" vorbereitet oder hatten damit gerechnet, dass dieses Thema bei dem Termin am 8. Juli zur Sprache kommen würde.[454]

Gemäß Weckbach-Mara ging Weizsäcker daraufhin in die Offensive und konterte mit einer „Frage nach deutschen Vermissten und Soldatengräbern".[455] Diese Behauptung lässt sich jedoch anhand der Akten und Zeitzeugenerinnerungen falsifizieren. Tatsächlich verhielt sich der Bundespräsident wesentlich passiver. Er nahm die Liste „ohne Reaktion" entgegen, verzichtete auf eine Prüfungszusage und gab sie an Außenminister Genscher weiter.[456] Zudem unterließ es Weizsäcker, in seinem Schlusswort auf Gromykos Vorwurf oder die Listenübergabe einzugehen.[457]

Wenige Stunden nach der Vollsitzung der Delegationen eröffnete sich für Weizsäcker dann eine exzellente Möglichkeit, eigene Akzente im Rahmen der Durchführungsphase der Staatsvisite zu setzen. Am Nachmittag war vor Abschluss des Moskau-Aufenthaltes ein Pressegespräch mit ihm angesetzt. Für die Aufnahme dieses Termins in das Besuchsprogramm hatte sich der Bundespräsident Ende Mai persönlich eingesetzt.[458] In Kapitel II 1.3 wurde bereits darauf hingewiesen, dass dieser „mit aller Vorsicht, außenpolitisch selbstständig"

---

[452] Vgl.: Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 299; Der Spiegel: In Watte verpackt, Nr. 29/1987, S. 21; Jaenecke, Der Drahtseilakt, a.a.O. S. 163.
[453] Vgl.: Schrömbgens, Gerhard Enver (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2230 vom 10.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 371 f.; Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2238 vom 10.07.1987, in: BAK-Dossier, S: 378 f., von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 15.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 413; Später stellte sich heraus, dass zwei dieser Personen bereits in der BRD verurteilt worden waren. Auch die restlichen Beschuldigten hatten sich vor deutschen Gerichten verantworten müssen, wurden jedoch aus Mangel an Beweisen freigesprochen; Vgl.: Wiedemeyer, Ein Denker als Präsident, a.a.O., S. 74; Scholz/Süskind, Die Bundespräsidenten, a.a.O., S. 261 f.
[454] Vgl.: Bosch, Klaus-Jerg (Auswärtiges Amt), Drahterlass Nr. o. A. vom 03.08.1987, in: BAK-Dossier, S. 446 ff.; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 296.
[455] Weckbach-Mara, Friedemann, Deutschland – deine Politiker, a.a.O., S. 190; Vgl.: Weckbach-Mara, Unser Bundespräsident, a.a.O., S. 42.
[456] Pleuger, Gunter (Auswärtiges Amt), Ortex Nr. 43/44 vom 15.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 426, Vgl.: von Richthofen, Hermann (Auswärtiges Amt), Vermerk vom 23.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 442; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 296.
[457] Vgl.: Schrömbgens, Gerhard Enver (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2230 vom 10.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 371; Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2238 vom 10.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 379.
[458] Vgl.: Schaller, Peter (Auswärtiges Amt), Drahterlass Nr. 4393 vom 29.05.1987, in: BAK-Dossier, S. 133.

handelt, wenn er im Ausland nach seiner Meinung gefragt wird oder er an einer Pressekonferenz teilnimmt.[459]

Laut Scholz und Süskind nutzte Weizsäcker diese Gelegenheiten häufig „zu spontanen Erläuterungen, die manchen Herren aus dem diplomatischen Dienst wie Eigenmächtigkeiten vorkamen oder sogar zu Hause zu innenpolitischen Protesten führten".[460] Auffällig ist jedoch, dass er in Moskau keinen der drei Vorfälle proaktiv adressierte.[461] Obwohl die „Prawda-Zensur" in der BRD große mediale Aufmerksamkeit erhalten hatte und „zeitweise die Stimmung des Staatsbesuches kaputtzumachen drohte",[462] äußerte sich das Staatsoberhaupt zu diesem Thema erst auf Nachfrage eines Journalisten der *Süddeutschen Zeitung* und vermied in seiner Antwort direkte Kritik an den Auslassungen.[463]

Das vermeintliche „Störfeuer aus Bonn"[464] und die „Kriegsverbrecherliste" fanden im Pressegespräch hingegen überhaupt keine Erwähnung. Damit erstgenannter Vorfall „nicht vor den Medienvertretern aus aller Welt erneut ausgebreitet wird", streute Weizsäcker-Sprecher Friedbert Pflüger Teltschiks Klarstellung vor dem Termin unter den Journalisten.[465] Dadurch verlor die Angelegenheit offenbar an Brisanz. Weder am Nachmittag des 8. Juli noch in den folgenden Tagen wurde Weizsäcker aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen. Auskünfte über die „Gromyko-Liste" wurden „in der (falschen) Hoffnung, daß das Thema während des Staatsbesuches nicht öffentlich diskutiert würde" bewusst zurückgehalten.[466] Auf diese Weise überließ man es der *Prawda*, darüber am Folgetag aus sowjetischer Perspektive zu berichten. Zudem verärgerte das zögerliche Informationsmanagement einige der mitgereisten deutschen Journalisten.[467]

Nach dem Pressetermin sollte der Bundespräsident eigentlich in den Kreml zurückkehren, wo er während seines Moskau-Aufenthaltes logierte. Stattdessen ließ sich Weizsäcker jedoch in die Arbat-Straße fahren und unternahm einen Spaziergang durch die im Zentrum der sowjetischen Hauptstadt gelegene Fußgängerzone. Dies war im offiziellen Besuchsprogramm so nicht vorgesehen.[468]

Mithilfe der Akten lässt sich allerdings belegen, dass es sich dabei in Wahrheit keinesfalls um eine ungeplante Aktion handelte. Tatsächlich zählte der „Gang durch die Arbat-Straße" schon zu den von der Deutschen Botschaft Anfang April vorgebrachten

[459] Scholz/Süskind, Die Bundespräsidenten, a.a.O., S. 53.
[460] Scholz/Süskind, Die Bundespräsidenten, a.a.O., S. 359.
[461] Vgl.: Flittner, Karl (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 2211 vom 08.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 347 f.
[462] Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 307.
[463] Vgl.: Flittner, Karl (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 221 vom 08.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 351; Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 300 f.
[464] Darchinger, Portrait einer Präsidentschaft, a.a.O., S. 122.
[465] Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 299.
[466] Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 306.
[467] Vgl.: Pflüger, Portrait aus der Nähe, a.a.O., S. 306.
[468] Vgl.: Bundespräsidialamt, Programm, in: BAK-Dossier, S. 484 f.

Programmvorschlägen.[469] Im nicht öffentlichen, vorläufigen Programmrahmen wurde der Punkt noch aufgeführt.[470] Dann plädierte die Auslandsvertretung jedoch dafür, den Spaziergang gegenüber den Medien zurückzuhalten und auch die Abfahrt des Bundespräsidenten aus dem Pressezentrum derart zu gestalten, dass ihm keine Journalisten folgen konnten. Nach Aktenlage hoffte man, dass sich Weizsäcker so die Gelegenheit zu spontanen Gesprächen mit der Moskauer Bevölkerung bieten würde.[471]

Es ist allerdings durchaus denkbar, dass der inoffizielle Programmpunkt noch einem weiteren Zweck dienen sollte. Grundsätzlich ist die öffentlichkeitswirksame Aufbereitung präsidialer Reisen ein wichtiger Faktor für deren politischen Erfolg.[472] Auch beim Staatsbesuch in der Sowjetunion hatte die mediale Begleitung für die beteiligten westdeutschen Akteure hohe Priorität.[473] Weil insbesondere die in diesem Rahmen produzierten Bilder häufig eine große Reichweite entfalten, geht Derix davon aus, dass „Politiker und Staatsrepräsentanten versuchten und versuchen, die Bildproduktion zu kontrollieren und mitzubestimmen".[474] Wie *Abbildung 6* belegt, existieren auch vom „Gang durch die Arbat-Straße" symbolträchtige Fotos. Wären allerdings zu viele Journalisten vor Ort gewesen, hätte das die Zivilbürger vermutlich abgeschreckt und authentische Bilder verhindert.

[469] Vgl.: Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1064 vom 08.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 11.
[470] Vgl.: Spalcke, Karl (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung), Vermerk vom 25.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 264.
[471] Vgl.: Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1996 vom 25.06.1987, in: BAK-Dossier, S. 266.
[472] Vgl.: Günther, Heuss auf Reisen, a.a.O., S. 10; Brissa, Auf dem Parkett, a.a.O., S. 192; Colschen, Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 91 f.
[473] Vgl.: Korte, Gesichter der Macht, a.a.O., S. 252; So betonte die Deutsche Botschaft ihre Programmvorschläge – darunter auch der Spaziergang in der Fußgängerzone – stellten auf eine starke Wirkung des Bundespräsidenten gegenüber der Bevölkerung und den Medien ab; Arnot, Alexander (Deutsche Botschaft in Moskau), Drahtbericht Nr. 1064 vom 08.04.1987, in: BAK-Dossier, S. 10.
[474] Derix, Bebilderte Politik, a.a.O., S. 22.

Abbildung 6: Bebilderte deutsch-sowjetische Annäherung. Der Bundespräsident im Gespräch mit einer jungen Moskowiterin auf der Arbat-Straße (©Foto: Helmut R. Schulze -Edition HRS)

IV Fazit

1 Beantwortung der Leitfragen

Nach seiner Rückkehr in die BRD verfasste Weizsäcker mehrere Dankesbriefe an Personen, die auf deutscher Seite an der Vorbereitung und Durchführung der Staatsvisite in der Sowjetunion beteiligt gewesen waren. Auch Botschafter Meyer-Landrut wurde bedacht. Der Bundespräsident schrieb dem Diplomaten, sie hätten in der UdSSR nicht „wie Akteure ein von einem Autor vorher abgefaßtes Stück hintereinander abgespielt", vielmehr habe jeder Tag eine neue Entwicklung bereitgehalten, an der es zu arbeiten galt.[475] Aus den Akten geht allerdings deutlich hervor, wie sehr man darum bemüht war, Unwägbarkeiten zu minimieren und eine sorgfältig orchestrierte Performanz sicherzustellen.

Dabei spielten die in dieser Arbeit untersuchten bürokratischen Akteure eine zentrale Rolle. Einleitend wurde die Frage aufgeworfen, *wie sich die Zusammenarbeit von Auswärtigem Amt, Bundeskanzleramt und Bundespräsidialamt bei der Planung des Staatsbesuches in der Sowjetunion 1987 konkret gestaltete (Leitfrage I)*. Es konnte nachgewiesen werden, dass es im Rahmen der protokollarischen Vorbereitungen insbesondere bei der Erstellung des Besuchsprogrammes zu intensiven Abstimmungsprozessen zwischen den Behörden kam. Alle drei Häuser erarbeiteten Vorschläge, über die anschließend ausgiebig korrespondiert und diskutiert wurde. Dabei ließen sich vereinzelt auch Dissonanzen und Missverständnisse beobachten, wie die Schilderung der Kontroversen um den Besuch einer zweiten Stadt im europäischen Teil der UdSSR neben Moskau sowie die konkrete Ausgestaltung der Fernsehdiskussion mit dem Bundespräsidenten belegen.

Insgesamt stärken die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung aber die These, dass das Auswärtige Amt und das Bundespräsidialamt bei der protokollarischen und politischen Planung von Staatsvisiten die dominierenden kollektiven Akteure darstellen. Deren enge Koordination zeigte sich nicht nur bei der Suche nach geeigneten Gastgeschenken, sondern insbesondere auch bei der Festlegung der operativen Ziele für den Staatsbesuch. Hierzu nahm der Leiter der *Abteilung II* des Präsidialamtes eigens an einer Hausbesprechung im Auswärtigen Amt teil, die er nach Aktenlage zuvor selbst angeregt hatte.

Ungeachtet der Tatsache, dass das Bundespräsidialamt verglichen mit Auswärtigem Amt und Bundeskanzleramt über die mit Abstand geringsten personellen Ressourcen verfügt, prägte es die Vorbereitung des Staatsbesuches maßgeblich. So managte Behördenchef Blech den Terminfindungsprozess und vermittelte dabei zwischen Weizsäcker, Genscher – der sich diesbezüglich seinerseits mit Kohl austauschte – und der sowjetischen Seite. Darüber hinaus empfahl man dem Bundespräsidenten mögliche Sondergäste für seine Delegation und unterstützte ihn bei der Ausarbeitung seiner Reden. Weil im Auswärtigen Amt „der

[475] von Weizsäcker, Richard (Bundespräsident), Schreiben an Andreas Meyer-Landrut (Deutsche Botschaft in Moskau) vom 16.07.1987, in: BAK-Dossier, S. 428.

Sachverstand […] zu den bilateralen Beziehungen wohnt",[476] übernimmt dieses meist die Vorbereitung der politischen Gespräche. In den Akten zum Staatsbesuch in der Sowjetunion finden sich für das wichtige Treffen mit Gorbatschow allerdings zusätzlich auch Unterlagen, die von der *Abteilung II* des Bundespräsidialamtes erstellt wurden. Diese Organisationseinheit agierte generell besonders tatkräftig. Sowohl in der "Geschenkfrage" als auch bei der Erstellung des Besuchsprogrammes brachte ihr Abteilungsleiter zu einem frühen Zeitpunkt umfassende Vorschläge in die Diskussion ein, die später großteils auch umgesetzt wurden.

Hinsichtlich der Frage *inwiefern es Bundespräsident Richard von Weizsäcker in den Phasen der Besuchsvorbereitung und -durchführung gelang eigene Akzente zu setzen (Leitfrage II)*, lässt sich ein differenziertes Resümee ziehen. Obwohl das Staatsoberhaupt im Bereich der Außenpolitik generell über wenig *Hard Power* verfügt, impliziert diese Studie, dass Weizsäcker in der Planungsphase des Staatsbesuches „Herr des Verfahrens" blieb. So bestimmte beispielsweise er allein, welche Sondergäste ihn in die UdSSR begleiten sollten. Außerdem wurde der Bundespräsident durchgehend über relevante Entwicklungen informiert und die von den bürokratischen Akteuren entwickelten Anregungen standen unter dem Vorbehalt seiner Zustimmung. Das galt für die Auswahl der Gastgeschenke ebenso wie bei der Entwicklung des Besuchsprogrammes.

Auf den grundsätzlichen Charakter der weniger offiziellen Programmpunkte nahm der Bundespräsident großen Einfluss. Obwohl bereits eine informelle Zusage des deutschen Botschafters für eine Fernsehsendung mit Wissenschaftlern in Nowosibirsk im Raum stand, entschied sich Weizsäcker dafür, mit Jugendlichen in Moskau zu diskutieren. Die Begegnungen mit Sacharow sowie sowjetischen Intellektuellen in der Residenz des Botschafters fanden seinem Wunsch entsprechend in einem eher vertraulichen Rahmen statt. Einzelne Programmelemente wie das Pressegespräch am 8. Juli regte der Bundespräsident sogar selbst an.

Darüber hinaus partizipierte Weizsäcker in hohem Maße an der Vorbereitung der Redetexte, welche er selbst konzipierte. Insbesondere die Ansprache im Kreml am Abend des ersten Besuchstages adressierte sensible politische Inhalte und beinhaltete dezidierte Forderungen. Durch das Einfügen einer Passage, die seine eigene Kriegsvergangenheit thematisierte, setzte Weizsäcker in der Leningrader Tischrede einen starken persönlichen Akzent. Die Ergebnisse der Untersuchung weisen also in die Richtung, dass der Bundespräsident bei der Formulierung und Schwerpunktsetzung seiner im Ausland gehaltenen Ansprachen durchaus über einen gewissen Spielraum verfügt, selbst wenn diese – wie auch im Fall der in der UdSSR gehaltenen Tischreden geschehen – mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt werden.

Im Gegensatz zu Heinrich Lübke vermied Weizsäcker in der Durchführungsphase des Staatsbesuches gravierende Abweichungen vom offiziellen Redemanuskript und vertrat

[476] Biedermann, Der Bundespräsident in der Außenpolitik, a.a.O., S. 50.

konsequent die außenpolitische Linie der Bonner Bundesregierung. Letzteres lässt sich auch für die in Moskau geführten Gespräche konstatieren. Während etwa Bundespräsident Heuss „auf seinen Auslandsreisen politischen Gesprächen bewusst aus dem Weg ging und diese dem mitreisenden Außenminister überließ", traf Weizsäcker in der UdSSR auf alle zentralen Akteure der Führung des besuchten Staates.[477] Insbesondere das Gespräch mit Gorbatschow hatte für die deutsch-sowjetischen Beziehungen eine „eisbrechende" Wirkung. Dass der Bundespräsident den Generalsekretär zu einer Aussage verleiten konnte, die eine zukünftige Wiedervereinigung nicht mehr kategorisch ausschloss, wurde auf deutscher Seite als großer Erfolg gewertet.

In anderen Situationen war Weizsäckers Handlungsspielraum wesentlich begrenzter. Am deutlichsten zeigte sich dies bei der Analyse der zeremoniellen Programmpunkte. Da ein im Vorfeld ausgearbeiteter Ablaufplan hier buchstäblich jeden Schritt vorgibt, können die involvierten Akteure während der Durchführungsphase schlussendlich nur durch Handlungen, die von den Routinen politischer Inszenierung abweichen, eigene Akzente setzen. Weizsäcker hielt sich jedoch an die Vorgaben der Protokollabteilungen.

Weitgehend verworfen werden muss die These, dass der Bundespräsident – sich im Verlauf der Staatsvisite ergebende – unvorhergesehene Situationen aktiv politisch nutzte. Obwohl der Spaziergang durch die Arbat-Straße nicht im offiziellen Besuchsprogramm aufgeführt wird, erwies er sich nach Akteneinsicht als ein von langer Hand geplantes Ereignis. In den drei weiteren identifizierten Fällen unternahm Weizsäcker eher den Versuch, die Vorfälle zu entpolitisieren, als sie offensiv zu akzentuieren. Die Pressemeldung über die angeblichen Teltschik-Aussagen ließ er öffentlich unkommentiert und verfolgte auch hinsichtlich der von Gromyko übergebenen „Kriegsverbrecherliste" eine Dethematisierungsstrategie. Zur Zensur seiner Tischrede durch die *Prawda* äußerte er sich erst am 8. Juli auf Nachfrage eines Journalisten im Rahmen des Pressegesprächs. Die spätere Veröffentlichung des Wortlauts der Ansprache – wenn auch in einer anderen Zeitung – war auf die Intervention Genschers bei Schewardnadse zurückzuführen.

Schlussendlich ist zwar zu konzedieren, dass die beteiligten Akteure in der Durchführungsphase tatsächlich mit neuen Herausforderungen und unerwarteten Entwicklungen konfrontiert wurden. Ursächlich für den Erfolg der Visite war jedoch eher planvolles denn situatives Agieren.

2 Abschließende Bemerkungen

Einleitend wurde darauf hingewiesen, dass Richard von Weizsäcker allein in seiner ersten Amtszeit als Bundespräsident fast 30 Staatsbesuche absolvierte. Weil die vorliegende Arbeit sich exklusiv auf die Reise in die Sowjetunion im Juli 1987 fokussiert, sind ihre

[477] Günther, Heuss auf Reisen, a.a.O., S. 28; Beispielsweise führte Heuss während seiner Staatsvisite in Großbritannien 1958 kein einziges offizielles Gespräch mit Premierminister Macmillan; Vgl.: Günther, Misslungene Aussöhnung?, a.a.O., S. 12.

Ergebnisse nicht generalisierbar. Allgemeine Aussagen über die Zusammenarbeit staatlicher Besuchsplaner oder die Möglichkeiten des deutschen Staatsoberhauptes im Rahmen seiner Auslandsvisiten eigene Akzente zu setzen, lassen sich nur durch breiter angelegte Fallstudien gewinnen. Molls Feststellung, dass verhältnismäßig wenige Arbeiten existieren, die unterschiedliche Staatsbesuche im Zusammenhang untersuchen oder miteinander vergleichen, besitzt jedoch nach wie vor Gültigkeit.[478]

Zwar haben die Auslandsvisiten der Staatsoberhäupter generell politische Bedeutung, deren Intensität divergiert allerdings.[479] Im Vergleich zu Staatsbesuchen, die sich aus nachbarschaftlichen Verhältnissen immer wieder ergeben, stellen solche, denen herausragende Signalwirkung zugeschrieben wird, die Ausnahme dar. Weizsäckers Reise in die Sowjetunion fällt in letztere Kategorie. Aufgrund der außeralltäglichen historischen Rahmenbedingungen konnte er in Moskau ein politisches Mandat ausspielen, das normalerweise dem Regierungschef bei Auslandsbesuchen vorbehalten ist. Weil dem Staatsbesuch in der Sowjetunion eine so große Bedeutung zukam, ist es vorstellbar, dass sich Weizsäcker hier in besonderem Maße persönlich engagierte.[480] Zukünftige Analysen sollten daher auch Reisen miteinbeziehen, denen weniger politische Relevanz zugeschrieben wird.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Akten zum Staatsbesuch in der Sowjetunion vergleichsweise wenige Dokumente enthalten, die konkrete Einblicke in die internen Entscheidungsfindungsprozesse des Bundeskanzleramtes geben. Dies ist mit einiger Sicherheit darauf zurückzuführen, dass die Kommunikation innerhalb der Behörde unter Helmut Kohl einen hohen Grad an Informalität aufwies und eine schriftliche Ergebnissicherung häufig nicht stattfand.[481] Für künftige Arbeiten wird deshalb angeregt – neben dem Rückgriff auf Aktenmaterial und autobiographische Quellen – auch Hintergrundgespräche mit Zeitzeugen zu führen. Letztere können nach Abschluss des Materialsichtungsprozesses helfen „zielgenau und detailliert Lücken der Darstellung des Entscheidungsprozesses zu füllen".[482]

[478] Vgl.: Moll, Besuchspolitik, a.a.O., S. 9.
[479] Vgl.: Kapitel II 1.2 dieser Arbeit.
[480] An dieser Stelle sei an den Befund von Derix erinnert, die in Bezug auf eingehende Staatsbesuche in der BRD zu dem Ergebnis kam, dass der Grad der Einflussnahme der Amtsinhaber auf die Programmgestaltung in Abhängigkeit von deren persönlichen Interesse an der jeweiligen Visite variierte, Vgl.: Kapitel I 2 dieser Arbeit.
[481] Vgl.: Kapitel II 2.2 dieser Arbeit.
[482] Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, a.a.O., S. 19.

Literatur und Quellen

Archivalien

Akten des Bundespräsidialamtes (B 122)

Bundesarchiv Koblenz

Akten des Bundeskanzleramtes (B 136)

Bundesarchiv Koblenz

Akten des Auswärtigen Amtes

(Dieser Bestand befindet sich, soweit die auswärtigen Vorgänge des Bundespräsidenten betroffen sind, auch in den Akten des Bundespräsidialamtes)

Bundesarchiv Koblenz

Akten des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (B 145)

Bundesarchiv Koblenz

Literaturverzeichnis

Altrichter, Helmut: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009.

Armborst, Kerstin: Ablösung von der Sowjetunion. Die Emigrationsbewegung der Juden und Deutschen vor 1987, Münster 2001.

Ash, Timothy Garton: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München und Wien 1993.

Auswärtiges Amt: Protokoll (URL http://t1p.de/ou0c, letzter Zugriff am 30.03.2019).

Biedermann, Stefan: Der Bundespräsident in der Außenpolitik, in: Brandt, Enrico/Buck, Christian (Hrsg.): Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf, Wiesbaden 4. Aufl. 2005, S. 48–55.

Bierling, Stephan: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, München 2. Aufl. 2005.

Billing, Werner: §13 Der Bundespräsident, in: Graf von Westphalen, Raban (Hrsg.): Deutsches Regierungssystem, München und Wien 2001, S. 313–338.

Billing, Werner: Die Rolle des Bundespräsidenten im Bereich der Außenpolitik, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München und Zürich 2. Aufl. 1976, S. 142–157.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Die Organisationsgewalt im Bereich der Regierung. Eine Untersuchung zum Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1964.

Brandt, Bettina: Von der Kundgebungsmacht zum Denkanstoß. Das Denkmal als Medium politischer Kommunikation in der Moderne, in: Frevert, Ute/Braungart, Wolfgang (Hrsg.): Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte, Göttingen 2004, S. 168–216.

Brandt, Enrico: Nur nichts dem Zufall überlassen. Das Protokoll, in: Brandt, Enrico/Buck, Christian (Hrsg.): Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf, Wiesbaden 4. Aufl. 2005, S. 36–48.

Brissa, Enrico: Auf dem Parkett. Kleines Handbuch des weltläufigen Benehmens, München 2. Aufl. 2018.

Broer, Michael: Zwischen Konsens und Konflikt. Der NATO-Doppelbeschluß, der INF-Vertrag und die SNF-Kontroverse, in: Junker, Detlef (Hrsg.): Die USA und Deutschland im

Zeitalter des kalten Krieges 1945 – 1990. Ein Handbuch, Stuttgart und München 2. Aufl. 2001, S. 234–244.

Busse, Volker/Hofmann, Hans: Bundeskanzleramt und Bundesregierung. Aufgaben. Organisation. Arbeitsweise, Köln 6. Aufl. 2016.

Colschen, Lars C.: Deutsche Außenpolitik, Paderborn 2010.

Czachur, Waldemar/Zielińska, Kinga: Tischrede – universelles diplomatisches Ritual oder kulturspezifisches Unikum?, in: Studia Niemcoznawcze 42 (2009), S. 375–394.

Darchinger, Jupp: Richard von Weizsäcker. Portrait einer Präsidentschaft, Düsseldorf u.a. 1993.

Der Bundespräsident: Antrittsrede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seiner Vereidigung im Deutschen Bundestag in Bonn (URL: http://t1p.de/jle5, letzter Zugriff am 30.03.2019).

Der Bundespräsident: Weihnachtsansprache 1985 von Bundespräsident Richard von Weizsäcker (URL https://t1p.de/rvvs, letzter Zugriff am 30.03.2019).

Der Spiegel: Eine Kooperation auf neuem Niveau, Nr. 28/1987, S. 19–25.

Der Spiegel: In Watte verpackt, Nr. 29/1987, S. 19–22.

Derix, Simone: Bebilderte Politik, Göttingen 2009.

Derix, Simone: Politische Performanz und „natürliche“ Kulissen in den Staatsbesuchen der Bundesrepublik, in: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006, Frankfurt am Main 2008, S. 3779–3887.

Diehl, Ole: Die Strategiediskussion in der Sowjetunion. Zum Wandel der sowjetischen Kriegsführungskonzeption in den achtziger Jahren, Wiesbaden 1993.

Eggers, Wolfgang: Die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion gegenüber Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Meissner, Boris/Eisfeld, Alfred (Hrsg.): 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, Berlin 1999, S. 91–99.

Eisfeld, Alfred 1999: Die Russlanddeutschen, München 2. Aufl. 1999.

Emmerich, Alexander: Der Kalte Krieg, Stuttgart 2011.

Eschenburg, Theodor: Staat und Gesellschaft in Deutschland, München 1963.

Filmer, Werner/Schwan Heribert: Richard von Weizsäcker. Profile eines Mannes, Düsseldorf und Wien 17. Aufl. 1988.

Franz, Eckhart G.: Einführung in die Archivkunde, Darmstadt 9. Aufl. 2018.

Frenkin, Anatolij: Gestern Feinde – heute Freunde. Moskaus neues Bild der deutschen Konservativen, Erlangen u.a. 1990.

Fröhlich, Stefan: „Auf den Kanzler kommt es an". Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Paderborn 2001.

Galkin, Aleksandr/Tschernjajew, Anatolij (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986-1991. Deutsche Ausgabe herausgegeben von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger, München 2011.

Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995.

Glaubitz, Joachim: Den Gang der Geschichte gespürt. Aus internen sowjetischen Dokumenten. Anmerkungen zu Deutschland, in: Die politische Meinung. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur, 490 (2010), S. 51–58.

Gorbatschow, Michail: Erinnerungen, Berlin 1995.

Graßmann, Walter: Geschichte der evangelisch-lutherischen Rußlanddeutschen in der Sowjetunion, der GUS und in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, München 2006.

Gray, William Glenn: Reviewed Work(s). Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945 by Johannes Paulmann. Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten by Frieder Günther. Review by William Glenn Gray, in: Central European History, 41 (2008) Nr. 2, S. 335–338.

Grotzky, Johannes: Russlands religiöse Renaissance. Von der Gorbatschow-Zeit bis heute, Bamberg 2014.

Günther, Frieder: Gespiegelte Selbstdarstellung. Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958, in: Paulmann, Johannes (Hrsg.): Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Köln 2005, S. 185–204.

Günther, Frieder: Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten, Stuttgart 2006.

Günther, Frieder: Misslungene Aussöhnung? Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958, Stuttgart 2004.

Hacke, Christian: Neues Denken im Osten. Das Ende des Ost-West-Konflikts (1985-1989), in: Brauckhoff, Kerstin/Schwaetzer, Irmgard (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik, Wiesbaden 2015, S. 193–201.

Haftendorn, Helga/Karl, Wolf-Dieter/Krause, Joachim/Wilker, Lothar: Einleitung, in: Haftendorn, Helga/Karl, Wolf-Dieter/Krause, Joachim/Wilker, Lothar (Hrsg.): Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, Köln 1978, S. 7–11.

Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995.

Hartmann, Jürgen: Staatszeremoniell, Köln u.a. 1. Aufl. 1988.

Hartmann, Jürgen: Wenn das Zeremoniell zu Politik wird. Honeckers Besuch in der Bundesrepublik im September 1987, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 6 (2017) Nr. 3, S. 133–151.

Hartmann, Jürgen/Kempf, Udo: Staatsoberhäupter in der Demokratie, Wiesbaden 1. Aufl. 2011.

Hartmann, Jürgen/Kempf, Udo: Staatsoberhäupter in westlichen Demokratien. Strukturen, Funktionen und Probleme des „höchsten Amtes“, Wiesbaden 1989.

Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917 – 1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998.

Hochedlinger, Michael: Aktenkunde. Urkunden- und Aktenlehre der Neuzeit, Wien u.a. 2009.

Hübner, Emil: Parlament und Regierung in der Bundesrepublik Deutschland, München 2. Aufl. 2000.

Jaenecke, Heinrich: Der Drahtseilakt. Staatsbesuch in Moskau, in: Schulze, Helmut R./Wördehoff, Bernhard (Hrsg.): Richard von Weizsäcker. Ein deutscher Präsident, München 1. Aufl. 1987, S. 161–163.

Jäger, Wolfgang: Wer regiert die Deutschen? Innenansichten der Parteiendemokratie, Zürich 1994.

Jann, Werner: Politik als Aufgabe der Bürokratie. Die Ministerialbürokratie im politischen System der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien, in: Politische Bildung 21 (1988), S. 39–56.

Jansen, Hans-Heinrich: ‚Hummer per Düsenjet' – Der Besuch des Bundespräsidenten Scheel in Moskau im November 1975, in: van Ooyen, Robert Chr./Möllers, Martin H. W. (Hrsg.): Der Bundespräsident im politischen System, Wiesbaden 2012, S. 207–215.

Jelinski, Olaf: Das internationale diplomatische Protokoll im Vergleich zum Protokoll in Unternehmen. Eine Analyse des Protokolls als politische Institution, Greifswald 2014.

Jochum, Michael: Bundespräsident, in: Schmidt, Siegmar/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 1. Aufl. 2007, S. 169–174.

Jochum, Michael: Worte als Taten. Der Bundespräsident im demokratischen Prozess der Bundesrepublik Deutschland, Gütersloh 2000.

Karner, Stefan: Von der Stagnation zum Verfall. Kennzeichen der sowjetischen Wirtschaft der 1980er Jahre, in: Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.): Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung. The decline of the Soviet Empire und–Germany's reunification, Köln u.a. 2016, S. 15–45.

Knoll, Thomas: Das Bonner Bundeskanzleramt. Organisation und Funktionen von 1949-1999, Wiesbaden 1. Aufl. 2004.

Kock, Albert: Warum braucht die Republik den roten Teppich, Herr Holtermann?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Magazin vom 4.8.1989, Heft 492, S. 42–43.

Korte, Karl-Rudolf: Bundeskanzleramt, in: Schmidt, Siegmar/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 1. Aufl. 2007; S. 203–209.

Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989.

Korte, Karl-Rudolf: Gesichter der Macht. Über die Gestaltungspotenziale der Bundespräsidenten. Ein Essay, Frankfurt am Main 2019.

Korte, Karl-Rudolf: Kommt es auf die Person des Kanzlers an? Zum Regierungsstil von Helmut Kohl in der ‚Kanzlerdemokratie' des deutschen ‚Parteienstaates', in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 29 (1998) Nr. 3, S. 387–401.

Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel: Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, Paderborn 3. Aufl. 2009.

Krause, Joachim/Wilker, Lothar: Bürokratie und Außenpolitik, in: Haftendorn, Helga/Karl, Wolf-Dieter/Krause, Joachim/Wilker, Lothar (Hrsg.): Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, Köln 1978, S. 39–53.

Kretzschmar, Robert: Akten – Begriff und Realitäten im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, in: Berwinkel, Holger/Kretzschmar, Robert/Uhde, Karsten (Hrsg.): Moderne Aktenkunde, Marburg 2016, S. 13–22.

Küchenmeister, Daniel: Honecker – Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993.

Küsters, Hanns Jürgen: Richard von Weizsäcker – Bundespräsident in Zeiten der Wiedervereinigung, in: van Ooyen, Robert Chr./Möllers, Martin H. W. (Hrsg.): Der Bundespräsident im politischen System, Wiesbaden 2012, S. 233–243.

Kwizinskij, Julij A.: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993.

Leinemann, Jürgen: Nur nicht weiter so. Reportagen aus der Bonner Republik, Zürich 1990.

Lenski, Daniel: Von Heuss bis Carstens. Das Amtsverständnis der ersten fünf Bundespräsidenten unter besonderer Berücksichtigung ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen Leipzig und Berlin 1. Aufl. 2009.

Mehlhorn, Lutz: Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich, Baden-Baden 1. Aufl. 2010.

Menne-Haritz, Angelika: Schlüsselbegriffe der Archivterminologie. Lehrmaterialien für das Fach Archivwissenschaft, Marburg 3. Aufl. 2006.

Meyer-Landrut, Andreas: Mit Gott und langen Unterhosen. Erlebnisse eines Diplomaten in der Zeit des Kalten Krieges, Berlin 2003.

Michaelis, Andreas: Kein Raum für Geheimdiplomatie. Medien und Außenpolitik, in: Brandt, Enrico/Buck, Christian (Hrsg.): Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf, Wiesbaden 4. Aufl. 2005, S. 136–146.

Moll, Niklas: Besuchspolitik. Staatsbesuche als Ritual und Werkzeug nationalstaatlicher Politik in Deutschland und Frankreich 1871-1969, Freiburg 2002 (Mikrofiche-Publikation).

Nettesheim, Martin: § 62 Die Aufgaben des Bundespräsidenten, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul: Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Band III. Demokratie – Bundesorgane, Heidelberg 2005, S. 1073–1103.

Nierhaus, Michael: Entscheidung, Präsidialakt und Gegenzeichnung. Ein Beitrag zur verfassungsrechtlichen Stellung des Bundespräsidenten im System des Grundgesetzes, München 1973.

Oldenburg, Fred: Die Deutschlandpolitik Gorbatschows 1985-1991, Köln 1992.

Oldenburg, Fred: Die Deutschlandpolitik Gorbatschows und der Niedergang der Sowjetunion, in: Meissner, Boris/Eisfeld, Alfred (Hrsg.): 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, Berlin 1999, S. 121–177.

Painton, Frederick/Jackson, James O./McWhirter, William: The Icebreaker Cometh, in: Time Magazine vom 20.07.1987.

Pfetsch, Frank R.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Adenauer zu Merkel. Eine Einführung, Schwalbach 2011.

Pflüger, Friedbert: Hohe Ansprüche an sich und seine Umgebung, in: Schulze, Helmut R./Wördehoff, Bernhard (Hrsg.): Richard von Weizsäcker. Ein deutscher Präsident, München 1. Aufl. 1987, S. 199–200.

Pflüger, Friedbert: Richard von Weizsäcker. Ein Portrait aus der Nähe, Stuttgart 3. Aufl. 1990.

Pflüger, Friedbert: Von Heuss bis Weizsäcker. Hüter des Grundkonsenses. Das Amt des Bundespräsidenten in Theorie und Praxis, in: Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf/Knütter, Hans-Helmut/Schwarz. Hans-Peter (Hrsg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn 1987, S. 383–399.

Pieper, Stefan Ulrich/Schmidt, Georg: Das Bundespräsidialamt, in: van Ooyen, Robert Chr./Möllers, Martin H. W. (Hrsg.): Der Bundespräsident im politischen System, Wiesbaden 2012; S. 99–110.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Richard von Weizsäcker. Reden und Interviews (4). 1. Juli 1987 – 30. Juni 1988, Bonn 1988.

Rauchensteiner, Meinhard: Das kleine ABC des Staatsbesuches, Wien 2011.

Reuther, Helmut: Staatsbesuche. Mit dem Bundespräsidenten unterwegs, Bonn 1986.

Ritter, Gerhard A.: Hans-Dietrich Genscher, das Auswärtige Amt und die deutsche Wiedervereinigung, München 2013.

Rosmus, Daniela: Die Schweiz als Bühne. Staatsbesuche und politische Kultur 1848-1990, Zürich 1994.

Rudel, Detlev: Konfrontation mit der Vergangenheit. Bundespräsident von Weizsäcker ehrte in Leningrad die Opfer der Belagerung, in: Badische Neueste Nachrichten vom 10.07.1987.

Rudolph, Hermann: Worte und Wirkung des Präsidenten, in: Süddeutsche Zeitung vom 30.12.1986.

Ruge, Gerd: Michail Gorbatschow. Biographie, Frankfurt am Main 6. Aufl. 1990.

Sarcinelli, Ulrich: Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System, Wiesbaden 3. Aufl. 2011.

Schlaich, Klaus: Die Funktionen des Bundespräsidenten im Verfassungsgefüge, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Band II. Demokratische Willensbildung – Die Staatsorgane des Bundes, Heidelberg 2. Aufl. 1998, S. 541–584.

Scholz, Günther/Süskind, Martin E.: Die Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Horst Köhler, München 1. Aufl. 2004.

Schorkopf, Frank: Staatsrecht der internationalen Beziehungen, München 2017.

Schröter, Melani: Vollmundige Rhetorik oder redundantes Ritual? Die Textsorte Tischreden bei Staatsbesuchen als Äußerungsform symbolischer Politik, in: Muttersprache, 4 (2018), S. 295–306.

Schulze, Helmut R./Wördehoff, Bernhard: Richard von Weizsäcker. Ein deutscher Präsident, München 1. Aufl. 1987.

Schütte, Matthias: Der Rechtsrahmen für polizeiliche Maßnahmen bei Staatsbesuchen, Stuttgart u.a. 2012.

Schwarz, Hans-Peter: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012.

Schwarz, Hans-Peter: Von Heuss bis Köhler, in: van Ooyen, Robert Chr./Möllers, Martin H. W. (Hrsg.): Der Bundespräsident im politischen System, Wiesbaden 2012, S. 285–306.

Seidel, Dietmar: Der Bundespräsident als Träger der auswärtigen Gewalt, Berlin 1972.

Siwert-Probst, Judith: Die klassischen außenpolitischen Institutionen, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kaiser, Karl (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band 4. Institutionen und Ressourcen, München 1998, S. 13–28.

Sonntag, Robert E.: Bundesbauten im Ausland, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4/5 (2001), S. 273–276.

Spath, Franz: Das Bundespräsidialamt, Düsseldorf 5. Aufl. 1993.

Steffahn, Harald: Richard von Weizsäcker, Reinbek bei Hamburg 1991.

Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 1. Aufl. 2017.

Strohmeier, Gerd: Der Bundespräsident. Was er kann, darf und muss bzw. könnte, dürfte und müsste, in: Zeitschrift für Politik, 55 (2008) Nr. 2, S. 175–198.

Süddeutsche Zeitung Online: Der Petersberg (URL http://t1p.de/912j, letzter Zugriff am 30.03.2019).

Uelhoff, Klaus-Dieter: Dienst und Dank – der Bundespräsident und der Steuerzahler, in: Rose, Klaus/Falthauser (Hrsg.): Die Haushälter. Ist die Zukunft finanzierbar?, Köln 1990, S. 213–221.

Vollmert, Alexander: „Botschafter des guten Willens" in der Dritten Welt. Die Staatsbesuche des Bundespräsidenten Heinrich Lübke in Afrika, Asien und Lateinamerika und ihr Beitrag zur Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland im Ausland, Hagen 2008.

von Mangoldt, Hermann: Das Bonner Grundgesetz, Berlin und Frankfurt a.M. 1953, Art. 59.

von Plato, Alexander: Die Wiedervereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die internen Gesprächsprotokolle, Berlin 3. Aufl. 2009.

von Saal, Yuliya: KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion. Demokratisierung, Werteumbruch und Auflösung 1985-1991, München 2014.

von Weizsäcker, Richard: Der Weg zur Einheit, München 2009.

von Weizsäcker, Richard: Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997.

Wagensohn, Tanja: Von Gorbatschow zu Jelzin. Moskaus Deutschlandpolitik (1985-1995) im Wandel, Baden-Baden 1. Aufl. 2000.

Weckbach-Mara, Friedemann: Deutschland – deine Politiker. Machtkämpfe, Staatsgeheimnisse, Amtsmissbrauch und Privates von Helmut Schmidt bis Angela Merkel, Halle 2016.

Weckbach-Mara, Friedemann: Unser Bundespräsident. Seine Reisen, seine Reden, sein Leben, Bonn 1989.

Weisser, Ulrich: Strategie im Umbruch. Europas Sicherheit und die Supermächte, Herford 1987.

Wentker, Hermann: Die Deutschen und Gorbatschow 1987 bis 1989. West- und ostdeutsche Perzeptionen zwischen Kontinuität und Wandel, in: in: Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.): Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung. The decline of the Soviet Empire und Germany's reunification, Köln u.a. 2016, S. 119–149.

Wentker, Hermann: Gorbatschow in Bonn 1989. Ein historischer Staatsbesuch aus westdeutscher und aus ostdeutscher Sicht, in: Kötzing, Andreas/Weil, Francesca/Schmeitzner, Mike/Schulte, Jan Erik (Hrsg.): Vergleich als Herausforderung. Festschrift für Günther Heydemann zum 65. Geburtstag, Göttingen und Bristol 2015, S. 277–299.

Werner, Andreas: Stille Helfer im Hintergrund, in: Politik & Kommunikation, März 2009, S. 56–58.

Wiedemeyer, Wolfang: Richard von Weizsäcker. Ein Denker als Präsident, Stuttgart 2. Aufl. 1989.

Wilke, Manfred: Sowjetische Deutschlandpolitik der Ära Gorbatschow, in: Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.): Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung. The decline of the Soviet Empire und Germany's reunification, Köln u.a. 2016, S. 167–179.

Winkler, Hans-Joachim: Der Bundespräsident. Repräsentant oder Politiker?, Opladen 1967.

Winter, Ingelore: Unsere Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Roman Herzog. Sieben Porträts, Düsseldorf 3. Aufl. 1994.

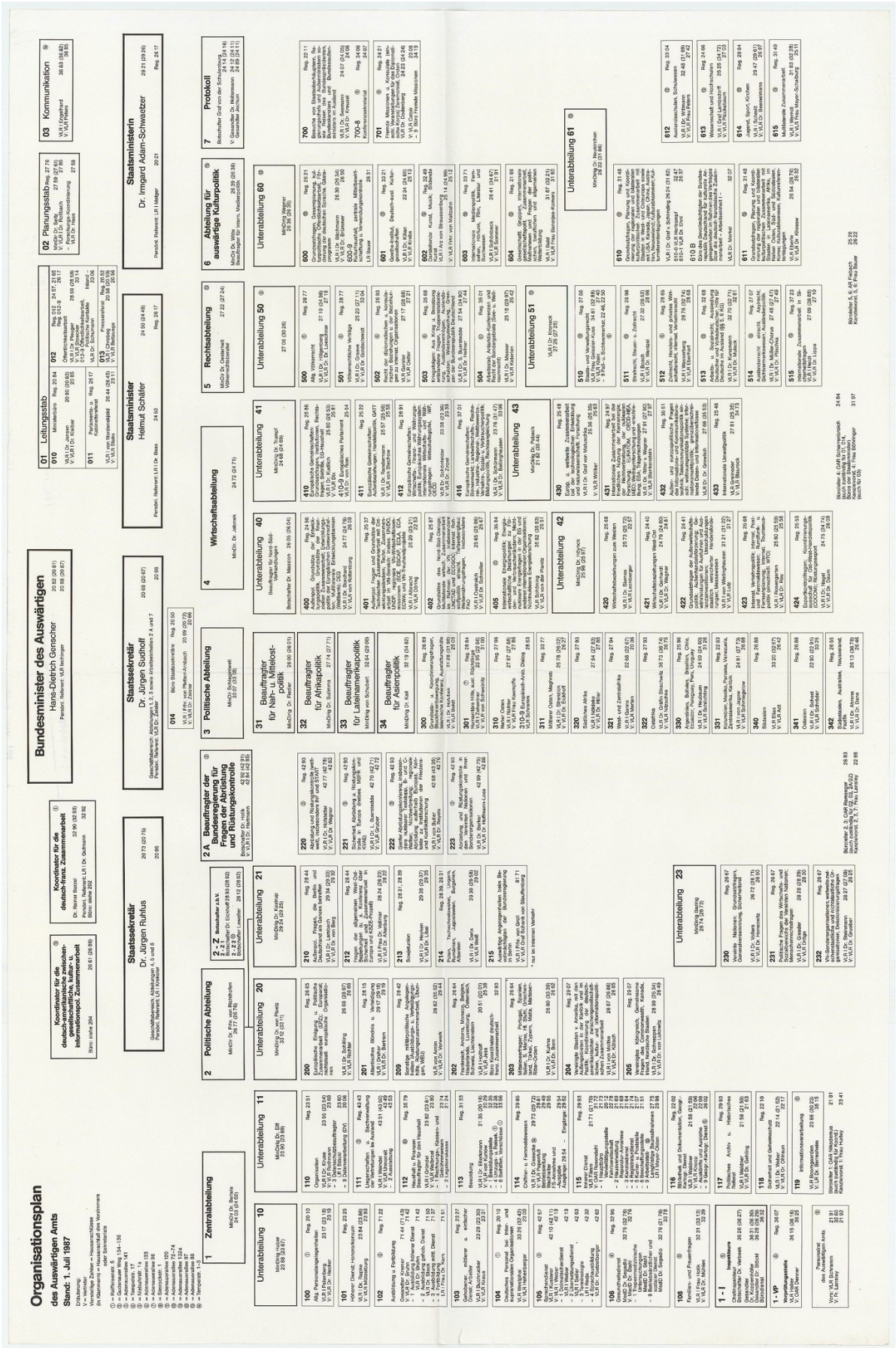
Wohlan, Martina: Das diplomatische Protokoll im Wandel, Tübingen 2014.

Anhang

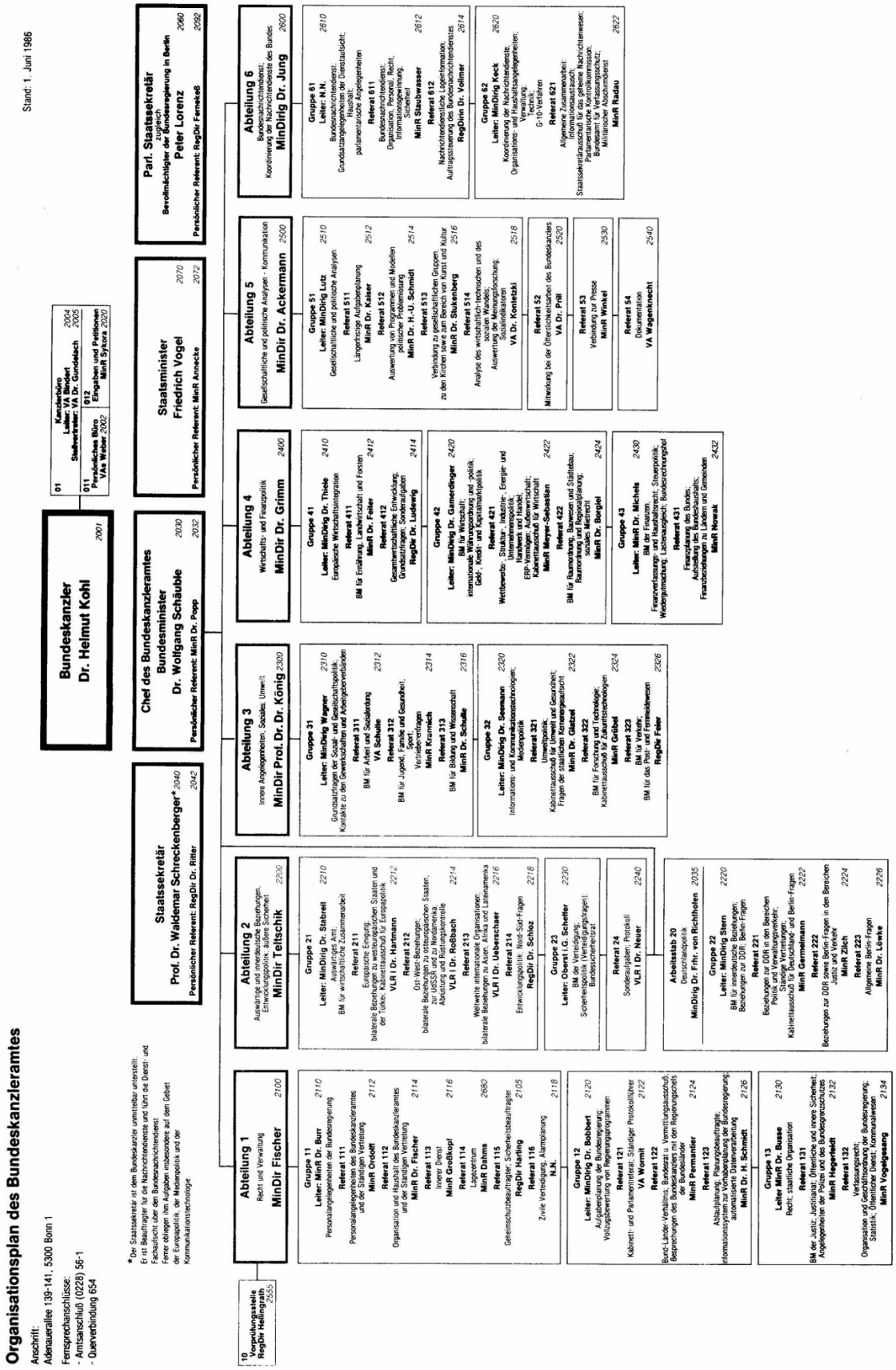
Übersicht

1. Organisationsplan des Auswärtigen Amtes
2. Organisationsplan des Bundeskanzleramtes
3. Organisationsplan des Bundespräsidialamtes
4. BAK-Dossier (nur in der elektronischen Version enthalten)

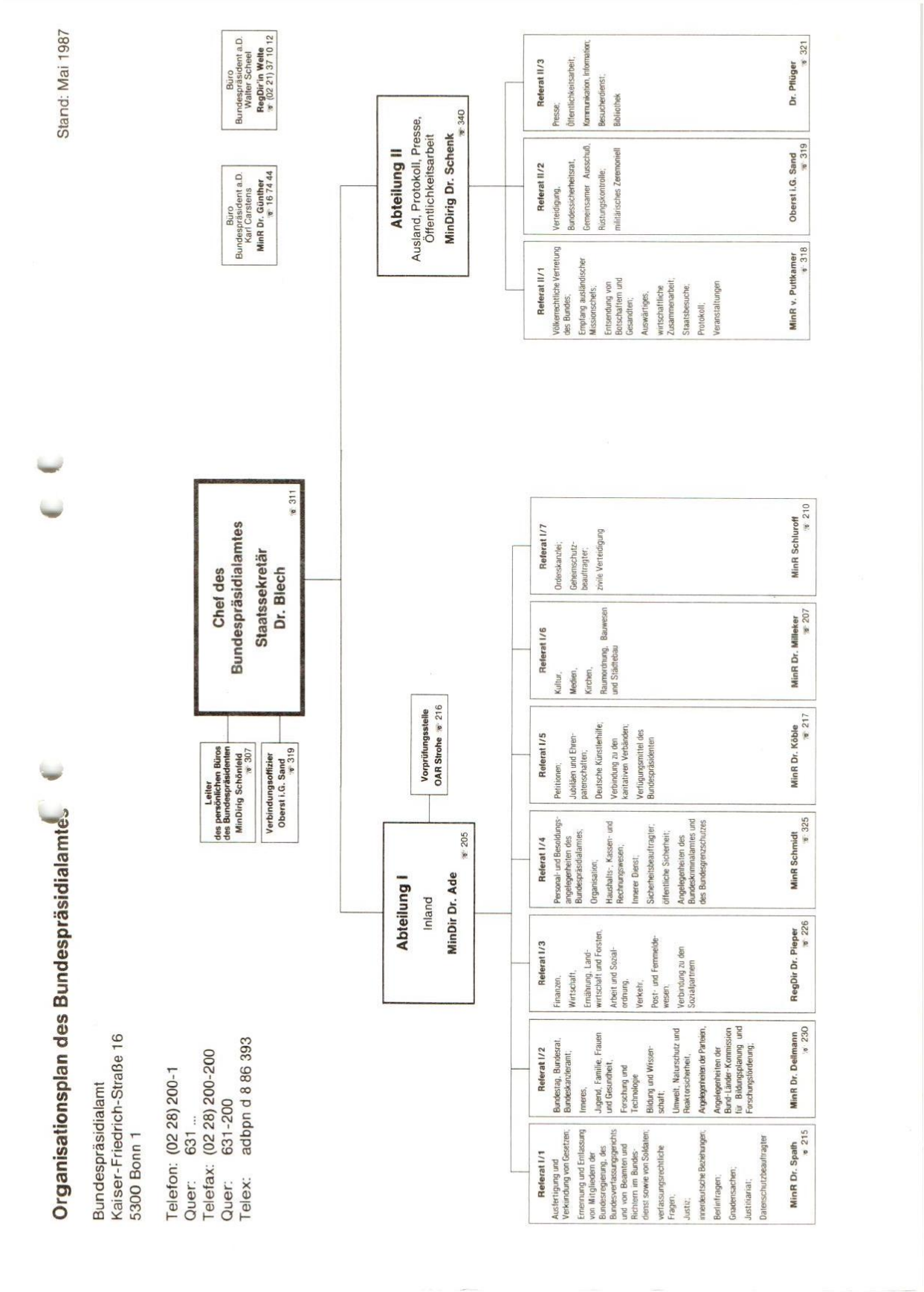
Organisationsplan des Auswärtigen Amtes



Organisationsplan des Bundeskanzleramtes



Organisationsplan des Bundespräsidialamtes



BAK-Dossier

Im Zeitraum von Januar bis September 2018 wurden im Bundesarchiv Koblenz alle den Staatsbesuch in der Sowjetunion betreffenden Akten eingesehen. Dokumente, die für diese Arbeit relevant erschienen, wurden abfotografiert und in dem angehängten Dossier zusammengefasst.

Die einzelnen Schriftstücke sind chronologisch nach ihrem Entstehungsdatum sortiert und mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen. Oben rechts befindet sich jeweils die Archivsignatur des Dokuments.

Insgesamt wurden 19 Einzelakten eingesehen:

B 122 Bundespräsidialamt

Archivsignatur: B 122/47063

Archivsignatur: B 122/47558

Archivsignatur: B 122/47559

Archivsignatur: B 122/47560

Archivsignatur: B 122/47561

Archivsignatur: B 122/47562

Archivsignatur: B 122/47563

Archivsignatur: B 122/47564

Archivsignatur: B 122/47565

Archivsignatur: B 122/47566

Archivsignatur: B 122/47567

Archivsignatur: B 122/47568

Archivsignatur: B 122/47569

Archivsignatur: B 122/47570

Archivsignatur: B 122/47571

B 136 Bundeskanzleramt

Archivsignatur: B 136/30157

Archivsignatur: B 136/30430

B 145 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Archivsignatur: 145/15145

Archivsignatur: 145/15146